

D 2835 E

6 Frankfurt/M 1
Februar 2/68
1,- DM

MAGAZIN
FÜR JUNGHE
LEUTE

elam



Neo-Nazis auf dem Vormarsch

Warum die NPD
verbieten?

Tagebuch des Rekruten X

270 Tage
bei der Bundeswehr

Guanyarem

(Wir werden siegen!)
Interview mit
Joan und Jose

Großer Song wettbewerb

Aus der Werkstatt der
Liedermacher

HERAUSGEBER
Bernhard Jendrejewski,
Pastor Horst Stuckmann
Werner Weismantel,
Pfarrer W. Heintzeler

VERLEGER
Karl Heinz Schröder
Werner Weismantel

CHEFREDAKTEUR
Karl Hubert Reichel

VERANTWORTL. REDAKTEUR
H. J. Hennecke, Dortmund

LAYOUT
Dmitrij Werschbizkij

REDAKTION
46 Dortmund, Kuckelke 20
Tel. 57 20 10

VERLAG
Weltkreisverlags-G. m. b. H.
Jugenheim a. d. B.
Alsbacher Straße 65

FRANKFURTER BÜRO
6 Frankfurt/M.,
Robert-Mayer-Straße 50
Tel. 77 38 03

PREIS INLAND
Einzelpreis DM 1,—
Jahresabonnement DM 10,—
zuzügl. Zustellgebühr

PREISE AUSLAND

BELGIEN 15 Bfrs. / BULGARIEN 50 stc.
/ CSSR 2 Kr. / DÄNEMARK 2,30 dkr. /
GROSSBRITANNIEN 3 sh. / IRLAND 3
sh. / FINNLAND 1,20 fmk. / FRANK-
REICH 1,50 ffrs. / ITALIEN 200 Lire /
LUXEMBURG 15 Lfrs. / NORWEGEN 2,75
nkr. / NIEDERLANDE 1,10 hfl. / ÖSTER-
REICH 10 Schilling / POLEN 1 Zloty /
SCHWEDEN 2,25 skr. / SCHWEIZ 1,20
sfrs. / UdSSR 0,30 Rubel / USA u. a.
40 ct.

DRUCK: HOSCH GMBH., FRANKFURT

LESEBRIEFE
erwünscht. Namentlich gezeichnete Bei-
träge geben nicht in jedem Fall die Mei-
nung der Redaktion wieder.



Lieber Leser,

wenn es nach dem Willen des Mannes geht, der als Primus für politische Straf-
sachen bei der Staatsanwaltschaft in Frankfurt tätig ist, — gestatten, sein Name
ist Pfeifer — dann werden Chefredakteur, verantwortlicher Redakteur und Verleger
des Jugendmagazins elan demnächst wegen „Beleidigung eines ausländischen
Staatsoberhauptes“ (§ 103 StGB) auf der Anklagebank sitzen.

„Ein Mörder sieht dich an“, so hieß der Text zu einem Johnsonbild, das wir in
Verbindung mit der hier wiedergegebenen Karikatur auf der Rückseite der letzten
Ausgabe veröffentlichten. Darin sahen die wachsamen Augen des Landeskriminal-
amtes in Hessen eine Beleidigung eines ausländischen Staatsoberhauptes, und
daraufhin wurde Polit-Staatsanwalt Pfeifer aktiv.

Wir sollen vor den Kadi, weil wir den Präsidenten der Vereinigten Staaten, Lyndon
B. Johnson, als das bezeichnet haben, was er ist: Als einen Mörder! Wenn man von
der Bundesregierung und ihren Mitläufern, die zum Völkermord in Vietnam die
Position der drei indischen Affen einnehmen (Nichts sehen, nichts hören, nichts
sagen), absieht, dann ist unbestritten, daß in Vietnam unter dem Sternenbanner
Massenmord an einem Volk verübt wird, das mit der Waffe in der Hand um seine
Freiheit kämpft.

Nobelpreisträger Bertrand Russel an Johnson: „Seit Menschengedenken haben
nur die Nationalsozialisten das Ausmaß an Brutalität übertroffen, das Ihre Re-
gierung im Krieg gegen das Volk von Vietnam an den Tag legt.“ Verantwortlich
für die Massaker in Südostasien, die den Verbrechen der SS im besetzten Europa
gleichzusetzen sind, ist der Texaner im Weißen Haus.

Wir haben ihn einen Mörder genannt, und natürlich hört man dieses Wort in Bonn
und in den Amtsstuben der Justiz nicht gern. Wer dieses Wort auf offener
Straße ausspricht, wer in unserem Lande gegen Johnsons schmutzigen Krieg
demonstriert, gegen den werden Gummiknüppel geschwungen und Wasserwerfer
eingesetzt, für den steht eine Anklagebank bereit.

Mit Methoden, die eines neonazistischen Polizeistaates würdig sind, wird hierzu-
lande die Opposition verfolgt.

Jedermann weiß: Wir sind nicht vom Stamme der Umfaller. Aber wer in diesem
Lande eine konsequent-oppositionelle Jugendzeitung macht, der steht kostspielige
Prozesse nicht durch.

In dieser Stunde muß ich Sie, lieber Leser, direkt bitten: Helfen Sie mit, das weitere
Erscheinen des elan möglich zu machen. Ohne Ihre Unterstützung stehen wir
die kommenden Auseinandersetzungen wirtschaftlich nicht durch!

Werben Sie neue Leser für elan! Helfen Sie uns durch Geldspenden, auch wenn
sie noch so klein sind. Schreiben Sie uns, wie Sie zu dem gegen uns eingeleiteten
Ermittlungsverfahren stehen. Schreiben Sie es auch dem Herrn Staatsanwalt.

Erste Hilfe ist uns schon zuteil geworden. Unmittelbar nach Bekanntwerden des
Verfahrens haben sich Persönlichkeiten verschiedener Richtungen entschlossen,
sich selbst anzuzeigen (siehe Seite 18). Auch das bietet Ihnen die Möglichkeit, zu
zeigen, daß Sie mit uns einer Meinung sind.

Ich bin sicher, daß Sie uns jetzt nicht im Stich lassen werden!

Herzlichst Ihr

Karl Hubert Reichel



Gefahr von rechts

30. Januar 1933:

Durch das Brandenburger Tor marschieren
die braunen Kolonnen der SA. In der Reichskanzlei regiert
ab 12.00 Uhr Hitler, dessen Machtergreifung
die braunen Heerscharen mit einer Siegesparade feiern. Wie kam es zum

Untergang der Weimarer Republik?

Wer dirigierte Hitlers Weg zur Macht?

Wer zahlte die — nicht unbeträchtlichen — Spesen?

Diesen Fragen geht elan nach (Seite 27-30).

30. Januar 1968:

In der Bundesrepublik formiert sich der Neofaschismus.

Im ersten Anlauf erringt die NPD

in sechs Landtagswahlen eine Million Stimmen und 48 Sitze.

Zur NSDAP fehlt der NPD — bis jetzt noch — SA;

ansonsten sind die Ziele die gleichen.

Fünfunddreißig Jahre nach dem 30. Januar 1933

bedroht der Neofaschismus erneut die junge Demokratie.

Wer steckt diesmal dahinter?

Wer zahlt die Spesen des neuen Adolf?

Wer ist schuld daran, daß der Weizen der Neonazis wieder blüht?

Und: Was ist zu tun, um ihren Marsch zur Macht

diesmal rechtzeitig zu stoppen?

Um diese Fragen geht es im elan — Thema des Monats (Seite 4-8).

Neonazismus in der Bundesrepublik

DIE Partelen, die nach Ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind verfassungswidrig. Über die Frage der Verfassungswidrigkeit entscheidet das Bundesverfassungsgericht. Artikel 21/2

NSDAP
„Wir fordern den Zusammenschluß aller Deutschen auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker zu einem Großdeutschland.“ (Parteiprogramm der NSDAP, 1920)
„Weiter ist zu bedenken, daß die Frage der Wiedergewinnung verlore- ner Gebietsteile eines Volkes und Staates immer in erster Linie die Frage der Wiedergewinnung der politischen Macht und Unabhängigkeit des Mutterlandes ist.“ (Adolf Hitler, „Mein Kampf“)
„Darüber muß man sich doch wohl klar sein, daß die Wiedergewinnung der verlorenen Gebiete nicht durch feierliche Anrufungen des lieben Herrgotts erfolgt oder durch fromme Hoffnungen auf einen Völkerbund, sondern nur durch Waffengewalt.“ (Adolf Hitler, „Mein Kampf“)
„Es ist klar, daß unsere Gegner unter keinen Umständen dulden wol- len, daß unser Kontinent in seinen elementarsten Lebensfragen eine gemeinsame Art des Vorgehens findet. Wir wissen, daß unser Land nur in einem gesunden europäischen Kontinent leben und gedeihen kann.“ (Joseph Goebbels, Propagandaminister Hitlers, „Die Vision eines neuen Europa“, 1942)
„Wir fordern Land und Boden zur Ernährung unseres Volkes und zur Ansiedlung unseres Bevölkerungsüberschusses.“ (Programm der NSDAP, 1920)
„Für die nationalsozialistische Gewerkschaft ist deshalb der Streik ein Mittel, das nur solange angewendet werden darf und wohl auch muß, als nicht ein nationalsozialistischer völkischer Staat besteht. Dieser freilich soll an Stelle des Massenkampfes der beiden großen Gruppen — Arbeitgeber und Arbeitnertum — (der in seinen Folgen als Produktionsminderung stets die Volksgemeinschaft insgesamt schädigt!) die Rechtssorge und den Rechtsschutz aller übernehmen . . . Damit toben nicht mehr Untertanentum und Arbeiter im Lohn- und Tarifkampf gegeneinander, die wirtschaftliche Existenz beider schädigend, sondern lösen diese Probleme gemeinsam an höherer Stelle, der über allem stets das Wohl der Volksgesamtheit und des Staates in leuch- tenden Lettern vorschweben muß.“ (Adolf Hitler, „Mein Kampf“)
„Wir, als Arier vermögen uns unter einem Staat also nur den lebendigen Organismus eines Volkstums vorzustellen, der die Erhaltung dieses Volkstums nicht nur sichert, sondern es auch durch Weiterbildung seiner geistigen und ideellen Fähigkeiten zur höchsten Freiheit führt . . . Wenn aus einem Volke eine bestimmte Summe höchster Energie und Tatkraft auf ein Ziel vereint erscheint, und mithin der Trägheit der breiten Massen endgültig entzogen ist, sind diese wenigen Prozente zu Herren der gesamten Zahl emporgestiegen.“ (Adolf Hitler, „Mein Kampf“)

BEWEISE, HERR

NPD
„Wir fordern die Anspannung aller Kräfte, um den Willen zur Selbstbestimmung der deutschen Nation zu wecken.“ (Grundsätze der NPD, 1965)
„Das letzte Wort fällt immer dort, wo die größere Macht ist. Danach möchte es scheinen, als liege die erste Aufgabe deutscher Außenpolitik in der Wiederherstellung und Gewinnung von Macht. Wir scheuen uns nicht, dies zu bekennen, wenn auch in den Jahren nach 1945 Phantasten und Quacksalber aller Art den Willen zur Macht als Ursache unseres Unglücks erkannt haben.“ (Adolf von Thadden)
Wir Nationaldemokraten haben keineswegs die Absicht, eine nationalistische Außenpolitik vergangener Art zu betreiben. Wir wissen, daß die Lösung der deutschen Frage nur im Zuge einer Neuordnung Europas gelingen kann.“ („Weg, Wille, Ziel“, Dokument der NPD)
„Wir wollen kein verschwommenes Heimatrecht, daß etwa Deutsche wieder in der Tschechoslowakei wohnen dürfen. Wir stellen in Europa territoriale Forderungen und wollen ein System eigener Prägung.“ (Heinz von Arndt, NPD-Redner am 6. 8. 1965)
„Verbrechen im nationalsozialistischen Deutschland hat es nicht gegeben. Diese Verleumdungen sind nur eine Propaganda des internationalen Judentums und der Judenpresse.“ (Josef Truxa, Kreisvorsitzender der NPD München, am 18. 6. 1965).
„Man darf die erzieherische Wirkung der KZ nicht vergessen, die aus vielen Rotfrontkämpfern und Marxisten anständige Deutsche gemacht haben . . . Die NSDAP wurde gegründet, um Deutschland aus der nationalen Not herauszuführen, die durch den Vertrag von Versailles und die antidutsche November-Revolution begründet wurde . . . Die größte Menschenjagd auf deutschem Boden war die Verfolgung von NS-Verbrechen . . .“ (Rechtsanwalt Peter Stöckicht, NPD-Redner am 16. 7. 65).
„Der Arbeiter muß dort eingesetzt werden können, wo er den deutschen Interessen dient. Es geht nicht an, daß bestimmte Verbände den Arbeiter zu Streiks und Arbeitsplatzwechsel ermutigen. Der Arbeiter muß an seinem Platz dem Vaterland dienen.“ (Josef Truxa, Kreisvorsitzender der NPD in München, am 18. Juni 1965.)
„Durch gesetzliche Maßnahmen müssen Regierung und Parlament die Möglichkeit erhalten, im Falle drohender äußerer Gefahr und aus lebenswichtigen Gründen das Recht auf Streiks und Aussperrung zeitweise auszusetzen.“ (NPD, zitiert nach „Auf dem Prüfstand der Demokratie“, Mainz)
„Denn wo sie (die Gemeinschaft, Red.) auch immer auftritt, geschieht dies in einer organischen Form, das heißt in einer solchen, die mit überindividuellem Organ daran wirkt, daß der Einzelne und die Vielzahl der Einzelnen dem Lebensauftrag und der richtigen Lebensform der Gemeinschaft möglichst richtig zugeordnet und unterstellt sind. Dazu muß der Staat eine Befehlsgewalt über den einzelnen Menschen und über die gesamte Menge der jeweils augenblicklich lebenden Menschen haben.“ . . . Der Staat, der in seinem Wesen ausschließlich die zum Handeln herausgetretene Ganzheitskraft von Volkstum und Volk ist, hat eine solche Befehlsgewalt.“ (Professor Ernst Anrich, auf dem NPD-Parteitag 1966)

LÜCKE!

Herr Lücke hat gesagt, die Beweise für ein Verbot der NPD reichten nicht aus. Der Vergleich politischer Willenserklärungen von NSDAP und NPD beweisen das Gegenteil: Ein Verbot der NPD entspricht den Forderungen des Grundgesetzes. Der Vergleich der Äußerungen von NPD und CDU/CSU aber macht deutlich, warum Herr Lücke die NPD nicht verbieten will: Die NPD vertritt, schärfer formuliert, die gleichen politischen Ziele wie die CDU/CSU. Herr Lücke fühlt sich mehr der Politik seiner Partei verpflichtet als dem Grundgesetz, auf das er vereidigt ist.

CDU/CSU	Grundgesetz
„Die Bundesrepublik kann bestimmt auf eins nicht verzichten und wird nicht darauf verzichten, nämlich das Recht der Selbstbestimmung für ganz Deutschland in Anspruch zu nehmen.“ (Bundesminister Franz Josef Strauß am 10. 11. 65 vor dem Bundestag)	„Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.“ (Grundgesetz, Artikel 26)
„Die Bundesrepublik ist Deutschland. Alles andere Gebiet ist uns entronnen und vorenthaltenes Territorium, das zurückgegliedert werden muß.“ (Bundesminister Dr. Gerhard Schröder am 13. 6. 65 im „Industriekurier“)	
„Ohne den Besitz der Atomwaffe ist nicht daran zu denken, daß Deutschland in seinen geschichtlichen und nationalen Grenzen wiederhergestellt werden kann.“ (Aus einer Denkschrift der Generalität der Bundeswehr, zitiert nach Deutsche Woche, München, 1. 1. 1962)	
„Konsequenter als bisher wird die Bundeswehr nunmehr für einen Kampf gegliedert und bewaffnet, der — und sei es auch nur für die amerikanischen Verbündeten — atomar geführt wird.“ (Bundesverteidigungsminister Schröder, DIE WELT vom 14. 1. 1967).	
„Wenn wir von einer europäischen Einigung sprechen, so muß Rußland es schließlich akzeptieren, daß diese Länder (genannt sind Polen, CSSR, Ungarn, Rumänien und Bulgarien) zum europäischen Bereich gehören.“	„Die allgemeinen Regeln des Völkerrechts sind Bestandteil des Bundesrechts. Sie gehen den Gesetzen vor und erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes.“ (Grundgesetz, Artikel 25.)
„Die ‚Europäisierung der deutschen Frage‘ erfordert, daß die Forderung der Deutschen nach Wiedervereinigung ihres geteilten Landes von der westeuropäischen Gemeinschaft voll übernommen und vertreten wird.“ (Bundesminister Franz Josef Strauß, „Entwurf für Europa“)	
„Wir sollten die systematische Diffamierung des deutschen Volkes mit aller Entschiedenheit und viel energischer als bisher bekämpfen.“ (Bundesminister Franz Josef Strauß, nach: „Gewerkschaftspost“ Nr. 12/66).	„Die zur ‚Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus‘ erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt.“ (Grundgesetz, Artikel 139)
„Für Zwecke der Verteidigung kann im Bereich . . . der Versorgung der Bevölkerung und der Streitkräfte durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Freiheit, die Ausübung des Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, eingeschränkt werden, wenn die Bundesregierung mit Zustimmung des Gemeinsamen Ausschusses feststellt, daß dies zur Herstellung der erhöhten Verteidigungsbereitschaft oder zum Schutz der Bevölkerung unerlässlich ist . . .“ (Entwurf der Notstandsverfassung, Art. 12, Absatz 3)	„Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat . . . Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus . . .“ (Grundgesetz, Artikel 20)
	„Das Recht zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern versuchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig.“ (Grundgesetz, Artikel 9, Absatz 3)
„Erfordert die Lage unabweisbar ein sofortiges Handeln und stehen einem rechtzeitigen Zusammentritt des Bundestages unüberwindliche Hindernisse entgegen oder ist er nicht beschlußfähig, so trifft der Gemeinsame Ausschuß diese Feststellung mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen, mindestens der Mehrheit seiner Mitglieder.“ Er hat dann „die Stellung von Bundestag und Bundesrat und nimmt deren Rechte einheitlich wahr.“ (Notstandsgesetzentwurf der Bundesregierung, Bundestags-Drucksache 127/67, Artikel 115 a, Absatz 2 und Artikel 115 e, Absatz 2.)	„Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat . . . Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus . . .“ (Grundgesetz Artikel 20)

In Kürze erscheint:

Pawel A. Naumow
Bonn —
Macht und Ohnmacht

Ein sowjetischer Journalist sieht die Bundesrepublik
Ca. 400 S., Leinen **DM 14,80**
Der Autor war der erste Korrespondent der „Prawda“ in Bonn.

Theun de Vries
Dolle Dinsdag

5 Erzählungen aus Ammersfoort
Mit 10 Strichätzungen und einem Holzschnitt von Frans Masereel
320 S., Leinen **DM 11,80**
Der weltbekannte niederländische Schriftsteller berichtet von ergreifenden Schicksalen holländischer Häftlinge im Konzentrationslager Amersfoort. Da er selbst in diesem Lager inhaftiert war, läßt seine Darstellung den leidenschaftlichen Atem des Selbsterlebten spüren.

Bibliothek des Widerstandes:

Max Oppenheimer
Der Fall Vorbote

Mit einem Vorwort von Jakob Trumpf-
heller, Bürgermeister i. R., Ehren-
bürger der Stadt Mannheim.
Ca. 160 S., kart., etwa **DM 6,—**

Vorbestellung

Ich / Wir bestelle (n):
..... Ex. Naumow, Bonn — Macht
und Ohnmacht
..... Ex. Theun de Vries,
Dolle Dinsdag
..... Ex. Max Oppenheimer, Der
Fall Vorbote

**Lieferung erfolgt sofort
nach Erscheinen**

Name:
Vorname:
Ort (Postleitzahl)
Straße und Nr.

Datum Unterschrift

Als Drucksache (DM 0,20) bitte ein-
senden an:

Röderberg-Verlag GmbH., 6 Frankfurt
am Main, Schumannstr. 56, Postf. 2409

Hermann Sittner

Gefahr von Rechts

Wäre ein Verbot der NPD
demokratisch?

Die NPD ist eine rechtsradikale Partei. Sie ist ein Sammel- und Auffangbecken alter Nazis. Gerade seit der Wirklichkeit Hitler-Deutschlands ist uns der Charakter des Rechtsradikalismus bekannt: Es ist der Versuch, gewaltsam die Weiterentwicklung der Demokratie in der kapitalistischen Gesellschaft aufzuhalten und zurückzuwerfen. In der Weimarer Republik gab es demokratische Errungenschaften, und breite Massen — Sozialdemokraten, Kommunisten und Gewerkschafter vor allem — drängten danach, diese erreichten Positionen zu festigen und auszubauen. Dem standen gegenüber die außenpolitischen Ziele der ökonomisch und damit auch politisch Herrschenden nach Veränderung der Grenzen, nach der Verwirklichung territorialer Ansprüche gegenüber anderen Völkern. Sie konnten nicht durchgesetzt werden bei Bestehen der demokratischen Bewegung. Der Rechtsradikalismus bot sich den Herrschenden als Retter an. Hitler wurde in den Sattel gehoben, die demokratischen Kräfte wurden durch Verbot ihrer Parteien und Organisationen, durch Verfolgung, Terror und Mord zerschlagen. Der Kapitalismus hatte eine Herrschaftsform gewählt, die ihm die Durchsetzung seiner Ziele ermöglichte: Die brutale, offene Diktatur einer verschwindend kleinen Minderheit über die große Mehrheit des Volkes; den Faschismus. Die Politik von Rechts hatte sich durchgesetzt. Sie hatte nicht nur das deutsche Volk in die Katastrophe getrieben, sondern auch die Nachbarvölker in ihrer Existenz bedroht.

Die NPD identifiziert sich mit den Macht-habern des Dritten Reiches. Sie ist damit eine Nachfolgeorganisation der NSDAP. Sie hält die Demokratie für eine Notlösung. Professor Anrich, Vorstandsmitglied der NPD, beschreibt den demokratischen Neubeginn in dem von den Westmächten besetzten Teil Deutschlands so: Der Feind und mit ihm willige „innere Helfer“ zerschlugen alle „historisch gebildeten Eliten“ durch „Ausscheidungen nur auf Grund politischer Gesinnungen oder hoher militärischer Tätigkeit“. Und nur weil diese „Elite“ fehlte und auch die Monarchie infolge des Versagens des hohen Adels nicht mehr praktikabel war, mußte die Demokratie akzeptiert werden. Heute, so die NPD, sind die Aufgaben der Politik andere, „es gilt, den Umerziehern, die seit 22 Jahren versuchen, uns das nationale Rückgrat zu brechen, das Handwerk zu legen“. Und weil die vom „Feind zerschlagenen Eliten“ in Wahrheit die führenden Nazis waren, die „Umerzieher“ aber die Demokraten, denen „das Handwerk gelegt werden muß“, ist auch nur logisch, daß für die NPD, laut Vorstandsmitglied Otto Hess, „Widerstand im nationalsozialistischen Deutschland gegen die Lebensinteressen des deutschen Volkes gerichtet war“.

Diese Verherrlichung der nationalsozialistischen Diktatur bedeutet im Grunde nichts anderes als den Versuch, den jetzt noch laut Verfassung bestehenden demokratischen Staat zu einer „leeren Hülse“ zu machen, deren „Sturz“ dann nach Prof. Anrich „sittliche Pflicht“ ist. Die NPD erweist sich damit als die Organisation des Rechtsradikalismus, die die demokratischen Entwicklungen der Bundesrepublik zurück werfen soll.

Die NPD ist nur der Stoßtrupp des Rechtsradikalismus, der sich schon lange vor Gründung dieser Partei auf der Grundlage des neuerstandenen kapitalistischen Staates entwickelt hat. Er kam zum Ausdruck in der Duldung und Förderung von sogenannten Heimatvertriebenen- und -Soldatenverbänden mit ihren eindeutig revanchistischen Forderungen durch die Bundesregierung. Die Bundesregierung selbst erkennt die bestehenden Grenzen nicht an, stellt territoriale Forderungen an die Nachbarvölker und versucht, die riesigen Rüstungslasten auf die Bevölkerung abzuwälzen. Dem stehen die Forderungen der demokratischen Arbeiterbewegung, z. B. nach mehr Mitbestimmung in Wirtschaft und Gesellschaft, entgegen. Deshalb der Versuch der Regierung, erkämpfte demokratische Rechte durch die Notstandsgesetzgebung abzubauen, die Kraft und die Wirksamkeit der Gewerkschaften einzuschränken. Wieder handelt es sich eindeutig um den Versuch, positive Entwicklungen in der Gesellschaft rückgängig zu machen. Und die Rolle der NPD als Stoßtrupp des Rechtsradikalismus erweist sich darin, daß die NPD keine anderen, sondern nur schärfer formulierte Forderungen als CDU/CSU in diesen entscheidenden Fragen vertritt. Aber CDU/CSU haben auf ihrem Weg nach rechts die NPD schon fast eingeholt: Bundestagspräsident Gerstenmeier schloß in einem Interview eine Koalition mit der NPD nicht aus, und die CSU gar machte den Neonazis vor den Bayrischen Landtagswahlen ein konkretes Angebot; falls die CSU die absolute Mehrheit verlieren würde, wollte sie mit der NPD die Regierung bilden und ihr das Justizministerium überlassen. Da nimmt nicht Wunder, daß Bundeskanzler Kiesinger und Innenminister Lücke keine Beweise für ein Verbot der NPD finden; bei CDU/CSU und NPD handelt es sich offensichtlich um gleiche Brüder unter ungleichen Kappen.

Wir stellen fest:

1. Die NPD ist eine rechtsradikale Partei. Ihrem Wesen nach ist sie gegen die Demokratie gerichtet. Ihr Verbot liegt im Interesse der Demokratie, ist demokratisch.
2. Die NPD ist eine Nachfolgeorganisation der NSDAP. Sie verherrlicht den Nazi-staat, sie knüpft an die geistigen Grundlagen der Nazis an. Sie kann laut Grundgesetz ohne Gerichtsurteil verboten werden, sie muß im Interesse der Demokratie verboten werden.
3. Die NPD erhebt revanchistische und nationalistische Forderungen. Sie wird durch gleichlautende Forderungen der Bundesregierung unterstützt. Deshalb wurde sie bisher von der Bundesregierung nicht verboten. Das zeigt: Mit einem Verbot der NPD allein wird das Problem des Rechtsradikalismus nicht gelöst. Die Gefahr kommt nicht nur von der NPD, sie kommt grundsätzlich von Rechts. Über das Verbot hinaus muß in Bonn eine neue Politik durchgesetzt werden.

Hans-Jörg Hennecke

Wer finanziert diesen Adolf?

Volle Kassen und die Geldgeber
des Adolf von Thadden

9 bis 10 Millionen DM will die NPD für den Bundestagswahlkampf 1969 aufwenden. So berichtet das Unternehmerblatt „Industriekurier“.

Führer Adolf II. erklärt, daß sich das Spendenaufkommen zugunsten der Neonazis so günstig entwickelt hat, daß man in der Propaganda dann kaum mehr hinter den Parlamentsparteien zurückzubleiben braucht. Woher die vollen Kassen? Opferbereitschaft der Mitglieder? Wohl kaum.

Wie die NPD verkündet, beläuft sich die Zahl der eingeschriebenen Neonazis auf 30 000.

Nach einer Kalkulation füllten sie die Bundeskasse 1967 mit Beiträgen in Höhe von 225 429 DM. Obwohl die NPD laut Zeitschrift „Capital“ eine „billige Partei“ sein soll, dürfte diese Summe allein der Apparat verschlingen.

Das Spendenaufkommen betrug nach NPD-offizieller Mitteilung für die Bundespartei im gleichen Jahr kaum eine Viertelmillion. Doch allein für die Propagandaschlachten zu den Landtagswahlen in Bayern und Hessen mußten 177 279,65 DM zugeschossen werden. Und die anderen Wahlkämpfe?

Die „Partei wird sicherlich Freunde oder Mäzene in der Wirtschaft haben“, meinte von Thadden lakonisch. Und das Verbandsblatt der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände „Der Arbeitgeber“ veröffentlichte mit deutlichem Wink auf die Kassen seiner Mitglieder einen Aufruf, die NPD „auf unsere Verfassung“ zu verpflichten.

Das kann nicht verwundern. Genau wie Hitler hat auch Thadden den Kampf gegen die Gewerkschaften auf seine Fahne geschrieben. „Nicht Ausweitung der Mitbestimmung dient dem arbeitenden Menschen.“ Und gegen die Tarifautonomie führt man sowieso Krieg. Dafür bekennt sich die NPD zur Konzentration des Kapitals, zum Recht der Unternehmer auf Aussperrung.

Die Frage ergibt sich von selbst: Wem nützt die Finanzierung der NPD und ihrer Propaganda?

Otto Brenner, der konsequent für die Mitbestimmung der arbeitenden Menschen eintritt, oder Konzenboß Oetker, bei dem die NPD-Prominenz aus und ein geht?

Allen voran der Ex-SS-Hauptsturmführer Schweimer, Chef der NPD-Hamburg. Parallelen zur industriefinanzierten NSDAP werden da selbst Blinden sichtbar.

(Siehe auch S. 35 dieser Ausgabe)



Es lohnt sich!

Preise stark herabgesetzt
für Schreibmaschinen aus
Vorführung und Retouren,
trotzdem Garantie u. Umtausch-
recht. Kleinste Raten. Fordern
Sie Gratiskatalog K 286

NÖTHEL Deutschlands großes
Büromaschinenhaus
A. G. - M. Z. H.
34 GÖTTINGEN, Postfach 601

Wer mitreden will, sollte es gelesen haben:
Das neue

Notstands ABC

Von Karl Hubert Reichel
Alles über den Stand der Bonner Notstandspläne.
Einzelpreis der elan-Beilage 0,30 DM.
Zu beziehen durch:
Weltkreisverlags GmbH., 6 Frankfurt/M., Robert Mayer-Str. 50

Hosch

druckt von
DIN A 6 bis
DIN A 2:

Bücher,
Broschüren,
Prospekte,
Briefbogen,
Kataloge,
Preislisten,
Drucksachen
aller Art

HOSCH GmbH.
6 Frankfurt am Main W 13
Kurfürstenplatz 42
Tel. 77 8273



Briefe

KPD wieder zulassen?

ELAN 11/67: „Wir wollen Kommunisten werden“. Leser stellen Forderungen und Fragen an die Befürworter des KPD-Verbots und an die Kommunisten selbst.

Darüber, daß die KPD in der Bundesrepublik zugelassen werden sollte, sind sich bereits viele namhafte Politiker aller Parteien einig. Bei dieser Frage geht es lediglich noch darum, auf welchem Wege diese Zulassung erfolgen soll.

Weil keine der Bundestagsparteien bereit ist, den politischen Fehler des Verbotsantrages zuzugeben oder sich nachsagen zu lassen, „Die-leisten-der-Linken-Unterstützung“, wird noch viel über die Zulassung geredet, aber von den Bundestagsparteien wohl nichts getan werden.

Politische Fehler zu fabrizieren ist eben leichter, als dieses zu berichtigen.
H. MÜNKER, Dortmund

Am 6. 12. 1967 begann vor dem Landgericht Stuttgart ein politischer Prozeß gegen meinen Vater, Karl Weber. Der „Anklage“ wurde zum Kläger: Mein Vater klagte das Gericht mit den Worten an:

„Wer nach links schlägt, züchtet an seinem Busen den Faschismus.“ Durch das Gutachten von Prof. Ridder wurde schließlich jedem klar, daß die KPD gar nicht verfassungsfeindlich ist und auf dem Boden des Grundgesetzes steht. Zuletzt stellte Prof. Kaul den Antrag, den Prozeß abzusetzen. Dabei zitierte er viele Persönlichkeiten, die zur politischen Justiz Stellung nahmen. Auch erinnerte er an die bevorstehende Strafrechtsreform. Auf diesen Antrag hin wurde der Prozeß vorläufig abgesetzt bis zur Entscheidung des Bundestages über die Gesetzesänderungen. Dennoch heißt es für alle Demokraten, wachsam zu sein, da dieser Prozeß durch die vorläufige Absetzung noch nicht aus der Welt geschafft ist.

Das Ziel aller Menschen müßte es sein, die Gesinnungsverfolgung durch eine Amnestie und die Aufhebung des KPD-Verbotes endgültig zu beseitigen.
WALTER WEBER, Stuttgart

Melne Fragen an die Kommunisten selbst: Wie stellen Sie sich die Arbeit einer legalen KPD in der demokratischen BRD vor? Soll bei uns in der demokratischen BRD evtl. genau so ein System wie in

der SBZ (nach Ihrem Sprachgebrauch „DDR“) herrschen? Warum unterstützt die KPD der Zone nicht die Wünsche der Bundesregierung, die Bevölkerung der SBZ abstimmen zu lassen, ob sie weiter unter der Gewaltherrschaft des Herrn Ulbricht oder in demokratischer (selbstgewählter) Gesellschaft leben will? Hat die KPD der Zone Angst, daß sie bei einer Abstimmung in der Zone unterliegt? UWE SCHOMANN, Hamburg

Sozialismus als Alternative

ELAN 12/67: „Der Kumpel muß die Zeche zahlen“, Hans Jörg Hennecke berichtete vom Kampf der Metallarbeiter in Baden-Württemberg.

Die „soziale Gerechtigkeit“ in der Bundesrepublik ist nur ein Phantasie-Produkt. Erfunden von der Bundesregierung und von Unternehmern, die die Ausbeutung der Arbeiter an die erste Stelle, noch vor technische Verbesserungen gestellt haben. Es sind die gleichen Methoden wie vor 100 Jahren. Mit der industriellen Entwicklung haben sich die technischen Möglichkeiten, aber nicht die Ausbeutung selber verändert. Die früheren brutalen Methoden sind durch feinere, aber nicht weniger wirksame ersetzt worden. Rückläufige Tendenzen in der Wirtschaft werden von den Unternehmern ausgenutzt. Sie dienen dazu, die Löhne der Arbeiter zu drücken. Die SPD, die sich heute „Volkspartei“ nennt und damit verdeckt, daß sie die Vertretung der Arbeiterinteressen nicht mehr wahrnimmt, ist ein Zwillingsbruder der CDU/CSU geworden. Die Arbeiter sind damit ohne politische Vertretung in den Parlamenten. Ob die neugegründeten Arbeitsgemeinschaften sozialdemokratischer Gewerkschafter in ihrer Partei eine Änderung herbeiführen können, muß die Zukunft erst zeigen.

Die „Demokratische Linke“ kann ein Sammelbecken werden für alle Kräfte im Kampf für die Verfassung, eine friedliche Außenpolitik und eine echte Vertretung der Arbeitnehmer in den Parlamenten.
K. D. MICHEL, Kaiserslautern

Als Schüler bin ich wenig informiert über die heutigen Probleme der Arbeitnehmer; ich freue mich, in elan Berichte darüber lesen zu können. Jeder dieser Berichte über Entlassungen, Unternehmerwillkür und Ausnutzung der Arbeiter demonstriert deutlich, daß Karl Marx' Wirtschaftsanalyse des Kapitalismus, nun schon 100 Jah-



Redaktion elan,
46 Dortmund,
Kuckelke 20,
Tel. 57 20 10



re alt, immer noch aktuell ist, weil der Kapitalismus sich nicht verändert, sondern nur — im Laufe langjähriger Praxis — verfeinerte Formen angenommen hat. Nach wie vor lebt der Unternehmer von der Produktionsleistung des Arbeiters, indem ihm die Differenz zwischen Lohn und Preis zufällt. Zwar reicht der Lohn zu mehr aus, als nur zur Deckung des Existenzminimums wie vor 100 Jahren, ein Erfolg, der nicht zuletzt auf den Druck der kommunistischen — und Arbeiterparteien erwirkt wurde. Doch gleichzeitig ist auch der Profit des Kapitalisten um ein beträchtliches Maß gestiegen; die Spanne zwischen dem Lohn eines Arbeiters und seines Unternehmers um 1850 ist also bis heute gleich groß geblieben. Die von Marx vorausgesagten periodischen Krisen im Konjunkturzyklus des Kapitalismus treten ebenfalls auf; man denke nur an die jetzige Wirtschaftskrise in der BRD. Es zeigt sich also, daß Marx' Forderung nach einer Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zur sozialistischen nicht veraltet ist, sondern es immer noch den Sozialismus als Alternative gibt. Es sollen nicht einige wenige Großkapitalisten von der Arbeit vieler leben, sondern der Profit der Unternehmer soll dem Arbeiter zugute kommen; die gesamte Wirtschaft soll von der Mehrheit der Bevölkerung, den Arbeitnehmern, durch deren Vertreter geleitet werden.
PETER TYMISTER, Aachen

Nicht zum Verstauben

ELAN 1/68: Monats-Magazin „NGG-Werbe-Happening“. Gregor Hülsmann informierte über eine Werbeaktion der NGG-Jugend.

Vielleicht weißt Du, daß die Jugendzeitschrift elan es mir ermöglichte, meine Lieder in mehreren Städten dem Publikum vorzustellen. Es ist doch verständlich, daß man nicht Texte und Melodien schreibt, um sie hinterher in der Schublade verstauben zu lassen. Ich schicke Dir heute zwei meiner in letzter Zeit geschriebenen Lieder. Das erste ist das in Deinem Bericht erwähnte „black-power“. Ein Lied über den Klassenkampf der farbigen Bevölkerung in den „Staaten“. Angeregt durch einen Bericht von Rolf Jürgen Priemer „Ghettos, Killer und Rebellen“ (elan 9/67). Das zweite Lied, „My Friend of Greece“, ist der verzweifelte Schrei griechischer KZ-Häftlinge. Ich würde mich freuen, wenn elan es er-

möglicht, meine Texte einem breiten Publikum zugänglich zu machen.
ULRICH POLLMÄCHER, Essen

Das Lied „Black power“ stellen wir im Song-Magazin dieser Ausgabe vor.

elan unregelmäßig

Ich habe die Zeitung elan im Juli bestellt und habe im August die Rechnung für ein Halbjahresabonnement bezahlt. Leider habe ich bis jetzt nur im Oktober und Januar elan erhalten. Falls ein Fehler von Ihnen vorliegt, bitte ich um Nachlieferung der Exemplare November und Dezember.
ANGELIKA STEINMETZ, Hustedt

Anmerkung der Redaktion: elan wird im Postversand vertrieben. Bei unregelmäßiger Zustellung bitten wir unsere Leser, sich an ihr zuständiges Postamt zu wenden.

Wer schreibt ihm?

EIN LESER in der Tschechoslowakei wünscht Briefwechsel mit jungen Freunden in der Bundesrepublik.

Ich möchte gern Bekanntschaft anknüpfen mit Jungen und Mädchen in der Bundesrepublik. 26 Jahre bin ich alt. Die Korrespondenz möchte ich in deutscher Sprache führen.
OSKAR MAZUREK, Trinec VI.
TERASA 698/32, CSSR.

Berichtigung

ELAN 1/68, Blätter für den Jugendleiter: Im Artikel von Dr. Arno Klönne: „Enteignet Springer“, hat sich ein sinnentstellender Fehler eingeschlichen. Es heißt dort zu Beginn der Arbeit in der elften Zeile, die Machtstellung Springers habe die verfassungsmäßige Freiheit „zur bloßen juristischen Funktion gemacht“. Richtig muß es heißen: „zur bloßen juristischen Fiktion“. Wir bitten um Entschuldigung.
Redaktion elan

Aus dem Tagebuch der Redaktion

Mit Schirm, Charme und Schreibmaschine wird elan-Chefredakteur Karl Hubert Reichel in den kommenden Wochen des öfteren gen Baden und Württemberg fahren. Er will die „Demokratische Linke“, die sich gute Chancen ausrechnet, im ersten Anlauf in den Landtag zu kommen, im Wahlkampf unterstützen. Prominentester Wahlkampf-Freiwilliger ist derzeit der Schriftsteller Martin Walser, dessen Erklärung, er werde die Demokratische Linke aktiv im Wahlkampf unterstützen, einiges Aufsehen erregt hat.



Das „Tagebuch des Rekruten Junge“, das elan in dieser Ausgabe veröffentlicht, schrieb ein junger Mann, der den Laden „beim Bund“ aus erster Hand kennt: Seit neun Monaten trägt Reinhard Junge die Uniform. Bei Halbzeit seiner Dienstzeit zieht er für unsere Leser eine erste Zwischenbilanz. Sein Wunsch: „Es wäre gut, wenn auch andere Kameraden einmal aus ihrer Dienstzeit berichten würden.“ Der Meinung ist — selbstverständlich — auch die Redaktion.



2 130 Tage — fast sechs Jahre — gehörte Rolf Jürgen Priemer, der nach einigen Berufsjahren den Winkelhaken mit dem Kugelschreiber vertauschte, zur elan-Stammtruppe. Sein erklärtes Hobby war die moderne, unorthodoxe Jugendarbeit, vor allem der Arbeit der Jugendclubs, galt sein privates wie berufliches Interesse. Ab Februar wird Rolf Jürgen Priemer beruflich als freier Journalist auf eigenen Füßen stehen; er wird künftig zu den freien Mitarbeitern des elan zählen. Wir sagen ihm zum Abschied ein großes Dankeschön und ein herzliches Glück auf!

Reinhard Junge



Dajans Blitzsieg gegen die arabischen Staaten gaben Bonner Militärs und Politikern Argumente. Es sei nun bewiesen, daß man auch mit Ulbrichts Volksarmee „israelisch“ reden könne. Ohne dabei den Einsatz von Atomwaffen zu riskieren. Gestützt auf diese Illusion wird die

mit Schaudern, daß sich einige Soldaten nach 15 Ausbildungsmonaten noch nicht richtig hin-
legen konnten. Der Sturm brach los.
Wenn es darum geht, den Soldaten das Rück-
grat zu brechen, sind zwei Methoden beson-
ders erfolgversprechend. Methode 1: Körper-
liche Belastung bis an die äußersten Grenzen
des Leistungsvermögens. Methode 2: Beschät-
tigungstherapie mit sinnlosen Arbeiten. Man
kann die Soldaten den ganzen Tag lang Flure
und Gewehre reinigen lassen und man kann
sie vom Morgen bis zum späten Nachmittag
durchs Gelände scheuchen. Der Effekt ist der
gleiche: Der Soldat hört auf zu denken. Napo-
leon bevorzugte die erste Methode. Er stieg
von seinem Hügel herunter, unterbrach die
Ausbildung und gab den Unterführern den
Auftrag, im Gruppenrahmen weiterzukämpfen.
Die erste Gruppe bestellte er dann gleich zu
sich: er nahm uns der Reihe nach in seine
persönliche Obhut. Eine Gruppe besteht aus
acht bis zehn eisenharten Recken. Gehen sie
in Reihe vor, so läuft der letzte etwa fünfzig
Meter hinter dem ersten Mann. Gehen sie im
"Rudel" vor, so ergibt sich vom Reichtsaub-

bis zum linken Flügelmann die gleiche Entfernung. Pech hat, wer in der Reihe der letzte ist: er muß beim Formationswechsel nach rechtsausen. Und der gute Ausbilder läßt die Formation dann wechseln, wenn die andere soeben eingenommen ist. Kurz gesagt: man ist dauernd unterwegs. Im Laufschrift.

Das ist die Suppe. Das Salz streut uns der Feldwebel hinein, als wir nach etwa einer Stunde von ihm übernommen wurden: die Einlagen.

Eine Einlage — das ist der böse Feind. Entweder nimmt er uns mit MG's unter Feuer — dann steckt der Soldat die Nase in den Schlamme. Oder er greift mit Mörsern an — man legt sich ebenfalls auf den Acker. Schlimm wird es bei dem Ruf: „Tiefillieger von vorn!“ — man kriecht dann am besten gleich unter den Rasen.

Am Nachmittage, nach einem zweistündigen Waffenreinigen: Aktuelle Information. Viele Soldaten beziehen ihr politisches „Wissen“ und ihre Meinungen aus hauptsächlich drei Quellen: der Tagesschau, der BILD-Zeitung und aus dem Polit-Unterricht.

Daß und wie man die öffentliche Meinung manipulieren kann, ist bekannt. Bei der Bundeswehr erreicht diese Meinungsmache ihren höchsten Wirkungsgrad, und das in besonderem Maße unter den Soldaten in den Kampfkompanien: der Dienst in diesen Einheiten beansprucht soviel Zeit und Kräfte, daß es schwerfällt, sich noch kritisch mit irgendwelchen politischen Fragen auseinanderzusetzen. Man treibt die Soldaten, die nach Dienst Zerstreuung und vor allem Ruhe und Bequemlichkeit suchen, geradezu in die Arme Springers und seiner Schreiblinge. „Bild“ Soldaten weit verbreitet und begehrt. Viele Soldaten landen im Laufe der Zeit auf dem Niveau, auf das man sie herunterdrücken will. Und gerade die Jungs in den Kampfkompanien sollten doch eigentlich wissen, warum man sie in Uniformen steckte und wer in Wirklichkeit ihr Feind ist — sie nämlich stünden im Ernstfall als erste und an vorderster Front. Es gibt verschiedene Arten von politischen Unterricht. In der Reihe „innere Führung und Recht“ wurde uns während der Grundausbildung

ding die Pflicht des Gehorchens auf folgende Weise erklärt. „Wo es Ordnung gibt, da muß auch gehorcht werden. Sie müssen Ihre Eltern gehorchen, Sie müssen in der Schule gehorchen, an ihrem Arbeitsplatz im Büro oder im Betrieb. Also müssen Sie auch bei der Bundeswehr gehorchen, das ist ja ganz klar!“ In der Ausbildungskompanie, aus der ich vor zwei Tagen gekommen war, hatte es sich der Chef niemals nehmen lassen, politischen Unterricht selbst zu leiten. Hier nun hatten sich zwei Gefreite UA (Unteroffiziersanwärter) hinüber das Rednerpult geklemmt und rezitierten einen „Spiegel“-Artikel über die Senatskrise in Westberlin.

Als einer der UA's nach dem Verlesen des Artikels in einem etwas unbeholfenem Kommenttar alle Schuld den Studenten zuschieben wollte, meldete ich mich. Ich erklärte, daß man kritisieren an Mißständen doch eher dankbar sein sollte — die Schuld an den aufgedeckten Dingen trügen doch wohl andere.

Der Kompanieoffizier, ein nicht mehr ganz junger Leutnant, mischte sich ein.

Man dürfte die Dinge nicht so oberflächlich

sehen, meinte er, sondern sollte die Hintergründe suchen. „Die Kommunisten“, fuhr er fort, „suchen jede Möglichkeit, Unruhe zu stiften. Egal wo — die Hauptsache, sie können unsere staatliche Ordnung gefährden.“ Deshalb auch, meinte er, hätten die Kommunisten den SDS und die NPD gegründet. Ich wies darauf hin, daß der SDS ein Ableger der SPD gewesen sei — bis sie ihn amputierte. Man dürfe, meinte der Leutnant, nicht alles gleich wörtlich nehmen. „Die Kommunisten unterwandern diese Organisationen, um für ihre Ziele zu mißbrauchen.“ Auch die NPD? „Auch die NPD ist von Kommunisten unterwandert. Wenn ich Ihnen das sage, dürfen Sie mir das glauben.“

Kein Protestgeschrei, kein Hohngeächter. Die etwa achtzig Soldaten und Unteroffiziere blieben stumm. Es interessierte sie nicht, was dort für die Schatzkiste. Und daß ich die Ruhe gestört hatte, war schon schlimm genug.

Zwei Dinge sollte man nicht verallgemeinern: überall verlaufen politische Unterirre-

Bundeswehr systematisch auf den
Bruderkrieg gedrillt. Reinhard
Junge ist als Wehrpflichtiger beim
„Bund“. Er berichtet auf den fol-

genden Seiten, wie man unsere Soldaten zum Einsatz gegen „unsere Araber“ östlich der Elbe vorbereit.



Voltaire-Flugschriften
Herausgeber Bernward Vesper

Hans Magnus Enzensberger.
STAATSGEFÄHRDENDE UMTRIEBE

In einem Offenen Brief an den Bundesjustizminister Dr. Heinemann, der hier exklusiv erscheint, kritisiert Enzensberger die Praktiken der politischen Justiz der Bundesrepublik. In Dokumenten und Statistiken weist er nach, daß jährlich gegen 10 000 Bürger in der Bundesrepublik aus politischen Gründen ermittelt wird. (Erstausgabe. Im Dezember) DM 2.— Abonnenten 1.60

Fidel Castro / Antonio Sanchez.
ÜBER CHE GUEVARA

Die Rede, die Fidel Castro am 18. Oktober 1967 in La Habana vor über 50 000 Menschen hielt, ist ein einzigartiges politisches und menschliches Dokument. Der Chilene Antonio Sanchez rekonstruiert die genauen Umstände von Ches Tod an Hand von Pressemeldungen und Tagebucheinträgen und analysiert die nächste Etappe des Guerrillakampfs. (Erstausgabe. Im Dezember) DM 2.— Abonnenten 1.60

Black Power.
DIE URSACHEN DES GUERRILLA-KAMPFES IN DEN USA

Zwei soziologische und politische Analysen erklären das Scheitern der liberalen Bürgerrechtsbewegung in den letzten hundert Jahren und die Notwendigkeit, das System der amerikanischen Gesellschaft zu verändern, wenn die Rassenfrage gelöst werden soll. Mit Statistiken. DM 2.— Abonnenten 1.60 (Erstausgabe. Im Oktober)

Abendroth / Brückner / Dutschke / Gollwitzer / Habermas v. Hestig / Kuby / Mahler / Nevermann / Nirumand / Peuß.
BEDINGUNGEN UND ORGANISATION DES WIDERSTANDS. DER KONGRESS VON HANNOVER. Protokolle, Flugblätter und Resolutionen im Anhang. (DM 6.— 4.80) Marcuse / Lettau / Dutschke / Taubes / Schneider / Bernard Larsson. **DEMONSTRATIONEN EIN BERLINER MODELL** Photos und Texte (DM 6.— 4.80)

Günter Grass. **DER FALL AXEL C. SPRINGER AM BEISPIEL ARNOLD ZWEIG** (DM 3.— 2.40) Günther Anders **NÜRNBERG UND VIETNAM.** Bertrand Russell / Jean-Paul Sartre. **PLÄDOYER FÜR EINEN KRIEGSVERBRECHER-PROZESS** (DM 4.— 3.20) Beim Verlag vergriffen: Flugschriften von Peter Weiss, Jean-Paul Sartre, Heinrich Böll, Otto Brenner

Voltaire-Verlag GmbH., 1000 Berlin 15,
Bregenzer Straße 4.

so brav und treudoof, wie dieser. Und: man sollte die Wirkung auch solcher Unterrichte nicht unterschätzen.

Wie man träge Massen in Stimmung bringen kann, zeigte sich während des Nahostkrieges im Sommer 67.

Springer und seine Spießgesellen begannen etwa drei Wochen vor Ausbruch des Krieges mit der psychologischen Mobilmachung des gesunden Volksempfindens. Die Freund-Feind-Schablone mußte wieder einmal herhalten. Dicke Schlagzeilen hämmerten Millionen Springerlesern ein, wie böse die Araber, wie brav die Israelis seien. Präsident Nasser wurde zum Teufel in Menschengestalt abgestempelt. Und dieses Bild wurde von der gesamten bürgerlichen Presse übernommen — die totale Manipulation.

Zur gleichen Zeit wurde die Nahost-Krise Thema des Polit-Unterrichts. Unser Chef z. B. stellte eine Statistik auf, in der er die Ausrüstungs- und Mannschaftsstärke der israelischen mit jener der arabischen Armeen verglich. Und siehe da: der böse Feind war vielfach stärker — wessen Herz würde da nicht schleunigst für den Schwächeren pochen?

Erfolg: die Bundeswehr-Offiziere und Mannschaften — geilten sich an Dajans Blitzsiegen auf, als seien es die eigenen. Die Genußtuung über die Niederlage der Araber beherrschte für eine Woche fast alle Gespräche. Und bei vielen Soldaten, Unteroffizieren und Offizieren vernahm man den Ton des Bedauerns — darüber, daß man leider nur Zuschauer des Triumphes sein durfte.

Sonntag, 8. Oktober

An diesem Wochenende hatten wir Bereitschaft. Es könnte ja sein, daß der böse Feind ausgerechnet am Sonntagmorgen angreift. Und für den Fall muß jemand erreichbar sein, der sich als erster schützend vor die bundesdeutschen Frühstückseier stellt. Wir hatten also Bereitschaft und durften geschlossen in der Kaserne bleiben. „Geschlossen“ heißt: alle Mannschaftsdienstgrade, einige Unterführer und Feldwebel. Zwei Tage lang wurde gegammelt. Ich hatte Zeit genug, mich in der Kompanie umzusehen.

Im Treppenhaus hingen die Porträts verblichener Militärgrößen. Einige preußische Generale, dann ein deutscher Fliegeroberst („erfolgreichster deutscher Flieger im Spanienkrieg“), US-Panzergeneral Patton, der vor allem wegen seiner antikommunistischen Gesinnung gepriesen wurde, Vorbilder . . .

Um zwanzig Uhr begann der Dienst. Wir traten vor dem Kompanieblock an. Befehlsausgabe, danach eine Belehrung durch den Chef. Und dann scheuchte der Spieß uns in den Block zurück und ließ ihn von oben bis unten reinigen. Schließlich fuhren wir in dieser Nacht für vierzehn Tage in die Senne, und da kann man schließlich keinen „Saustall“ zurücklassen. Wir hatten den Block an den beiden letzten Tagen ja auch nur insgesamt viermal gereinigt. Und dreimal täglich ist das übliche, 22 Uhr: Aufsitzen. Wir bestiegen unsere Schützenpanzer, verstaute die letzten Teile der Ausrüstung. Waffen und Geräte waren schon am Freitag verpackt worden, aber da gab es ja noch die Zahnbürste und die Marschverpflegung. Und fast jeder hatte noch ein paar Dosen Bier, mit denen er sich nicht erwischen lassen durfte.

Die Motoren wurden angeworfen, ein langer Zug setzte sich in Marsch: sämtliche Fahrzeuge zweier Bataillone.

Mittwoch, 18. Oktober

Auf dem Dienstplan stand: „Gefechtsschießen — Die Gruppe im Angriff.“ Und geschossen wurde mit scharfer Munition. Wir arbeiteten uns so vor, wie wir es im Kriegsfall tun müßten: das MG weit an der Flanke, damit es unser Vorgehen decken konnte. Durch sein Feuer sollte der Feind im Schützengraben niedergehalten werden, bis wir selbst nach einem Vorwärtssprung von 20 oder 30 Metern in Deckung lagen. Und aus dieser Deckung heraus gaben wir Feuerschutz für das MG. Die ganze Angelegenheit war fast echt. Fast; denn die Pappkameraden, auf die wir schossen, konnten sich nicht wehren. Ich war am Morgen dabei gewesen, als die Pappkameraden auf der Schießbahn aufgestellt wurden. Und einer von den Soldaten sagte da: „Gut, daß die Dinger nicht zurückschießen können!“

„Der böse Feind kann es“, sagte ich.

„Ja“, meinte er, „der kann es.“

Nicht immer sind die Soldaten sich über die Gefahren in einem Krieg bewußt: die Wirkung der Massenvernichtungswaffen zum Beispiel wird in den Unterrichten bis zur Lächerlichkeit verharmlost.

In der ABC-Abwehrausbildung sollen die Soldaten Art und Wirkung atomarer, biologischer und chemischer Kampfmittel kennenlernen, sollen üben, wie man sich vor ihnen schützt.

Was die Atombombe angeht, so sieht das wie folgt aus. Der Feind, heißt es, werde in einem Krieg nur ganz kleine Atombomben einsetzen — um die eigenen Truppen nicht zu gefährden. Wenn man also den Lichtblitz einer Detonation sieht, braucht man sich nur hinzulegen, und das weitere abwarten.

Man zählt von 21 an aufwärts und achtet dabei auf den Explosionsknall. Kommt er vor 36, zählt man bis 111, setzt dann die ABC-Schutzmaske auf und führt seinen Auftrag weiter durch. Und wenn der Knall erst nach 36 kommt, braucht man bei 111 die Maske gar nicht mehr aufzusetzen. Man steht einfach auf und freut sich, daß man weiterhin seine Pflicht tun darf. Irgendwer in der Bundeswehrführung, meine ich, muß geisteskrank sein.

Freitag, 28. Oktober

Der letzte Tag in der Senne. Doch bevor es in Richtige Heimat ging, mußte der Major noch einmal seine beste Kompanie präsentieren: Gefechtsschießen, Kompanie im Angriff. Eine gefährliche Sache, die bei der Bundeswehr nicht jeden Tag geübt wird — und die hohen Tiere, die hinter uns standen und beobachteten, wie wir über die Schießbahn gescheucht wurden, waren entsprechend zahlreich und ranghoch vertreten.

Im Prinzip lief die Geschichte nicht anders als der Angriff der Gruppe. Eine ähnliche „Lage“, Flankenfeuer der MG's — drei pro Zug, und jeder Zug greift dann in Abstimmung mit dem anderen an.

Die Bahn war etwa sechshundert Meter lang, und wir brauchten dafür über eine Stunde. Wir schwitzten wie die Tiere und hatten anschließend die Schnauze erst einmal gründlich voll. Mehr als wir schwitzten die Kapos, die hinter je zwei Soldaten herlaufen und auf-

Fortsetzung auf Seite 32



Mein ganz großer Bruder ist bei die Sol-
daten. Da haben sie es fein, weil sie alle
ein Gewehr umgehängt bekommen und so
schießen lernen, daß der andere gleich
mausetot sein muß. Er sagt, mein großer
Bruder, das wär' gut so und das muß so
sein, dieweil alle Soldaten ihr Vaterland
lieben täten und so. Das verstehe ich noch
nicht, wie er das meint, wo wir doch gar
keinen Vater mehr haben, aber mein gro-
ßer Bruder sagt, das wär' schon recht so
und ich soll meine große Klappe halten,
und mich würden auch noch die Kommu-
nisten holen, wenn ich nicht aufpasse.
Emil heißt mein großer Bruder, aber das
soll ich nicht mehr sagen, weil er jetzt ein
Bürger in Uniform ist und vielleicht bald
ein Held, und Helden täten nicht Emil hei-
ßen. Rotzlöffel, hat er gesagt, als ich da
gelacht habe. Dabei ist das doch wirklich
lustig.

★

Wenn man bei die Bundeswehr kommt, ist
alles, was man gelernt hat, ganz umsonst
gewesen. Deshalb kann man auch gleich
dumm wie Bohnenstroh sein, daß ist dann
genauso. Weil nämlich bei die Soldaten
nichts gilt, was einer weiß. Er muß dann
von vorne anfangen. Wenn er gedacht hat,
er kann schon lesen, da lachen aber die
Spieße und die Unteroffiziers und lassen
ihn sich in eine Pfütze mittenninein legen,
und da liegt gar kein Buch drin und sie
sagen aber: Nun lies mal, was da steht. Und
wie er auch guckt, da steht wirklich nichts
und also haben sies ihm aber gezeigt, daß er
noch gar nicht lesen kann. Wenn der Soldat
das dann glaubt, dann beweisen ihm die
Offiziers, daß er auch nicht hören und nicht
sehen kann. Mein großer Bruder hat das
erst auch einfach abgestritten. Klar, hat er
gesagt, kann ich hören und sehen. Da ha-
ben sie ihn über den Exerzierplatz kriechen
lassen und gefragt, ob er das Gras denn
wachsen hören kann. So oft kroch er hin
und her bis er die Engel im Himmel singen
hörte, aber da haben sie gesagt, ihm würde
bald Hören und Sehen vergehen, wenn er
nicht zugeben würde, daß er nicht hört.
Gut, hat mein großer Bruder gesagt, ich hör'
gar nichts mehr, aber ich seh, daß Sie mies-
ses Stück mich schinden wollen und das ist
nicht erlaubt bei die Demokraten. Da haben
sie ihn in eine ganz prima dunkle Zelle ge-
steckt und da hat er auch das miese Stück
nicht mehr gesehen und also hatten die
Offiziers recht gehabt, daß er weder hören,
sehen und auch nicht mehr lesen konnte.
Und von da an war er ihr Kumpel und er
hat es richtig fein bei die Soldaten, weil er
nun ein Kämpfer für die gute Sache gewor-
den ist. Und sie haben ihm nun eine Fibel
gegeben, so schön bunt, wie ich sie gekriegt

habe, als mich Mutter in die Schule brachte,
nur steht auf seiner Fibel draußen drauf
„Sicherheitsfibel“, aber die Bildchens da-
drin sind genauso bunt wie in meiner Fibel
und nun fängt er wieder an zu lesen und
zu hören und zu sehen. Das ist vielleicht
lustig, kann ich Ihnen sagen. Wenn er Sonn-
tags Urlaub hat, darf ich ihn abhören, so-
lange, bis er alles auswendig kann und

Werner Georg Backert

Mein großer Bruder, der Bundeswehrsoldat

überhaupt nichts anderes mehr im Kopf hat,
als was in seiner neuen Fibel steht.

★

Das ist aber auch eine ganz ernste Fibel,
da kann man nicht mehr über lachen. Weil
uns doch die Gefahren des Kalten Kriges
drohend über die Häupter kommen und
weil überall böse Menschen sind, die wo
nichts anderes wollen, als uns alle auszu-
spionieren. Und was die alle für lustige Na-
men haben, damit man nicht merken soll,
daß sie solche schlimme Brüder sind, da
werden Sie aber staunen. Altjäger heißt
einer, Hans Altjäger, und der sitzt in der
Kneipe und erinnert die Soldaten mitten im
Bier an den letzten Krieg und was das noch
für Zeiten warn. Und wenn der Soldat dann



Moral:
**Im Wirtshaus haben Wände
Ohren,
Drum wird kein lautes
Wort verloren!**

nicht aufpaßt und sagt, daß das heute noch
genauso ist und sich nichts geändert hat,
dann hat der Soldat schon einen Fehler ge-
macht, denn der Altjäger ist vielleicht ein
Spion von den Kommunisten und nicht, wie
der Soldat denkt, ein alter Nazi. Und sehen
kann man das, wenn der Altjäger plötzlich
auf das Clo flitzt und gleich die Wasserspü-
lung zieht. Da hat er nämlich gar nicht ge-

mußt, sondern nur was aufgeschrieben, was
er dann den Kommunisten verraten will.
Aber in der Fibel kommt auch ein feiner
Ober vor, der heißt Muschelohr und der
paßt auf und sagt gleich, paßt auf den Alt-
jäger auf und redet nicht, singt lieber. Nun
weiß ich auch, warum die Soldaten manch-
mal so laut gröhlen in die Kneipen und auf
den Bahnhöfen, das kommt wohl nur, weil
sich grade zwei von ihnen was Geheimnes
sagen müssen, das wo niemand hören soll
und dann singen sie eben laut „Wildgänse
rauschen durch die Nacht“ und durch das
Rauschen, da hört dann kein Feind das Ge-
heimne.

★

Und manchmal fragt der Altjäger auch
glatt mal einen Leutnant, ob denn das
stimmt, was in der Zeitung gestanden hat,
daß die Bundeswehr neue Zerstörer baut
oder daß vielleicht ein Starfighter abge-
stürzt ist. Da darf der Soldat gar nichts zu
sagen, denn der Altjäger will nur wieder
alles weiter melden bei seine östlichen
Agenten. Und was in die Zeitung stand,
kann ja auch gar nicht stimmen und so ein
„Wurstblattredakteur“, der ist auch ein
Malheur!“, das steht da in die Fibel. Das
finde ich aber auch wirklich richtig, denn
das wäre ja schlimm, wenn die Kommu-
nisten gleich wissen täten, wenn bei uns zwei
oder drei Starfighter abstürzen, das werden
die noch früh genug merken, wenn die
dann vielleicht mal über Leipzig oder Dres-
den purzeln. Also ist so ein Maulkorb, wie
ihn der Hund in der Fibel hat, schon gut,
nein ein Korb ist das nicht, das ist ein
Schloß, gleich richtig zum Maul zuschließen,
ich glaube, „schatt ap“ sagen die Amis, und
die müssen das ja von den wilden Viet-
kongs wissen. Na ja, Schwamm drüber, das
Kapitel kann mein Bruder jetzt reineweg
im Schlaf hersagen. Das Dumme ist nur, daß
er dann immer sagt, was er nicht sagen soll.
Vorige Nacht erst hat er laut geträumt: es
ist nicht wahr, daß unser HS 30 nicht gut
fährt! Wenn das der Altjäger gehört hätte!

★

Das mit dem Clo und der Wasserspülung,
was ich von dem Altjäger erzählt hab, das
ist noch nich mal alles mit den hinterlisti-



Moral:
**Die Presse hat sich oft geirrt
und die Spione nur verwirrt.
Sie raten richtig und verkehrt,
erst die Bestät'gung bringt den Wert.**

gen Geschäften. Da is noch der Gefreite
Knifftig, so heißt der in der Fibel, der Knifftig,
der muß nun wirklich mal, und zwar
beim Manöver, und statt daß der dumme
Kerl Moos nimmt oder Blätter, wies ja im
Krieg auch nich anders gemacht wird sicher,
hat der doch glatt ein Papier genommen, wo
was drauf stand über die Bundeswehr. Und
das sind die Momente, wo der Feind nur
drauf wartet. Der tut so, als wenn er nur
Pilze suchen will und steuert in Wahrheit
nur hinterher direkt auf so einen Soldaten-
haufen im Gebüsch zu und das stinkt ihm
nicht, weil er nur wissen will, was auf dem
Papier steht. So geschickt holen die einem
die Geheimnisse unterm Hintern vor. Lie-
ber macht sich mein großer Bruder jetzt die
Hosen voll, eh er das wieder vergißt, das
hat er mir versprochen.

★

Mit Papier ist das überhaupt so eine Sache.
Nix schreiben un so, das ist oberstes Gebot.
Wenn einer zum Beispiel eine Tante Aman-
da hat in die sogenannte Zone, da soll er lie-
ber nicht hinschreiben, denn das steht auch
in die Fibel: „Briefwechsel in den sowje-
tisch regierten Teil unserer deutschen Hei-
mat birgt leider stets viele Gefahren“. Da
soll der Soldat dann lieber erst seinen Si-
cherheitsoffizier fragen, wenn er seiner
Tante schreiben will, denn vielleicht strickt
die ihm sonst einen geheimen Pullover und
schickt ihm den und dann hört der Feind
durch jede Masche mit. Verflixt gefährlich
kann das alles sein, genauso wie mit die
Liebe. Ne Menge duftige Puppen züchten die
im Osten un die schicken die dann hierher
zum Bezirzen un wenn so ein Soldat nach-
her so mir nichts dir nichts nichtsahnend in
die Bluse fassen will un noch woanders hin
vielleicht, dann wird er gleich heimlich ge-
knipst oder das was in seiner Aktentasche
ist, kann geknipst werden und dann hat er
nachher gar nischt von der Liebe, weil er
nämlich Fotos gezeigt kriegt von Dingen,

die ein Soldat nich tut und das nennt man
Erpressung. Das geht natürlich auch an-
dersrum, weil wir auch ja auch duftige Pup-
pen bei die Bundeswehrebüros haben und
da kommt manchmal so ein Kommunisten-
Casanova, der ist extra in einem Ostlager
gedrillt auf Liebe, da is Oswalt Kolle nix
dagegen, und da vergeht vielleicht der fe-
schen Bundeswehrdeern Hören und Sehen
und flugs hat sie Dinge ausgepackt, die
eigentlich keiner sehen soll. Und der Feind
tut sich daran göttlich!
Un überhaupt muß eben einer aufpassen,
wenn er Soldat ist. Und meckern gilt nicht.
Auch Kritik üben un son Zeugs, das ist nicht
gut für die Wehr und das Vaterland, da
schnappt der Feind zu und dafür muß dann
der Meckerer wirklich hinter Gitter, denn
hier steht das in der Fibel: „Gar mancher
gibt durch Besserwissen der Spionage fette
Bissen. Was er nur als Kritik geplant, das
hat dem Feind den Weg gebahnt“.

★

Ganz schick finde ich das mit dem Abhören.
Toll, was die Bundeswehr alles weiß, wo
der Feind überall sitzen kann und uns ab-
hören. Das müssen die direkt bei uns alles
ausprobiert haben, daß die das so beschrei-
ben können, wie das gemacht wird. Da is
man nämlich nirgends mehr sicher. Wenn
du durch einen großen Park so vor dich hin
gehst und mal laut denkst, kann schon einer
mit einem Richtmikrofon im Busch sitzen
und der hört alles mit. Das scheint mir be-
sonders gefährlich, denn wenn so ein Bun-
deswehrsoldat mal die Nase voll hat und er
sagt so vor sich hin „Scheiß-Bundeswehr“
und im Busch sitzt gar keiner von den Ost-
spionen, sondern der eigne Unteroffizier,
der dich mit so einem Richtmikrofon uzen
will, dann hört der das und meldet dich
womöglich deinem Vorgesetzten, weil doch
der Uffz. auch drauf gedrillt ist, daß er alles
muß weitersagen, was schädlich ist für die
Bundeswehr, das kann dann sicher ganz
schön unangenehm werden.

Und wenn mal einer aufm Balkon steht
oder im Sliipgruum von seiner Liebsten
und er sagt ihr, Mensch, du bist scharf wie
unsre Atomrakete, dann kann im Auto auf



der andern Straßenseite einer mithören und
alles in den Osten funken un so entstehn
die großen Mißverständnisse, wo wir doch
gar keine Atomraketen haben und auch nie
welche gewollt haben — sagt mein großer
Bruder, aber der darf ja nun nich mehr
alles sagen, wie er sagt.

★

Und dann ist da noch ein feines Bildchen
in die Fibel. Richtig gelacht hab ich, weil
da ein Bundeswehrgrenadier so ein Gamm-
lerpaar mit seinem Kind aus Versehen bei-
nahe für einen Spion hält. Da sieht man
mal, daß man sich auch irren kann, aber das
hätte der Soldat wissen können, denn so
blöde Figuren, die einen Bart tragen und
Bücher im Park lesen, daß können ja keine
Spione sein, die braucht man dann nicht
ernst zu nehmen. Ich denk mir nur manch-
mal, vielleicht hat sich hier sogar die Bun-
deswehr geirrt. Denn wenn jetzt alle den-
ken, die mit dem Bart sind blöde und keine
Spione, dann sind das vielleicht grade mal
welche. Und vielleicht sind so die Südko-
reaner geschminkt gewesen, als sie einfach
ein paar Koreaner schwuppdwupp uns vor
der Nase weg entführt haben. Aber mein
großer Bruder sagt, das wär' doch aufgefal-
len, denn unserm Sicherheitsdienst dem
entginge sowas nich. Na ja, vielleicht hat
er recht, un die ham das auch gewußt un
nur nix gesagt, weil, was sind schon so ein
paar Koreaner, die sowieso alle wie Mon-
golen aussehen, was unserm deutschen
Auge mißlich is.

Jedenfalls, ich muß schon sagen, die Fibel
ist eine feine un man möchte sie nich mis-
sen. Da merkt man, wie die Fibel ja auch
schreibt, wie man systematisch vergiftet
werden kann, ein Bundeswehrsoldat nach
dem anderen. Und das is schon eine schlim-
me Sache für unsere Demokratie, die das
doch gar nicht brauchen kann. Aber mein
großer Bruder is jetzt auf Zack. Was er jetzt
gelernt hat, das wird er gar nicht mehr ver-
gessen können, auch nich, wenn er dann
wieder ein Ziviler is, der paßt jetzt auf, un
darauf können wir uns schon jetzt alle
freuen!

Moral:
**Gar mancher gibt durch
Besserwissen
der Spionage fette Bissen.
Was er nur als Kritik geplant,
das hat dem Feind den Weg
gebahnt.**



Wir suchen Lieder

Arbeiterlieder haben in den vergangenen 120 Jahren die Kämpfe der Arbeiterklasse begleitet. Das waren Streiklieder: „Hört, Ihr lieben Kampfgenossen. Fabrikanten sind verdrossen, wenn Ihr vor der Bude steht, auf und ab als Posten geht.“, Lieder für bessere Löhne und Arbeitszeitverkürzung: „Umsonst war alles Bitten, um den Zehn-studenten, muß werden erst gestritten.“, Lieder gegen den Krieg: „Der Krieg ist für die Reichen!“, gegen das Elend: „Herrgott, jetzt wird's mir fad — mit der Marmelad.“, gegen den Kaiser: „Es braust ein Ruf wie Donnerhall. Kaiser Wilhelm sitzt im Schweinestall.“, Lieder für die Macht der Arbeiterklasse: „Dem Morgenrot entgegen! Ihr Kampfgenossen all!“.

Viele dieser Lieder sind verlorengegangen. Sie fanden keinen Platz in den offiziellen Liederbüchern der Zeit. Sie wurden verfolgt, die Liederbücher und Liederblätter beschlagnahmt und eingestampft, ihre Interpreten verhaftet und ins Gefängnis geworfen.

Das ist die Geschichte der „Internationale“. Das ist aber auch die Geschichte vieler kleiner situationsbedingter Lieder, die sich in der Arbeiterschaft mündlich überlieferten.

Wir möchten alle diese Lieder sammeln und sie in einem neuen Arbeiterliederbuch zusammenlegen.

1 Wir rufen Euch auf, helft uns diese Lieder wiederfinden. Fragt nach alten Liederbüchern und Liederblättern. Fragt Eure Großeltern und Eltern, welche Lieder sie in ihrer Jugend gesungen haben. Oft besitzen sie noch handgeschriebene Lieder-alben und Liedabschriften.

2 Welche alten Arbeiterlieder sind Euch bekannt? Welche haben nach Eurer Meinung ihre Aktualität bis in unsere Zeit behalten? Welche müßten unbedingt in einem neuen Arbeiterliederbuch stehen?

3 Schickt uns Texte, die auf die heutige Situation der Arbeitenden gemacht sind. Beschreibt die Situation in Euren Betrieben. Welche Auseinandersetzungen gibt es an Deinem Arbeitsplatz? Beschreibe das Verhältnis zu Deinem Meister und den Vorgesetzten im Betrieb. Beschreibe Deinen ersten Streik. Schickt uns auch politische Schlagerumdichtungen, die Euch bekannt geworden sind.

Franz Josef Degenhardt, Fasia Jansen, Reiner Rowald, Hannes Stütz, Dieter Süverkrüp, Manfred Vosz.
(Alle Einsendungen bitte an folgende Adresse: Manfred Vosz, 8 München 23, Kaiserstr. 51)



Aus der Werkstatt der Liedermacher

Während der Urabstimmung in der hessischen Metallindustrie im November 1967 habe ich mit einigen Gewerkschaftskollegen ausgemacht, bei eventuellen Streikversammlungen zu singen. Ich stellte schon mal mein Programm zusammen und merkte, daß mir für den Anfang ein Lied fehlte, in dem keine allgemeinen politischen Begriffe vorkommen. Es sollte nur die Vorstellung von der Partnerschaft zwischen Unternehmer und Arbeiter als frommen Wunsch der Unternehmer zur gemütlchen Ausbeutung bloßstellen.

Dazu erschien mir die Karikatur eines vollkommen ahnungslosen Menschen, der noch nie in einer Fabrik gearbeitet hat und auch nicht das Geringste kapiert, was um ihn herum vorgeht, am besten geeignet. Er verkörpert das ins Lächerliche gehobene Idealbild des ‚lieben Mitarbeiters‘. Ein Fünfmarkstück von Heinrich Lübke wäre ihm sicher, würde er nicht in den letzten Zellen seinen doppelten Boden lüften.

Nachdem so die Positionen geklärt sind, singt sich's einfacher von Klassenkampf und Sozialismus. Dachte ich mir und schrieb dieses Lied.

Hannes Stütz Dick und Doof in der Fabrik

In München steht nicht nur ein Hofbräuhaus, da stehen auch viele Fabriken. Da gehn vieltausend Leute rein — Mensch, muß das ein Vergnügen sein, sonst würden die doch nicht so drücken. Und abends kommen sie wieder raus aus den vielen Fabriken. Und alle sehn so fröhlich aus — Himmel, das ist ein Freudenhaus, da muß ich mich aber schicken.

Um viertel vor vier ist der Schmidhuber Franz an seiner Maschine verreckt. Die Rosa aus der Halle Neun stolperte in ein Ölbad rein — die Orgie war perfekt. Die nächsten Tage war Feierschicht zwecks schlechter Absatzlage. Wir sind zwar ein Privatbetrieb, doch der Alte ist wirklich lieb — die Pleiten dürfen wir tragen.



Am nächsten Morgen fing ich an in einer der vielen Fabriken. Früh schlug der Wecker wie verrückt — Mensch, hab ich vielleicht aufgeblickt, mit ausgesprochenem Entzücken. Und als ich dann Halle Zwo A betrat, im blauen Modellkleid von Schießler, da standert sie an einem langen Band, trieben es heiter und mit Verstand — das waren vielleicht Genießer.

Drum als ich am Freitag den Lohn bekam, beschwerte ich mich beim Alten: He, Alter, bist Du ganz verrückt? Die Arbeit hat mich so beglückt, Du kannst dein Geld behalten. Im Gegenteil find ich es angebracht, wenn ich dafür bezahle. Denn Du trägst ja das Risiko, ich steh nur rum in Halle Zwo — Du siehst ja, wie ich strahle.



Punkt zwölf Uhr ertönte ein Tuteton — die Unterbrechung war bitter. Zum Trost gab's die Kantinenspeis Pampe Uschi mit Patnareis — im Lokus war Freudengewitter. Am Nachmittag hat einer nur zum Spaß das Fließband schneller gemacht. Krawuttke mit dem Hinkelbein sammelte sechzehn Finger ein — Mensch, ham wir gelacht.

Der Alte sah mich wie den Erzengel an, dann rief er auf seinen zwei Knien: Du hast den neuen Kurs kapiert, der mich aus der Krise führt. Die Partnerschaft wird blühen. Und seither spielen wir Dick und Doof, und manchmal Blinde Kuh. Er spielt den Dicken, ich spiele die Kuh, er braucht aber noch ein paar Dumme dazu — ich hoffe, das bist nicht Du.





In Vietnam führen die USA einen schmutzigen und barbarischen Krieg gegen ein Volk, das um seine Freiheit kämpft.

Verantwortlich für den organisierten Massenmord am vietnamesischen Volk ist der Präsident der Vereinigten Staaten, Mr. L. B. Johnson.

Mit Joan Baez bin ich der Meinung, daß L. B. Johnson nach den Grundsätzen des Internationalen Militärtribunals, vor dem sich nach 1945 die deutschen Kriegsverbrecher verantworten mußten, verurteilt werden müßte.

Ich erkläre hiermit in aller Öffentlichkeit:

Präsident Lyndon B. Johnson ist ein Mörder!

Mit Mördern sollte die Regierung der Bundesrepublik keine Freundschaft pflegen.

Diese Überzeugung gebe ich hiermit zu Protokoll. Ich erstatte wegen dieser Äußerung Selbstanzeige und bitte gemäß § 103 StGB um gerechte Bestrafung.

Max von der Grün, Schriftsteller
Dieter Süverkrüp, Graphiker
K. D. Wolff, Vorsitzender des SDS
Hannes Stütz, Schriftsteller
Horst Stuckmann, Pastor
Herbert Lederer, Gerichtsreferendar
Heidrun Fuchs
Peter Rath, Student
Hermann Sittner, Redakteur
Werner Hilke, Reprofotograf
Bernhard Jendrejewski, Journalist
Reiner Rowald, Student
u. a.

Falls Sie sich dieser Aktion anschließen möchten, füllen Sie bitte diesen Abschnitt aus und senden Sie ihn an Hermann Sittner, c/o. elan, 46 Dortmund, Kuckelke 20.

Unterschrift

Geburtsort und -Datum

Wohnort

Straße/Hausnr.



Martin Mittwoch

STECK BRIEFE



IN 17 GLEICHNISSEN zeigt Karl Hermann Flach den Weg des Mitläufertums in einer Gesellschaft, in der „es beim Spiel der Macht nicht um eine Veränderung der Szene, sondern vorwiegend um die Gage geht“ und wo es gilt, ein „Volk zur Wahlurne zu bringen, ohne ihm eine Entscheidungsmöglichkeit zu geben“. Flach sucht den „dritten Weg“, doch nur „naive und ganz unerfahrene Leute bilden sich ein, es genüge die Zuverlässigkeit von Kompromissen überhaupt anzuerkennen – und schon werde jede Grenze verwischt zwischen dem Opportunismus und dem revolutionären Marxismus oder Kommunismus“ (Lenin). Flachs Buch zeigt zumindest im letzten Punkt einen Mangel politischer Phantasie.

(Karl Hermann Flach: UNTER UNS PHARISÄERN, Gleichnisse, v. Hase & Köhler Verlag, 144 Seiten, Leinen, 9,80 DM)



ROLF HOCHHUTHS „STELLVERTRETER“ und sein ebenso umstrittener und vieldiskutierter Nekrolog SOLDATEN veranlaßte die Vatikanzeitung „Observatore Romano“, ihn als Repräsentanten des Neonazismus, geschickten Fabrikanten von Skandalen und gescheiterten Theater-Schriftstellern abzustempeln. Hochhuth zeigt in den SOLDATEN: Die totalen Kriege unserer Zeit unterscheiden nicht mehr Front und Hinterland, Heerführer, Heere und Zivilisten, sondern nur noch Opfer und Täter, Mörder und Ermordete. Von Rotterdam bis Dresden, von Korea bis Vietnam: die eigentlichen Opfer sind die Wehrlosen, Soldaten werden zu Mördern.

(Rolf Hochhuth: SOLDATEN, Der Nekrolog auf Genf, Rowohlt Paperback, Band 59, 192 Seiten, 9,80 DM)



RUDI VER, hinter dessen Pseudonym ein Verfassungsrichter vermutet wird, analysiert in REQUIEM AUF EINEN RECHTSSTAAT die letzte Fassung der aus der Dunkelkammer geholten Notstandsgesetze. Er zeigt auf, daß alle sogenannten demokratischen Konzessionen im Entwurf Scheinmanöver sind: Der Gemeinsame Ausschuß bleibt ein antidemokratisches Schattenparlament, die Streikschutzklausel ist eine Scheingarantie. Ver schreibt: „Der Plan ist juristisch abenteuerlich und nichtig. Aber daß eine Bundesregierung den Verfassungsverrat in der Form der Verfassungsänderung betreibt, das darf als markante Wegscheide in der Verfassungsgeschichte der Bundesrepublik vermerkt werden.“

(Rudi Ver: REQUIEM AUF EINEN RECHTSSTAAT, Luchterhand-Verlag, 84 Seiten, kartoniert, 6,80 DM)



AN EINDRÜCKEN, ERKENNTNISSEN UND ERFAHRUNGEN reicher kehrten sie wieder, eine Delegation von zwanzig Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens die auf Einladung des Sowjetischen Komitees zum Schutze des Friedens die Sowjetunion besuchten.

Ihre Berichte, Erfahrungen und Gespräche 50 Jahre nach der Oktoberrevolution schrieben u. a. nieder: Georg Benz, Gräfin Dönhoff, Werner Hofmann, Harald Koch, Eugen Kogon und Martin Niemöller.

So informieren denn Wissenschaftler, Publizisten, Gewerkschafter, Industrielle und Theologen über die Reise in die unbekannten Gebiete der Sowjetunion in: SOWJETSIBIRIEN UND ZENTRALASIEN.

HEUTE, Kleine antworten-Reihe im Stimme-Verlag, 260 S.

Hermann Sittner

Weichen werden gestellt

Die Bundesjugendkonferenzen von 5 Einzelgewerkschaften (IG Metall, Druck und Papier, ÖTV, Post und HBV) und des DGB stehen vor der Tür. Die Diskussionen um Inhalt und Ziel der Arbeit in den nächsten Jahren laufen auf Hochtouren. Demokratische Willensbildung findet statt.

Es wird überlegt, was sich in den zwei, drei Jahren seit den letzten Bundesjugendkonferenzen verändert hat, welche Beschlüsse und Entschlüsse durch die Entwicklung in den letzten Jahren neu, schärfer und drängender vielleicht, formuliert werden müssen, wo es noch größerer Anstrengungen bedarf, um die Rechte der arbeitenden Jugend durchzusetzen. Die jungen Arbeiter, Angestellten und Lehrlinge erwarten von ihren Interessenvertretern klare Aussagen zu den politischen, gesellschaftlichen und sozialen Problemen.

Innenpolitisch dürfte die wichtigste Aufgabe der verstärkte Kampf gegen die Notstandsgesetze, für die Erhaltung und Ausweitung der Demokratie sein. Gerade den Aktionen der Arbeiterjugendverbände – im Zusammenwirken mit den entsprechenden Erwachsenenverbänden sowie anderen Organisationen – ist es zu verdanken, daß das 10jährige Bemühen der Bundesregierungen, das Grundgesetz umzustößeln, bisher gescheitert ist. Hier hat sich die eindeutige Haltung der Jugendverbände schon jetzt bezahlt gemacht: immer mehr junge Menschen engagieren sich gerade in Sachen Demokratie bei ihnen. Noch größere Anstrengungen allerdings, noch mehr Aufklärungs- und Protestaktionen werden notwendig sein, die Not-



elan

Blätter
für den
Jugend-
leiter

standsgesetze endgültig vom Tisch und Notstandsminister aus dem Amt zu fegen. Die Notwendigkeit, aber auch die Chance ist gegeben, griechische Zustände in der Bundesrepublik zu verhindern.

Die politische Strafjustiz und mit ihr die Arbeit der politischen Polizei wurde schon auf der letzten Bundesjugendkonferenz des DGB im November 1965 in München scharf kritisiert. Dort wurde festgestellt, daß die Zahl der Ermittlungsverfahren weiter angestiegen sei, wobei sie nur relativ selten zu Strafverfahren führen.

Doch schon die Folgen der Ermittlungsverfahren seien erheblich: „Für die Arbeitnehmer führt in der Regel bereits die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens zur Entlassung aus dem Betrieb. Es gibt Fälle, in denen auch bei Neueinstellung in anderen Betrieben auf die Entlassung hin eingewirkt wurde. Untersuchungen und Ermittlungsverfahren in politischen Strafsachen dienen heute häufig dazu, auf die Betroffenen Druck auszuüben und sie in einen Zustand der Rechtsunsicherheit zu versetzen.“

Diese Praxis gilt auch heute noch. In jüngerer Zeit wurden Bespitzelungen durch den Verfassungsschutz bekannt: Bei den Studenten, (vor allem beim SDS), und bei einigen Jugendclubs z. B. in Koblenz und Hamburg.

Das steht zweifellos im Widerspruch zu Geist und Inhalt des Grundgesetzes, selbst wenn Notstandsminister Lücke das Gegenteil behauptet. Und das wird ebenso zweifellos so lange praktiziert werden, wie als rechtliche Grundlage dazu das KPD-Verbot herangezogen werden kann. Immer deutlicher ist in den vergangenen 11 Jahren seit dem Verbot geworden, daß mit diesem „Rechts“-Spruch nicht nur die Kommunisten, sondern schlechthin alle demokratischen Oppositionellen stranguliert, „in einen Zustand der Rechtsunsicherheit“ versetzt werden sollten – und wurden.

Welche Auswirkungen das gerade auch auf die Betriebsarbeit der Gewerkschaften hat, zeigt in aller Schärfe der Fall des energischen Betriebsratsvorsitzenden der Firma Honywell, Rolf Knecht aus Steinheim, der vor nunmehr fast 2 Jahren unter der fadenscheinigen Begründung „kommunistischer Propagandatätigkeit“ entlassen und nun von der Unternehmenseite von Gerichtsinstanz zu Gerichtsinstanz gezerrt wird. Nebenbei: alle Gerichte haben bisher die Entlassung für ungültig erklären müssen. Es wäre also nur logisch, wenn die Forderung nach Aufhebung des KPD-Verbotes auch und gerade von Arbeiterjugendverbänden erhoben würde. Für Bundeskanzler Kiesinger ist es ein „Phänomen“ (laut Brockhaus ein „Wunder“), für Minister Wehner ist es u. a. „der kommunistisch regierte Teil Deutschlands“, für beide gemeinsam gibt es keine

Anerkennung der – wie normale Leute sagen – DDR. Das bewies allen Illusionisten die Klassenkeile, die Wolfgang Schütz, Vorsteher des Kuratoriums Unteilbares Deutschland für seine zaghaften Schritte hin zu Realitäten, und die Jungsozialisten für ihre Mainzer Anerkennungsresolution erhielten. Trotzdem: auf die Dauer kann nicht an der DDR vorbei entspannt werden, das ist durch die Sackgassen-Fahrt auch der „neuen“ Ostpolitik belegt. Wie soll auch Friedensliebe und Gewaltverzicht der Bundesregierung ernst genommen werden, wenn man immer noch hinter den Grenzen von 1937 herjagt, und wie auch soll das „Verhandeln um menschliche Erleichterungen“ mit den Kommunisten in der DDR aussehen, solange die Kommunisten im eigenen Machtbereich im Verbot und in Gefängnisnähe gehalten werden?

Das Festhalten an der Nichtanerkennungs-politik und dem Alleinvertretungsanspruch ist nichts anderes als der Versuch, die DDR nach dem Muster der Bundesrepublik „gesellschaftlich neuzuordnen“, d. h. Wiederherstellung kapitalistischer Verhältnisse. „Freiheit“ nach CDU-Vorstellungen. Deshalb dürfe man die DDR nicht anerkennen, erklärten die außenpolitischen Experten der CDU, Olaf von Wrangel und Dietrich Schwarzkopf; denn sonst wäre die Absicht „Freiheit“ zu bringen, der Anspruch auf Einverleibung eines ganzen Staates. Natürlich soll das „friedlich“ geschehen. Aber solche Sprüche glaubt seit dem Beispiel Hitler kein verantwortlicher Staatsmann und Politiker mehr – weder im Westen noch im Osten.

Die DDR nicht anerkennen bedeutet, auf Entspannung in Europa zu verzichten. Sie wird erst möglich sein, wenn die Bundesrepublik ihre Einverleibungspolitik aufgibt, wenn sie die DDR anerkennt. Das muß von der Bundesregierung verlangt werden.

Aber es sind nicht Resolutionen allein, die die Bundesregierung und die Polit-Manager beeindrucken. Die seit Jahren durchgeführten außerparlamentarischen Aktionen wie Ostermärsche, Demonstrationen gegen atomare Bewaffnung der Bundeswehr, Vietnam-Krieg und Notstandsgesetze haben die bisherigen Regierungen immerhin in ihren Aktivitäten eingeschränkt. Und mindestens die bisherige Nichtverabschiedung der Notstandsgesetze kommt voll auf die Positivseite dieser Aktionen. Der „Gelassenheits“-Politiker höchst ungelassene Beschimpfungen der Opposition als „Terror der Straße“ zeigt ihre Empfindlichkeit.

Es wäre gut, wenn sich die Arbeiterjugendverbände in Zusammenarbeit mit den Studentenorganisationen mehr noch als bisher durch gemeinsame Forderungen und Aktionen größere Wirksamkeit verschaffen würden. Und Probleme, die sie gemeinsam gelöst wissen wollen, gibt es wahrlich genug.



Termine

DIE BUNDESJUGENDKONFERENZ der IG Druck und Papier findet vom 3. bis 5. Februar 1968 im Schulungsheim Springen bei Bad Schwalbach statt.

AM 17. 18. FEBRUAR findet in West-Berlin eine Internationale Vietnamkonferenz statt. Nähere Informationen: Gerhard Rott, 1 Berlin 30, Keithstraße 36 38.

HOHEPUNKT UND SCHLUSSVERANSTALTUNG des Ostermarsch in NRW soll die Veranstaltung „Demokratie und Abrüstung“ am Ostermontag in der großen Westfalenhalle in Dortmund sein.

19. 4. bis 20. 4. 1968: Bundesjugendkonferenz der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, in Wuppertal.

27. 4. bis 28. 4. 1968: Bundesjugendkonferenz der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, in Heidelberg.

9. 5. bis 10. 5. 1968: 8. Bundesjugendkonferenz der IG Metall, in Köln.

24. 5. bis 25. 5. 1968: Internationale Jugendkonferenz 1968 der Naturfreunde-Internationale.

30. 5. bis 31. 5. 1968: 9. Bundesjugendkonferenz der Deutschen Postgewerkschaft, in Bremen.

9. Ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Leder: 13. bis 17. Mai, Offenbach/Main.

Kongreß der Lehrer und Erzieher der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft: 4. bis 8. Juni, Nürnberg.

8. Ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft OTV: 30. Juni bis 6. Juli, München.

Die Kampagne für Abrüstung fordert:

1. Ausbau realer Demokratie unter Ausschöpfung aller Möglichkeiten des Grundgesetzes. Ablehnung jeder zusätzlichen Notstandsgesetzgebung. Aufhebung der bereits verabschiedeten Notstandsgesetze. Maßnahmen zur Beseitigung und Verhinderung von Monopolstellungen in der Presse. Formierung des demokratischen Kampfes gegen jeden Neofaschismus.
2. Kürzung der Rüstungsausgaben. Verminderung der Truppenstärke. Aufhebung der Wehrpflicht. — Verwendung der frei werdenden Mittel für Friedensplanung, Sozial- und Bildungseinrichtungen. Wirksame Hilfe für die Hungergebiete der Erde als unerlässlicher Beitrag zur Sicherung des Friedens.
3. Verzicht der Bundesrepublik auf Trägersysteme für Atomwaffen und auf jede Beteiligung an atomaren Waffensystemen. Zustimmung zum Atomwaffensperrvertrag. Mitarbeit an einem internationalen Atomwaffenverbot. Unterstützung für die Abrüstungsbemühungen der UNO.
4. Einrichtung einer europäischen Sicherheitskonferenz. Statt Verlängerung der NATO-Verträge 1969. Auflösung von NATO und Warschauer Pakt zugunsten eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems. Rüstungsverdrängung, atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa.
5. Anerkennung der Nachkriegsgrenzen in Europa. Aufgabe des Alleinvertretungsanspruchs. Anerkennung der DDR als Voraussetzung einer Regelung der deutschen Verhältnisse und einer Annäherung an spätere gesamtdeutsche Lösungen. Anerkennung der selbständigen Rolle Westberlins im Rahmen einer Entspannungs- und Verständigungspolitik.
6. Abbruch der Beziehungen zur Militärdiktatur in Griechenland. Einstellung jeder Waffenlieferung und wirtschaftlichen Hilfe für das griechische Militärregime.
7. Schluß mit jeder Unterstützung des Krieges der USA in Vietnam durch die Bundesregierung. Einstellung der Bombenangriffe auf Nord-Vietnam. Anerkennung der Befreiungsfront als Verhandlungspartner. Frieden in Vietnam auf der Grundlage der Genfer Vereinbarungen. Abzug aller ausländischen Truppen aus Vietnam. Unterstützung der inneramerikanischen Opposition gegen den Vietnam-Krieg.

Kampagne für Demokratie und Abrüstung bereitet OM 68 vor

Sozialstaat statt Rüstungsstaat

Für Demokratie und Abrüstung, gegen Notstandsgesetze, gegen den Rüstungsstaat — für den Sozialstaat, für Sicherheit in Europa und gegen die US-Aggression in Vietnam. Das sind die Forderungen, unter denen sich die verschiedensten Kräfte der Opposition zu Ostern 1968 bei den Ostermärschen zusammenfinden werden. Bei einer Aktionskonferenz Mitte Januar in Essen machte die außerparlamentarische Opposition eine Bestandsaufnahme zur Vorbereitung dieser großen Demonstrationen. Neben den Delegierten

Informationen

DIE IG Metall hat für das erste Halbjahr 1968 204 zentrale Internatslehrgänge beschlossen. Auf bezirklicher Ebene sollen 740 Wochenendlehrgänge und 65 Wochenlehrgänge durchgeführt werden. Weitere Bildungsveranstaltungen sind von den 184 Verwaltungsstellen geplant.

DEN ABRUCH DER DIPLOMATISCHEN BEZIEHUNGEN zu Südkorea fordert der Bundesjugendring aus Protest gegen die Verschleppung koreanischer Staatsbürger aus der Bundesrepublik und ihrer Verurteilung.

EINE JUGENDKONFERENZ über europäische Sicherheit soll im Frühjahr 1968 in Helsinki stattfinden. Die Initiative ging von einer Konferenz des Weltbundes Demokratischer Jugend (WBDJ) aus.

15 000 VERSTÖSSE gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz wurden bei einer Befragung von 13 000 hessischen Berufsschülern festgestellt. Der hessische DGB, Abteilung Jugend gab eine Dokumentation heraus, die für Interessierte zur Verfügung steht.

der Ausschüsse der Kampagne für Demokratie und Abrüstung — so heißt die Kampagne nach einer Umbenennung — und neben Prof. Klara Faßbinder und Weltkirchenratspräsident Niemöller sowie zahlreichen Betriebsräten und Gewerkschaftern nahmen Vertreter folgender Organisationen an dieser großen Aussprache teil: der Studentenverbände SDS, SHB und HSU, der katholischen Friedensbewegung Pax Christi, der Quäker, der Deutschen Jungdemokraten, zahlreicher Jugendclubs und Republikanischer Clubs, des Freidenker Verbandes und der Humanistischen Union. Die Aussprache diente — so Kampagne-Sprecher Buro — der Verständigung und Zusammenarbeit zur Durchsetzung einer Politik der Abrüstung und Demokratie. Buro kündigte für die 2. Lesung der Notstandsverfassung Sternmärsche der außerparlamentarischen Opposition nach Bonn an.

Wie weiter betont wurde, will die Kampagne sich künftig verstärkt der Auseinandersetzung mit dem Neofaschismus zuwenden. Es gelte, so erklärte Dr. Arno Klönne als Pressesprecher, aus der gegenwärtigen Politik in Bonn Konsequenzen zu ziehen, die von möglichst allen Bewegungen der außerparlamentarischen demokratischen Opposition geteilt würden. Daher dürfe die Kampagne nicht zur Vorform einer Partei werden.

möglichst allen Bewegungen der außerparlamentarischen demokratischen Opposition geteilt würden. Daher dürfe die Kampagne nicht zur Vorform einer Partei werden.

Herbert Knapp (Betriebsratsvorsitzender bei Mannesmann) unterstrich das Interesse der Gewerkschaften, anstelle des bestehenden Rüstungsstaates den Sozialstaat zu schaffen. Scharf verurteilte er die Politik der Großen Koalition: „Konzertierte Aktion heißt: Zugunsten der Rüstung wird der soziale Besitzstand abgebaut. Man gewährt keine Mitbestimmung, strebt aber durch Notstandsgesetze den autoritären Staat an.“ Knapp schloß sich der Forderung des Kieler Professors Baade nach Senkung des Rüstungsetats um die Hälfte an. „Die Bundesregierung ist durch niemanden bedroht“, stellte Knapp fest, der hinter der durch nichts gerechtfertigten Aufrüstung in der Bundesrepublik friedensgefährdende Bestrebungen vermutete. Die friedensgefährdende Politik der Bundesregierung machte auch Klaus Ehrler deutlich, der die Nichtanerkennung der DDR und der Oder-Neiße-Grenze, die Weigerung der Bundesregierung, für die Beendigung des US-Krieges in Vietnam einzutreten und den atomaren Nichtweitergabevertrag zu unterstützen als eine gefährliche und bedrohliche Politik wertete. Dagegen müsse sich jetzt die Opposition formieren.

Die Konferenz bestätigte die Notwendigkeit, den Friedenskampf gegen den gefährlichen, durch die Politik der Bundesregierung geschürten Konflikt her Europa zu richten und dabei alle demokratischen Kräfte zu einigen. Fragwürdige Vorstellungen einiger Diskussionsredner und der Zeitschrift „Konkret“, die Aktivitäten der Kampagne allein auf die Behandlung revolutionärer Vorstellungen in aller Welt und in der Bundesrepublik sowie auf sofortige „revolutionäre Umgestaltung“ und die Ablehnung „systemimmanenter Bedingungen“ zu orientieren und die bisherige Tätigkeit der Kampagne in Frage zu stellen, wurden als schädlich für die demokratische Opposition erkannt. Zur Verteidigung der Demokratie, des Friedens und des sozialen Besitzstandes müssen jetzt alle Möglichkeiten genutzt werden, die die größtmöglichen Bevölkerungskreise in die Aktion einbeziehen.

Mit großen Auftaktveranstaltungen wollen die Atomwaffengegner jetzt die Vorbereitungen für die Ostermärsche fortsetzen. Bis Ostern ist noch viel zu tun!

Arno Rather

CDU auf Dummenfang /Von Peter Rath

Hecks Mausefalle

Wer die Forderung nach Herabsetzung des Wahlalters auf 18 Jahre im neuen CDU-Aktionsprogramm (Entwurf) liest, könnte bei den Autoren Reife und Einsicht des Alters vermuten. Bislang hielten sie 18 oder 19jährige nicht reif genug, ihre politische Meinung auf dem Stimmzettel auszudrücken. Sie scherten sich einen Dreck, daß Jugendliche in der Arbeitswelt und der Gesellschaft dermaßen in Anspruch genommen werden, daß es unverträglich ist, sie erst mit 21 wählen zu lassen. Haben sie nun endlich den Widerspruch erkannt, daß z. B. ein Wehrpflichtiger Entscheidungen allergrößter Tragweite verantworten muß (mit seinem Gewissen und seinem Leben), während man ihm andererseits wegen angeblicher Unreife das Wahlrecht verweigert? Wer die CDU kennt, die „Klassische Partei des Restkapitalismus“, die darauf bedacht ist, mit Frömmigkeit ihren Geldsack zu decken (Schumacher) und wer ihre restaurative und reaktionäre Politik kennt, weiß, daß es der CDU

nicht um einen Beitrag zur Demokratie geht. Die Forderung nach dem Wahlrecht auch für 18jährige ist alt. Gewerkschaftsjugend und andere Jugendverbände erheben sie seit Jahren. Heck und Co. wollen mit der gleichen Forderung nun die Jugend zu sich locken. Sie wollen ihrer bankrotten Partei, die sich mit ihrem vehementen 10jährigen Einsatz für die Notstandsgesetze als antidemokratisch erwiesen hat, einen Hauch von Demokratie und ein jugendfreundliches Fluidum geben. Zur Demokratie aber gehört nicht nur das Wahlrecht mit 18. Und so erweist sich Hecks und der CDU Wahlalter-Herabsetzung als pure Demagogie: Sie versprechen ein demokratisches Recht, und versuchen gleichzeitig, die ganze Demokratie zu beseitigen. Denn was könnten 18jährige mit ihrem Wahlrecht unter Notstandsgesetzen tatsächlich anfangen? Sie könnten bei (eventuellen) Wahlen höchstens noch um die Verschönerung ihrer Gefängnisse in der CDU-diktierten Gesellschaft bitten.

DBJR schweigt

DJO-Revanchismus

Die deutsche Jugend des Ostens will im Rahmen einer Delegation des Bundesjugendrings an den — wie sie es nennt — „kommunistischen Weltjugendfestspielen“ in Sofia teilnehmen. Das sagte DJO-Bundes-„Führer“ Patock in einem Grundsatzreferat. Er sagte noch mehr: Stellvertretend für die Jugend der osteuropäischen Völker wolle die DJO „ihre Stimme in der freien Welt wahrnehmen, bis sie selbst ihre Stimme in dem Konzert der freien Welt wieder erheben können“; die Bundesrepublik sei „der freie Kernstaat des deutschen Reiches“; die DJO-Anhänger wünschten keinen „Scheinfrieden“, und „linke Nihilisten“ sowie eine „ultralinke Minderheit“ der Jugend hätten „verdächtiges“ Interesse an spektakulären Vietnam-Diskussionen.

Die DJO, ein Mitgliedsverband des Bundesjugendrings (!), maß sich in revanchistischer Manier Bevormundungsrechte für die Jugend der sozialistischen Länder an, verleumdete die Anhänger der europäischen Sicherheit und die Jugendlichen, die gegen die US-Aggression in Vietnam kämpften. Das kann von den Teilnehmern

an einem Festival für Frieden, Solidarität und Freundschaft nur als Provokation aufgefaßt werden, aber auch als Indiz für die revanchistische und neofaschistische Gefahr aus der BRD. Der Bundesjugendring (DBJR) wird sich darüber klar werden müssen, ob er mit dieser Haltung nach Sofia fahren will oder ob er diese Haltung auch nur tolerieren will. Die jungen Festival-Teilnehmer, die sich im Sinne des internationalen Festivals in Sofia versammeln, werden sich angesichts dieser DJO-Provokation sicher nicht mit den bisher üblichen allgemeinen Redensarten über Frieden und Verständigung abspeisen lassen. Sie erwarten deutliche Aussagen gegen die politische Unterstützung des US-Völkermordes in Vietnam durch die Bundesregierung, denn darin manifestiert sich Solidarität mit dem vietnamesischen Volk. Sie erwarten das Engagement des DBJR für die Anerkennung der europäischen Nachkriegsgrenzen, denn sie ist die Voraussetzung für den Frieden und für die Freundschaft unter der europäischen Jugend.

Uwe Sommer



elan-Lexikon:

„Strukturkrise“

An dieser Stelle sind wir bemüht, bestimmte Schlagworte zu erläutern. Diesmal schreibt Gerhard Bessau vom Kölner SDS.

Der Begriff „Strukturkrise“ ist von der herrschenden Wirtschaftslehre als Abgrenzung zur „Konjunkturkrise“ entwickelt worden. Während ein wirtschaftlicher Niedergang aus konjunkturellen Gründen auf bestimmten Prozessen beruht, die an das Wirtschaftssystem (die kapitalistische Ordnung) gebunden sind, wird diese Annahme bei „Strukturkrisen“ fallengelassen. Als Ursache für die ungünstige Wirtschaftslage werden demnach Verzerrungen oder Ungleichgewichte innerhalb des Gefüges verschiedener Branchen angesehen. Gewöhnlich werden jene auf Fehlinvestitionen zurückgeführt wobei es sich fast immer um eine übermäßige Erstellung von technischen Anlagen handelt. Wird ein neuer Begriff konstruiert, so muß gefragt werden, ob er zur Erklärung der Wirklichkeit dient oder ob er sie stattdessen verschleiern soll. Nun läßt sich jedoch am Beispiel des Bergbaus nachweisen, daß die „Strukturkrise“ als eine typische dieses Wirtschaftszweiges gar nicht von der „Konjunkturkrise“ als einer des gesamten Systems zu trennen ist. Die dort durchgeführten hohen Investitionen waren notwendig, um den Ruhrbergbau konkurrenzfähig im Rahmen des allgemeinen kapitalistischen Wettbewerbs zu machen. Daß der Rohstoff „Öl“ und die amerikanische Kohle trotzdem im Konkurrenzkampf siegten, führte zwangsläufig erst zur Überproduktion (Halden), dann zu Zechenstilllegungen. Das aber ist ein normaler kapitalistischer Konjunkturablauf: hohe Investitionen schaffen Beschäftigungsmöglichkeiten, damit Einkommen, damit Absatzgelegenheiten. Sinken letztere, weil der Bedarf gedeckt ist, bleiben die Investitionen unausgenutzt, Entlassungen und Stilllegungen sind die Folgen.

Weichen werden gestellt

Fortsetzung von Seite 19

Die Große Koalition hat trotz aller „schillernden“ Worte nicht vermocht, den Arbeitern soziale Sicherheit zu geben, diese Erkenntnis setzt sich bei den Arbeitern vor allem in den Krisengebieten durch. Münchens SPD und Jungsozialisten wollen auf dem nächsten SPD-Parteitag „schonungslos“ mit der Politik der Großen Koalition abrechnen, und Südhessens Sozialdemo-

kraten lehnten von Anfang an die Einheitsregierung ab. In Frankfurt demonstrierten Arbeiterjugend und Studenten gemeinsam gegen die die Demokratie gefährdende unhellige Allianz. Die „Konzentration von Unternehmereigentum, und die damit verbundene Konzentration von wirtschaftlicher und politischer Macht in den Händen weniger“ (Entschließung der Münchner DGB-Bundesjugendkonferenz) wurde von Schiller nicht gestoppt, sondern geradezu gefördert: Nach Berechnungen des Münchner Ifo-Institutes werden im Jahre 1968 die Unternehmerrückgewinne um 28,2 % die Löhne dagegen nur um 1,2 % steigen. Soziale Gerechtigkeit? In keiner Weise werden die jungen Arbeiter und Lehrlinge auf die Automation vorbereitet. Schon werden auch junge Facharbeiter entlassen, müssen sie den Beruf wechseln, weil ihre sauer erworbene berufliche Qualifikation nicht mehr den neuesten Anforderungen genügt.

Es fehlen die Mittel für eine bessere Berufsbildung und Ausbildung, sagt man in Bonn, und verweist auf schon durchgeführte Sparmaßnahmen. An vielem wurde gespart, tatsächlich, vor allem am Sozialhaushalt. Aber ein Etat blieb ungeschoren: der Rüstungsetat. Und dabei hat Professor Baade erst jetzt wieder vorgerechnet, daß man, ohne die Sicherheit der Bundesrepublik zu beeinträchtigen, den Wehretat halbieren kann. „Diese Halbierung der Rüstungsausgaben ist das einzige Mittel, mit dem wir wieder ein deutsches Wirtschaftswunder stellen können“, schrieb Baade. Es sind zahlreiche und schwerwiegende Probleme, denen sich gerade die Arbeiterjugendverbände in diesem Jahr gegenüber sehen. Und nicht immer wird es einfach sein, die „wahre“, richtige Entscheidung durchzusetzen. Aber es müssen Weichen gestellt werden. Im Interesse der Jugendlichen. Und im Interesse der Zukunft.

Die Moorsoldaten

Manfred Vosz

Zu den wichtigsten Liddokumenten der deutschen Arbeiterklasse im Kampf gegen den Faschismus unter den Bedingungen der Konzentrationslager gehört das Lied „Die Moorsoldaten“. Es legt Zeugnis ab von den zu unrecht in Lagern gefangengehaltenen Antifaschisten, von ihrem ungebrochenen Mut, mit dem sie selbst in den Lagern weiterkämpften. Schon 1935 gelangte das Lied in die Tschechoslowakei. Hier wurde es von deutschen politischen Emigranten in der Prager Ausgabe der „Arbeiter-Illustrierte-Zeitung“ (AIZ) am 8. März 1935 veröffentlicht. Der Komponist Georg Eisler lernte das Lied ebenfalls 1935 von einem ehemaligen Häftling des Moorsoldaten in London kennen und bearbeitete es für den Liedersänger und Volksschauspieler Ernst Busch. So entstanden zwei leicht voneinander abweichende Melodien. Ernst Busch verbreitete das Lied als Zeugnis der antifaschistischen Widerstandsbewegung in Deutschland bei den „Internationalen Brigaden“ im spanischen Bürgerkrieg. Von hier aus wurde das Lied in viele Sprachen übersetzt. Es wurde zum Kampflied gegen den Faschismus in aller Welt.

1945 fand man in den Nachlässen vieler ermordeter Häftlinge in den Konzentrationslagern Dokumente über das Lied. Die Häftlinge hatten das von Mund zu Mund weitergetragen und es auch durch die ständigen Umgruppierungen der Lager in andere Lager gebracht. Sie zeichneten und illustrierten es auf Papierfetzen oder trugen es in handgeschriebenen Liederbüchern ein.

Der ursprüngliche Text ist von dem Bergarbeiter Esser aus Rheinhausen. Von ihm ist weiter nur bekannt, daß er vor 1933 in der Zeitung „Ruhrecho“ Gedichte veröffentlichte und Lieder für Gesangsvereine schrieb.

Wolfgang Langhoff, ein Schauspieler und Regisseur, der spätere Intendant des „Deutschen Theaters“ in der DDR, bearbeitete den Text und dichtete den Refrain dazu.

Rudi Goguel, der früher Musik studierte, sein Studium aber aus wirtschaftlichen Gründen abbrach, kaufmännischer Angestellter wurde und 1933 als Kommunist ins Lager Börgermoor verschleppt wurde, komponierte die Melodie. (Rudi Goguel war nach dem Krieg Verlagsleiter des Zentralorgans der KPD „Freies Volk“ in Düsseldorf bis er auf Grund eines gegen ihn vorliegenden Haftbefehls in die DDR übersiedeln mußte.) Er berichtet über die Entstehung des Liedes:

„Der äußere Anlaß zur Entstehung des Moorsoldatenliedes war die „Nacht der langen Latten“, jener nächtliche Überfall von SS-Leuten auf eine Häftlingsbaracke im KZ Börgermoor, 1) den Wolfgang Langhoff in seinem Buch „Die Moorsoldaten“ beschrieben hat. Die illegale Häftlingsleitung beschloß, als Antwort auf den Pogrom 2) eine Kulturveranstaltung 3) durchzuführen, um den SS-Leuten den Unterschied zwischen ihrer eigenen primitiven und der Lebensauffassung ihrer politischen Gegner vor Augen zu führen.

Auf der Kulturveranstaltung, die unter der Bezeichnung „Zirkus Konzentrazani“ durchgeführt wurde, fand im Sommer 1933 die Uraufführung statt. Die sechzehn Sänger, vorwiegend Mitglieder des Solinger Arbeitergesangsvereins, marschierten in ihren grünen Polizeiuniformen (unsere damalige Häftlingskleidung) mit geschultertem Spaten in die Arena, ich selbst an der Spitze in blauem Trainingsanzug mit einem abgebrochenen Spatenstiel als Taktstock. Wir sangen, und bereits bei der zweiten Strophe begannen die fast 1000 Gefangenen den Refrain mitzusummen. Von Strophe zu Strophe steigerte sich der Refrain, und bei der letzten Strophe sangen auch die SS-Leute, die mit ihrem Kommandanten erschienen waren, einträchtig mit uns mit, offenbar, weil sie sich selbst als Moorsoldaten angesprochen fühlten. Bei den Worten, „Dann ziehn die Moorsoldaten nicht mehr mit dem Spaten ins Moor“, stießen die sechzehn Sänger die Spaten in den Sand und marschierten aus der Arena, die Spaten zurücklassend, die nun, in der Moorerde steckend, als Grabkreuze wirkten.

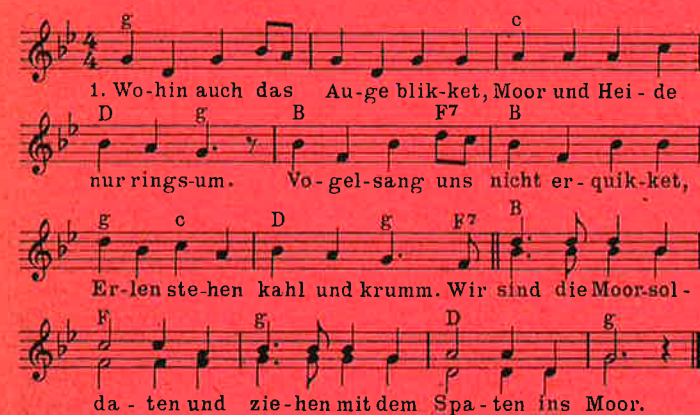
In den folgenden Wochen habe ich das Lied in Dutzenden von Exemplaren mit Noten abgeschrieben, mit einer gezeichneten Vignette versehen und an Häftlinge, aber auch an SS-Leute verschenkt. Von da aus hat das Lied dann den Weg in Ausland gefunden.“

1.) Das Börgermoor liegt bei Esterwegen im Emsland. Die Häftlinge wurden bei der Hitlerschen Neulandbeschaffung eingesetzt, indem sie Moore trocken legen mußten.

2.) Pogrom (russisch): Verwüstung, blutige Verfolgung eines Bevölkerungsteils.

3.) In den Lagern waren die „Kulturveranstaltungen“ wichtige Agitationsmittel unter den Häftlingen selbst. Dort wo bei einer „liberalen“ Lagerleitung der SS solche Veranstaltungen durchgeführt werden konnten, dienten diese dazu, die Mithäftlinge moralisch und physisch zu unterstützen, um sie gegen die Entbehrungen des Lagerlebens und der unmenschlichen Ausbeutung der Arbeitskraft zu stärken.

Moorsoldatenlied



2. Hier in dieser öden Heide / ist das Lager aufgebaut, / wo wir fern von jeder Freude / hinter Stacheldrahtverhau. / Wir sind die Moorsoldaten ...

3. Morgens ziehen die Kolonnen / in das Moor zur Arbeit hin, / Graben bei dem Brand der Sonnen, / doch zur Heimat steht ihr Sinn. / Wir sind die Moorsoldaten ...

4. Heimwärts, heimwärts jeder sehnet / sich zu Eltern, Weib und Kind. / Manche Brust ein Seufzer dehnet, / weil wir hier gefangen sind. / Wir sind die Moorsoldaten ...

5. Auf und nieder gehn die Posten, / keiner, keiner kann hindurch, / Flucht wird nur das Leben kosten! / Vierfach ist umzäunt die Burg. / Wir sind die Moorsoldaten ...

6. Doch für uns gibt es kein Klagen, / ewig kann's nicht Winter sein. / Einmal werden froh wir sagen: / Heimat, du bist wieder mein. / Dann ziehn die Moorsoldaten / nicht mehr mit dem Spaten ins Moor.

Entstanden im Konzentrationslager Börgermoor, 1933
Weise: Rudi Goguel

elan magazin

Sänger im Exil

elan sprach mit dem Ensemble des Theodorakis

elan: Warum mußten Sie ins Ausland fliehen?

Maria Faradouri: Nach dem Putsch durften wir die Lieder von Theodorakis in Griechenland nicht mehr singen. Aus dem Untergrund schrieb Mikis einen Brief an uns, in dem er vorschlug, wir sollten nach Paris gehen.

W. Papangelidis: Wir glauben, daß wir so den Kampf unseres Volkes um seine Freiheit am besten unterstützen können. Wir singen die Lieder von Theodorakis, der heute zum Symbol des Widerstandes geworden ist.

elan: Wie reagiert das Publikum auf diese Lieder?

Maria Faradouri: Die Musik von Theodorakis vereinigt alle Griechen, vor denen wir sangen. Es ist rührend, zu sehen, wie diese Lieder die Menschen verschiedener politischer Bekenntnisse zusammenführen.

elan: Für Sie sind die Konzerte, die Sie geben, eine politische Aktion?

Maria Faradouri: Ja, Wir verstecken nicht unseren Haß gegen die Diktatoren in Athen. Wir kämpfen gegen sie mit unseren Waffen, und daß man diese Waffen fürchtet, zeigt die Tatsache, daß die Lieder von Mikis Theodorakis in Griechenland verboten sind.

elan: Ihr Ensemble, das von Theodorakis gegründet wurde, ist inzwischen in vielen Ländern aufgetreten ...

Maria Faradouri: ... überall sind wir mit einer unvorstellbaren Begeisterung empfangen worden. In Moskau weinten die Leute, als wir die Lieder von Mikis sangen. In Taschkent, der Hauptstadt Usbekistans, wurde unser Konzert mehrmals unterbrochen, weil uns die Zuschauer sagen und zeigen wollten, daß sie auf der Seite des griechischen Volkes sind. In Bologna sangen wir vor 10 000 Zuhörern. Auch in der Bundesrepublik fanden unsere Konzerte große Begeisterung.

elan: Wie heißen die nächsten Stationen Ihrer Welttournee?

Antonis Kalogiannis: Wir gehen jetzt nach Finnland und Schweden, dann gastieren wir in der DDR und in der CSSR; es folgen Konzerte in London und Paris. Am 15. April beginnt unsere USA-Tournee.

elan: Sie werden dort vielleicht eine gute Freundin von Theodorakis treffen: Melina Mercouri.

Maria Faradouri: Wir werden sie bestimmt treffen, und sie wird uns helfen. — Ich möchte bei dieser Gelegenheit unseren deutschen Freunden für Ihre Solidarität und Unterstützung danken.

elan: Wir wünschen Ihnen, daß Sie recht bald in einem freien Athen — zusammen mit unserem gemeinsamen Freund Mikis Theodorakis — auftreten können.



Treffpunkt der Demokraten

Auch in Dortmund gibt es jetzt einen Republikanischen Club

Von Peter Rath

Nach Berlin, Hamburg und Köln hat nun auch Dortmund seinen Republikanischen Club. Der Club sieht als Aufgabe, den Weg Dortmunds zur Ruhe eines politischen Friedhofes zu blockieren. Seine Mitglieder kommen aus allen Bevölkerungsschichten. Ob Professor oder Bergmann, Student oder Arbeiter, eines haben sie gemeinsam: sie fühlen sich den in Deutschland schwach entwickelten republikanischen Traditionen verpflichtet. Sie lehnen alle Mitläufertypen der Macht ab und wenden sich an jene, die in den Bundestagsparteien kaum noch ihre Wahlheimat, bei Wahlen nur sel-

ten ihre Zwangsheimat sehen und der Resignation die Aktion vorziehen. So will der Republikanische Club ein Treffpunkt der Dortmunder Linken sein, die dort nicht nur Diskussionen führen, sondern auch Aktionen vorbereiten will. Nicht als neue Gruppierung, aber als Zentrum der außerparlamentarischen Opposition.

Bonn plant Todeszone

Nörvenich im Widerstand gegen ein gefährliches Bundeswehr-Projekt

Von Hermann Sittner

Von der Kanzel der katholischen Kirche rief der Pfarrer zum Protest: „Früher befahl Hitler, jetzt befiehlt die NATO. Wir müssen den Flugplatz besetzen.“ Landrat Kaspers kündigte die Sperrung der Autobahn und einen Marsch auf Bonn an und zahlreiche Bürger sind bereit, mit ihm auf die Barrikaden zu gehen. Ihre übereinstimmende Forderung: „Der Flugplatz muß weg!“

Gemeint ist der Starfighter-Flugplatz Nörvenich bei Köln, auf dem auch Atombomben gelagert sind. Was bislang ruhige Bürger zu Kämpfern machte, ist der einsame Beschluß des Bundesverteidigungsministeriums, rings um den Flugplatz eine sogenannte „rote Zone“ zu schaffen. Die jetzigen Bewohner dieser Zone sprechen nur von der „Todeszone“. Mit Recht. Denn in diesem Gebiet darf nicht mehr gebaut werden, niemand mehr darf in dieses Gebiet einziehen, der Landstrich ist zum Aussterben verurteilt. 19000 Menschen sind von diesen Maßnahmen betroffen, weitere 40 bis 60000 Menschen werden in einer größeren sogenannten „grünen Zone“ durch einschneidende Bauauflagen in Mitleidenschaft gezogen. Niemand glaubt an die Beteuerung der Bundesregierung, die Einrichtung jener Zonen geschehe zum Schutze der Bevölkerung vor Lärmbelästigung. Graf von und zu Hackenbroich: „Seit 10 Jahren besteht die Lärmbelästigung. Daß sie gesundheitsschädigend sei, wurde bisher abgestritten. Die Gefährlichkeit liegt im militärischen Objekt selbst, liegt daran, daß man einen Atombombenstützpunkt in dieses industrielle Ballungsgebiet gelegt hat.“ Nicht nur der Graf ist dieser Auffassung. Horst Olejnik, der 1. Vorsitzende der Jungsozialisten in der Gemeinde Brüggen, ist der

gleichen Meinung. Zusammen mit seinem Stellvertreter Toni Scheuer und dem 1. Vorsitzenden der örtlichen SPD, Peter Josef Außem, sitzt er über der Landkarte des Kreises und knobelt über das Ausmaß der geplanten Todeszone. Sofort nach Bekanntwerden des Planes haben sie Protestaktionen durchgeführt. Ihr erstes Plakat lautete: „Der Gemeinde Törnich geht das Licht aus, der Flugplatz Nörvenich, der muß raus“. Weitere Plakate und Flugblätter folgten. Sie wurden von Geschäftsleuten der Gemeinde finanziert, die auch ihre Kraftwagen für die Sperrung der Autobahn zur Verfügung stellen wollten. Peter Josef Außem: „Täglich bekomme ich Anrufe, in denen die Leute fragen: Wann marschierst du, wir marschieren mit! Nach meiner Meinung werden sich 90% unserer Bevölkerung an den Protestaktionen beteiligen.“ Besonders empört ist Horst Olejnik über die bisherige Irreführung der Bevölkerung: „Als der Flughafen vor 12 Jahren gebaut wurde, hat man gesagt, es sei nur ein Behelfsflugplatz. Da haben nur wenige protestiert. Später kamen dann die Starfighter. Und erst jetzt haben wir erfahren, daß dort auch Atombomben gelagert sind. Hätte das die Bevölkerung von Anfang an gewußt, ich bin sicher, sie hätte sich damals schon gewehrt“. Dieser Proteststimmung der Bevölkerung trugen die Spitzen der Parteien und der Gemeinden Rechnung. Sie gründeten eine Aktionsgemeinschaft und forderten einstimmig: „Der Flugplatz muß weg.“

„Die Bevölkerung beteiligt sich zu 90 Prozent am Protest“; Transparent an der Orts-einfahrt von Törnich.

„Was nützen uns NATO und Atombomben? Die schützen uns nicht, sondern gefährden uns nur. Wir müssen raus aus der NATO.“ — SPD-Vorsitzender Peter Josef Außem und die Juso-Vorsitzenden Horst Olejnik und Toni Scheuer.

Die NATO als Todesbläser — Plakat der Jungsozialisten zum Plan der Todeszone um Nörvenich.



Ein gelungener Versuch

New look für die Zeitung der Naturfreundejugend

Heinz Jürgen Nieth

In einer Zeit wo Springer fast die gesamte kommerzielle Jugendpresse beherrscht, muß jeder Versuch von Interesse sein, die Zeitung eines Jugendverbandes attraktiver zu machen. Genau das hat die Naturfreundejugend jetzt versucht. Das Experiment scheint gelungen.

SCHNITTPUNKT — Zeitschrift für Diskussion und Schulung — nennt sich das neue Organ der NFJ-Bundesjugendleitung, das WIR SIND JUNG ablöst und vierteljährlich erscheinen wird. Doch nicht nur der Name und die Aufmachung dieser Zeitung sind neu, auch die inhaltliche Gestaltung weist wesentliche Unterschiede gegenüber dem Vorgänger auf. Deutlich wird spürbar dabei eine Tendenz, die weg von der Berichterstattung für die Gruppe hin zur Diskussion die Jugend interessierender Fragen führt.

So prägen Artikel zur Pressekonzentration und zum Vietnamkrieg wesentlich das Gesicht der ersten Ausgabe. Ein grundlegender Artikel von Dr. Arno Klönne „Zur Geschichte des Nationalbewußtseins und die Bedingungen des neuen Nationalismus in der BRD“ unterstreicht den Schulungscharakter. Auseinandersetzungen um die Ideale der Hippies, Provos und Gammiler und das Geschäft mit ihnen sowie die Behandlung kultureller Fragen vervollständigen den ersten SCHNITTPUNKT. Kritisch anzumerken bleibt eigentlich nur, daß die Zeitung eines sozialistisch orientierten Arbeiterjugendverbandes zu keinem speziellen Problem der Arbeiterjugend Stellung nimmt.

Insgesamt spiegelt jedoch der erste SCHNITTPUNKT den gesellschaftskritischen Standpunkt der Naturfreundejugend wieder und dürfte damit eine wesentliche Bereicherung auf dem Sektor der Jugendpresse sein.

ist das der Wille einer demokratischen Regierung?



Club junger Marxfans

Junge Ludwigshafener schwören auf Karl Marx

Von Gerd Bauer
(1. Vorsitzender des Clubs Junger Marxisten, Ludwigshafen)

Ja, CLUB JUNGER MARXISTEN nennen wir uns. Damit haben wir uns an eine Sache herangewagt, die bis heute einmalig in der Bundesrepublik ist. Trotz skeptischer Voraussagen waren wir der Meinung, daß zu einem jungen Menschen unserer Zeit ein Mindestmaß an Wissen über die Weltanschauung des Marxismus gehört. Und tatsächlich gibt es nicht wenige Jugendliche, die im Marxismus Antworten auf sie bewegende Fragen suchen. Das zeigt schon die Tatsache, daß unser Club wenige Tage nach Gründung bereits über einen festen Kern von 13 Jungen und Mädchen verfügte, die aktiv mitarbeiten.

Uns ist natürlich klar, daß wir mit trockenen Lektionen und Seminaren keinen Hund hinter dem Ofen hervorlocken, geschweige denn einen Jugendlichen. Das beabsichtigen wir auch nicht. Wir wollen unter dem Motto: JUNG UND MODERN SEIN, HEISST MARXIST SEIN ein bewegtes Jugendleben führen. Obwohl die Politik im Mittelpunkt steht, beaten wir natürlich auch. Liebe, Sport, Arbeit, Freizeit, Literatur — alles was junge Leute betrifft und interessiert packen wir an. Dabei spielen natürlich auch Aktionen in der Öffentlichkeit eine Rolle. Mit einem 20 Meter langen Transparent gegen die griechische Diktatur haben wir im Haus der Jugend demonstriert und Unterschriften für die Freiheit der Lambrakis-Jugend gesammelt. Wir hatten Erfolg damit und wurden bekannt. Ihr seht also, ein solcher Club braucht kein wissenschaftlicher Fachclub zu sein. Wenn ihr weitere Informationen wollt, schreibt mir doch mal: Gerd Bauer, 67 Ludwigshafen, Hoheloogstraße 7.



Gefeuert Rainer Hirsch

Kündigung am Freitag

Weil Rainer den Mund aufmachte, wurde er gefeuert

Von Hans-Jörg Hennecke

„Klempnerhelfer bei guter Bezahlung gesucht“ las Rainer Hirsch im September in einer Zeitungsanzeige. Da sein Job im Hafen weder sicher, noch besonders gut bezahlt war, ergriff er gern die Chance, bei der Metallfirma Arne Stüber an der Hamburger Bürgerweide anzuheuern. Das brachte ihm sofort ein plus von 40 Pfennig die Stunde. So montierte Rainer Außenwandöfen, Gasheizthermen, oder was gerade anlag. Sein Chef war mit ihm mehr als zufrieden. Schon nach wenigen Wochen legte er ihm 20 Pfennig zu. Bis Rainer und seine Kollegen dann am 1. Dezember vergeblich auf die Monatsabrechnung für November warteten. Als die Firma Stüber auch am 5. keine Anstalten machte, geleistete Arbeit auch

zu bezahlen, sprach Rainer seinen Chef, den Ingenieur Schumacher an. „Im Manteltarifvertrag steht, daß einmal im Monat eine Abrechnung erfolgen muß!“ Schumacher antwortete erst einen Tag später, Mittwochnachmittag. Mit der Kündigung zum Freitag derselben Woche! Grund: „Ich will keine Unruhe in der Firma haben.“ Zwei Wochen vor Weihnachten lag Rainer Hirsch arbeitslos auf der Straße. Mit der dürftigen Unterstützung vom „Hammerwerk“ (Stempelstelle des Arbeitsamtes). Offiziell hütet sich die Firma Stüber, dieses brutale Herauskehren des Herrn im Hause zuzugeben.

„Sie schrieben an das Arbeitsamt: ‚Für den Betrieb nicht geeignet!‘ Dabei hat mir der Chef kurz vorher erklärt, daß er mit meiner Arbeitsleistung zufrieden ist. Sonst hätte ich ja wohl auch kaum die 20 Pfennig Lohnhöhung bekommen“, meint der junge Metaller. „Die Bestimmungen des Betriebsverfassungsgesetzes machen es möglich. Stüber konnte mich binnen drei Tagen feuern, weil ich noch kein halbes Jahr dort war. So was ist unter Schillers sozialer Symmetrie möglich. Ich meine die Bundesregierung sollte endlich die Vorstellungen der Gewerkschaften für eine soziale Veränderung des BVG zur Kenntnis nehmen. Aber da will Schiller, der Mann der Unternehmer, natürlich nicht ran.“

Agent Holtmann türmte

Vorsicht, Falle!
Oder: Wie Jugendclubs bespitzelt werden

Von Werner Winter

Er nannte sich Gerd Holtmann, behauptete Mitarbeiter des Wiener Instituts für Zeitgeschichte zu sein und wünschte Informationen über die beiden diskutierfreudigen Koblenzer Jugendclubs. Sein Gesprächspartner: Norbert Haas, Vorsitzender des Sozialistischen Jugendclubs Koblenz. Holtmann kam nicht mit leeren Händen. Informationen seien monatlich schon 150 DM wert, Wagen und Spesen könnten gestellt werden. Bei Bewährung sei sogar feste Mitarbeit drin.

Mit dem gleichen Ansinnen wandte sich der interessierte „Zeitgeschichtler“ an ein Vorstandsmitglied des Parallelclubs „Humanité“. Für dringende Anrufe nannte er seine Telefonnummer 32285. Dringender Wunsch: die Berichte an ihn ohne Durchschlag zu verfassen und niemanden etwas über die Zusammenarbeit zu erzählen. Doch die jungen Clubaktivisten waren gewitzt durch die Spitzelerberei beim SDS. Sie diskutierten mit ihren Freunden über Holtmann. Doch der bekam Wind davon und verschwand auf Nimmerwiedersehen. Was sich hinterher herausstellte: es gibt weder das Wiener Institut noch einen Holtmann. Selbst die Telefonnummer ist bei der Post unbekannt und dennoch meldete sich „Holtmann“ unter diesem Anschluß. Der Verfassungsschutz machts möglich...

In gleicher Art ging man auch in Hamburg an Mitglieder des Jugendclubs „Störtebecker“ heran. Weil auch hier frei diskutiert wurde über alles was junge Leute interessiert: von der Oktoberrevolution bis zur Pille. Doch die Spitzelerwerber von Bonns Gnaden erlebten eine ähnliche Abfuhr. Die Clubmitglieder stellen die berechtigte Frage: Wer schützt uns vor dem Verfassungsschutz?

Interview mit Joan und José

Spanien kommt nicht mehr zur Ruhe. In geschlossener Front demonstrieren Arbeiter und Studenten gegen das faschistische Franco-Regime. Sie bilden illegale und halblegale Kampforganisationen, Studentengewerkschaften und Arbeiterkommissionen. Mit äußerster Brutalität führt Franco seine Knüttelgardes gegen jene ins Feld, die nicht mehr wie Sklaven leben wollen. Die Protestsänger Joan & José besuchten ihre spanische Heimat. Um dort vor jungen Arbeitern und Studenten zu singen. Und Sie in ihrem Kampf zu unterstützen. elan sprach mit ihnen nach ihrer Rückkehr aus Barcelona.

elan: Joan und José, was habt ihr bei eurem Aufenthalt in Barcelona über den Widerstand gegen das faschistische Franco-Regime feststellen können?

Joan: Nach 30 Jahren Diktatur wollen die meisten Spanier in diesem Zustand nicht mehr weiterleben. Das zeigt auch die große Zahl von Streiks und Aktionen der Studenten. In Spanien formieren sich jetzt die Parteien. Natürlich illegal. Hier sind vor allem die Kommunisten und die Katholiken zu nennen. Da die Gewerkschaften ebenso verboten sind — es gibt nur ein faschistisches Syndikat — bilden die Arbeiter „Comisiones Obreras“ (Arbeiterkommissionen) und die Studenten riefen eine demokratische Studentengewerkschaft ins Leben. Diese Versuche werden von der Franco-Polizei brutal bekämpft.

José: Diese Organisationen sind sehr populär geworden. Obwohl man viele ihrer Führer ins Gefängnis warf, steht immer gleich eine Reserve-Kommission zur Verfügung, die den Kampf sofort weiterführt.

elan: Mit welchen Forderungen treten die Kommissionen an die Öffentlichkeit?

Guanyarem

Wir werden siegen!



Joan: Die Hauptforderungen sind Versammlungsfreiheit, Streikrecht und ein garantiertes Lohnminimum für alle Arbeiter von 300 Peseten (20 DM) täglich.

elan: Was habt ihr beide in Spanien getan und warum seid ihr das Risiko einer Heimfahrt eingegangen?

Joan: Wir wollen nicht den Kontakt verlieren und auch nicht Jahrzehnte im Exil leben. So kann man keinen Kampf führen. Wir haben in Barcelona vor Jugendgruppen der Obreras gesungen. Versammlungen sind verboten, deshalb mußte das immer im kleinen Kreise geschehen. Privat, in Kirchen und in Schulen.

José: Wir hatten eine sagenhafte Zustimmung. Die Freunde dort kannten die Widerstandslieder noch besser als wir. Die demokratischen Bestrebungen werden immer stärker. Der Widerstand beschränkt sich nicht auf Arbeiter und Studenten. Leute aus allen Schichten sind daran beteiligt. Um so schlimmer wird aber auch der Polizeiterror. Wenn es klingelt hat jeder Angst, die Polizei steht vor der Tür. Wütend wird alles niedergeknüppelt, was nach illegaler Organisation aussieht.

elan: Wie ist die soziale Lage der spanischen Arbeiter?

Joan: Grauenhaft. In Barcelona gibt es 200 000 Arbeitslose. Sie bekommen keine Unterstützung. Der Regierung ist es egal, ob sie verhungern. Am Plaza Urquinaona stehen viele herum und verkaufen sich wie Sklaven für jede Arbeit. Für eine Mark am Tag oder auch nur für 50 Pfennig.

José: Arbeit bekommen überhaupt nur die, die unter 35 sind. Die müssen dann ein Papier unterschreiben, daß sie jederzeit entlassen werden können. In Spanien hat der Mensch überhaupt nichts zu sagen; er kann verrecken. Franco stützt sich nur auf Terror. Die Menschen leben im Schlamm, die Kinder sind unterernährt. Wir haben ein 5 m langes Zimmer gesehen, da wohnten 10 Leute drin.

Joan: Die Jugend will dieses Leben nicht mehr. Die meisten von ihnen tendieren zu den Kommunisten. Sie kämpfen überall. Wir sind ganz sicher, daß dieser Kampf erfolgreich sein wird.





Hits

Walk Away Renee/The Four Tops (***)
— Tamla-Motown —

Es hat den Anschein, daß der Song selbst, mit dem vor ein oder zwei Jahren The Left Bank in den USA erfolgreich war, ein Evergreen der Pop-Musik geworden wäre — und zu recht. Der markige Vortrag der vier Solisten, von Fanfarenstößen eingeleitet, macht diese Platte zu ihrer besten seit „Reach Out — I'll Be There“.

She's A Rainbow/The Rolling Stones (**)
— Decca —

Von Klavier begleitet, singen die Rolling Stones über eine regenbogenbunte Schönheit. Nach „Ruby Tuesday“ haben die Stones auf keiner ihrer Singles mehr melodiosen Einfallsreichtum bewiesen, auch auf dieser nicht. Aber daß sie den Rhythmus für sich gepachtet haben, bestätigt auch diese Aufnahme. Susannah's Still Alive/Dave Davies (**)

— Pye —

Der große Bruder Ray schrieb Melodie und Text, die Kinks besorgten den musikalischen Background und Dave singt mit heiserer Füstelstimme die Geschichte von einer alten, alleinstehenden Frau namens Susannah, die sehr wohl noch am Leben ist. Erinnert in Vortrag und Text sehr an Bob Dylan, wie schon „Death Of A Clown“.

The Ballad Of Bonnie And Clyde/Georgie Fame (**)
— CBS —

Wenn sich eine Pop-Schallplatte auf einen zur Zeit erfolgreichen Kinofilm bezieht, verkauft auch sie sich gut. Und so hat sich Georgie Fame nach acht erfolglosen Monaten mit der Moritat von dem psychopathischen Gangsterpärchen Bonni & Clyde, das in den USA der 30er Jahre Banken ausraubte und dabei nicht gerade zimperlich von Schußwaffen Gebrauch machte, sich wieder in die englische Top Twenty gesungen.

Mein Bewertungssystem für Schallplatten:

- *** = Sensation auf dem Popmarkt
- ** = sehr gut gelungen
- * = anhörens-wert
- = Durchschnitt
- O = einmal angehört ist einmal zuviel

Informationen

Die bösen Rezensenten englischer Tageszeitungen schrieben recht rüde Kritiken über den Beatles-Fernsehsfilm MAGICAL MYSTERY TOUR.

„Lärmender Blödsinn“, „Es war chaotisch“, „Die Beatles sind ungeheuer eingebildet“ — journalistische Hagelkörner dieses Kalibers prasselten am dritten Weihnachtstag auf die ahnungslosen Beatles nieder.

Selbst ihre Fans bemängelten, daß der Film nichts weiter war als eine Folge zusammenhangloser Szenen, von denen manche recht ansprechend wirkten, aber niemals aussagekräftig genug waren, um filmtechnisches Format zu beweisen. Tja, wenn man John Lennon glauben darf, wollte man das auch gar nicht: Der Film sollte dem Publikum nur Spaß machen. Und Grund zur Freude haben die Beatles trotz der Pressekritiken: Ihre Filmmusik-LP steht zur Zeit (7. 1.) auf dem zweiten Platz der englischen Top Twenty. Diese sechs Aufnahmen hätten mich persönlich übrigens über alle Mängel des Films selbst hinwegsehen lassen.

Erfolglose Favoriten im allweihnachtlichen Kampf um die Gunst der englischen Schallplattenkäufer gab es dieses Jahr en masse: Cat Stevens („Kitty“), Keith West („Sam“), The Allan Price Set („Shame“), The Beach Boys („Wild Honey“), The Tremeloes („Be Mine“), The Herd („Paradise Lost“) u. v. a.

Jahresbilanz zog das englische Pop-Blatt NEW MUSICAL EXPRESS. Man gab für jede Woche auf dem ersten Platz der englischen Top Thirty 30 Punkte, für jede Woche auf dem zweiten Platz 29 Punkte usw. und erhielt folgende Ergebnisse: 1. Platz für Engelbert Humperdinck (1218 P.), 2. Platz für die Monkees (916 P.), 3. Platz für Tom Jones (890 P.), 4. Platz für die Beatles (695 P.), 5. Platz für die Tremeloes (633 P.) usw. usw. bis zum 122. Platz für Trini Lopez (1 P.).

Mit staatlichem Bann belegt werden in England seit neuestem Schallplatten, die „in unzweideutiger Weise zum Drogenkonsum auffordern“, d. h. sie werden von staatlich finanzierten Radio- und Fernsehkanälen erst ab 20 Uhr ausgestrahlt. Spektakuläres Opfer: „Jackie“ von Scott Walker, seine erste Single seit der Auflösung der „Walker Brothers“.

Radio Luxemburgs Jörg sinnierte am 3. 1. 68 über das Komponieren von anspruchsvollen Songs, die sich dennoch gut verkaufen sollen, und meinte abschließend: „Das ist ein Messer mit einem zweischneidigen Schwert.“ — Ich schlage vor, wir schicken John und Paul mal ein Paket Heftpflaster.

Carsten Linde

SONG MAGAZIN

Das Porträt:

Die City-Preachers

Sie nennen sich „Deutschlands Folklore-Gruppe Nr. 1“ und mit ihrer musikalischen Routine, die sie sich in vielen Radio- und Fernsehkonzerten erwarben, kann sich wahrscheinlich keine andere Folklore-Gruppe messen. Die City Preachers aus Hamburg sind heute so groß im Geschäft, wie sie es sich vor zwei Jahren, als sie sich zusammenfanden, wohl selbst nicht träumen ließen. Dieser Erfolg gründet sich zum einen auf die drei hervorragenden Solisten der Gruppe: John Brian O'Docker und dessen perfektes Gitarrenspiel im Stile Django Reinhardts, Sybille Kynast, der Stimme für osteuropäische Lieder und Inga, mit der etwas negroiden Bluesstimme. Andererseits darf man darüber nicht die ca. 20 Musiker vergessen, die ungenannt auf ihren verschiedenen Schallplatten mitwirken und man täte gut daran, die musikalisch-künstlerische Konzeption der City Preachers zu prüfen.

Heute als Profis singen die City Preachers kaum noch reine Folklore, sondern oft recht flach arrangierte Lieder. Aktuelle politische Songs nehmen sie nicht in ihr Repertoire auf; mit ihrer Protest-LP

„Warum?“ erlebten sie einen großen Reifall, was kaum verwunderlich ist, denn zu offensichtlich hatten sie sich an die Protest-Welle gehängt und fragwürdige Liedchen zusammengereimt und vertont. Deutschlands Folklore-Group Nr. 1 erschwerte den ernsthaften Protestsängern den Erfolg, denn ihre LP brachte alles, was sich Protest nannte, bei Produzenten und beim Publikum in Mißkredit.

Heute singen sie Unverbindlichkeiten im Stile Esther und Abi Ofarims, die sich gut verkaufen. Sie singen abgedroschene Schlager-Schnulzen (etwa High Noon oder A Taste Of Honey), denen sie die Etikette Folklore umhängen. Ihre neueste LP „Cool Water-International Folk Hits“ Decca SLK 16 482 zeigt, wie sehr sie ins Showgeschäft streben und dabei alle Liedformen in einen Topf werfen. Wie heißt es doch so deutlich auf der genannten Plattenhülle?: „Schlager, Bänkellieder, Folksongs — die Unterschiede verschwimmen, wenn die City Preachers loslegen“. Tatsächlich, bei Deutschlands „Folklore“-Group Nr. 1 klingt heute alles nach Schlager. Schade drum!



Ulrich Pollmächer
BLACK POWER

1. Geltos, Ratten und der Hunger sind des schwarzen Volkes Los. Es gab so manchen heißen Sommer und das Elend ist so groß. Die Rebellion der schwarzen Farbigen ist ihr Recht im reichen Land, und der Mensch, der dazu NEIN sagt, hat das Elend hier nie gekannt.

Refrain:
Black power, black power.
Der schwarze Mann steht auf.
2. „Green Berets“ und schwere Panzer gegen Menschen aus dem Slum. Doch sie kennen nicht die Löcher, diese Häuser in dem Schlamm. Junge Afro-Amerikaner sterben heut in Vietnam. Doch Recht auf Freiheit in der Heimat verwehrt man dem schwarzen Mann.
3. Wo ist die Stimme des Gewissens im „weißen Amerika“. Wo sind die Worte die sie schrieben, damals, im „Befreiungsjahr“. Die versklavte schwarze Rasse will nicht leben in Haß und Dreck, und ich fühle mich solidarisch mit den Negern und ihrem Recht.

LIEDER DER SPANISCHEN OPPOSITION gesungen von Joan & José erschienen unter dem Titel GUANYAREM (Wir werden siegen) beim Dortmunder pläne-Verlag. Joan Esteller und José Suarez studieren zur Zeit in Heidelberg. Bekannt wurden sie durch ihre Auftritte beim Festival auf Burg Waldeck und bei Veranstaltungen der außerparlamentarischen Opposition. Auf ihrer Schallplatte singen sie Texte von Jordi Monés, Salvador Espriu, Alain Gautier und eigene. In einem Beiheft sind die katalanischen Texte übersetzt und erläutert. Die 30-cm Stereo-LP hat die Bestell-Nr. 55 IOI und kostet 21,— DM.

LOS INCAS EN PERU. Mit Flöten, Harfen, Schellen, Trommeln und Gitarren werden hier traditionelle indianische Volksweisen interpretiert. Eine begeisternde Folklore-LP mit filigraner, klingender, schwebender Musik! Philips 842.119 PY Stereo — auch mono 18,— DM.

HARRY BELAFONTE. Von Harry Belafonte, der als einer der ersten Sänger in den USA große (immer ausverkaufte) Folklore-Konzerte gab, liegt wieder eine LP vor: Belafonte on Campus (RCA LSP 3779 Stereo DM 18,—). Alle Aufnahmen von traditionellen Folk-Songs bis zu neueren amerikanischen Liedern sind sehr weich gesungen und liegen manchmal hart an der Grenze zum Schlager.

CHANSONS DER JAHRHUNDERT-WENDE. Was man um 1900 als „Chanson“ zu hören bekam, waren oberflächliche Frivolitäten und leichte Lieder, die sich immer um die „Liebe“ drehten. Interessant wäre es, Vergleiche zwischen jenen Liedern und denen der neuen deutschen Chansonsänger zu ziehen. PIKANTERIEN in Plüsch — Chansons um 1900 Decca STSC 13.448 18,— DM.

SCHWARZ-BRAUN-ROTES LIEDERBUCH heißt eine Sammlung alter deutscher Volksweisen, zu denen Dieter Höss aktuelle politische Texte schrieb. So entstanden „Neue deutsche Volks- & Wunderlieder für jedermann“, denen man eine weite Verbreitung wünscht. Schon die Lieder zu lesen und die einfallsreichen graphischen Montagen zu betrachten ist ein großer Spaß. Dieter Höss: Schwarz-Braun-Rotes Liederbuch erschienen im Gustav-Lübbe Verlag zu 7,80 DM.

Als QUARTETT 67 planen Dieter Süverkrüp, Hanns Dieter Hüsch, Franz-Josef Degenhardt und Wolfgang Neuss in diesem Frühjahr eine Tournee.

JOAN BAEZ wurde zwei Tage vor Weihnachten zu 90 Tagen Gefängnis verurteilt, weil sie wieder einmal vor dem Kreiswehersatzamt in Cakland eine Demonstration organisiert hatte. Sie braucht jedoch nur 45 Tage abzusitzen und kann eine Buße von 5000 Dollar zahlen. Bei der Einlieferung ins Gefängnis sang Joan das deutsche Weihnachtslied „Stille Nacht — Heilige Nacht.“



USA

1. Hello Goodbye
2. Magical Mystery Tour
3. If the whole world stopped lovin'
4. I'm coming home
5. Daydream Believer
6. Walkaway Renee
7. Thank you very much
8. Something's gotten hold of my heart
9. World
10. Kites

- Beatles (Odeon)
Monkees (RCA)
John Fred & his Playboy Band
Gladys Knight & the Pips (Gordy)
Union Gap (CBS)
Smokey Robinson & Miracles (Gordy)
Aretha Franklin
American Breed
Fantastic Johnny C. (Polydor)
Joe Tex (Atlantic)

FRANKREICH

1. Le Néon
2. La dernière Valse
3. Puisque l'amour commande
4. A qui
5. Dans une Heure
6. Le plus Difficile
7. San Francisco
8. La dernière Valse
9. The letter
10. C'est bon la Vie

- Adamo (Elektrola)
Mirielle Mathieu Barclay
Enrico Macias (Pathé)
Dalida
Shella
Jacques Dutronc (Vogue)
Johnny Hallyday (Phillips)
Patricia Clark (Vogue)
Box Tops (CBS)
Nana Mouskouri (Fontana)

BRD

1. Hello, Good bye
2. Morning of my life
3. Zabadak
4. Daydream Believer
5. Autumn Almanac
6. Hole in my shoe
7. Monja
8. From the underworld
9. Everybody knows
10. Homburg

- Beatles (Odeon)
Esther & Abi Ofarim (Philips)
Dave Dee & Co (Starclub)
Monkees (RCA)
Kings (Pye)
Traffic (Fontana)
Cry'n Strings (Vogue)
Herd (Hansa)
Dave Clark Five (Columbia)
Procol Harum (Polydor)

ENGLAND

1. Hello Good bye
2. Daydream Believer
3. Judy in disguise
4. I heard it through the grapevine
5. Chain of fools
6. Woman, Woman
7. I second that emotion
8. Bend me, shape me
9. Boogaloo down Broadway
10. Skinny legs and all

- Beatles (Odeon)
Beatles (Odeon)
Val Doonican (Pye)
Tom Jones (Decca)
Monkees (RCA)
Four Tops (Tamla-Motown)
Scaffold (Elektrola)
Gene Pitney (CBS)
Bee Gees (Polydor)
S. Dupree & the Big Sound (Parlophone)

passen mußten, daß sie sich nicht gegenseitig wehtaten. Wer im Ernstfall nicht aufpaßt, hat nicht nur mit dem Feind zu kämpfen sondern muß damit rechnen, daß ihn ein zurückbleibender Kamerad aus Versehen erschießt. An solchen „Versehen“ sollen im Zweiten Weltkrieg des öfteren sadistische Vorgesetzte gestorben sein. Um so verwunderlicher, daß manche Kapos — manche, nicht alle — sich dennoch keine Gelegenheit zu einer kleinen Schikane entgehen lassen. Ich, als Vorgesetzter, würde an den Ernstfall denken, für den ich die Soldaten ausbilden soll.

Die Hitler-Wehrmacht ist fester und wesentlicher Bestandteil jener Traditionen, die bei der Bundeswehr gepflegt werden. Die offi-

zielle Propaganda schiebt alle deutschen Kriegsverbrechen des zweiten Weltkrieges der SS und den Einsatzkommandos des SD in die Schuhe — und schon ist die Wehrmacht eine Armee braver und tapferer Soldaten gewesen, die nichts als ihre Pflicht getan haben. In den Bundeswehrbüchereien wimmelt es von Kriegsliteratur; Konsalik ist überall zu finden, und in einigen Bibliotheken wurden auch schon die NPD-Liebhaber Udo Walendy und Dwinger entdeckt.

Die Schleifer gehören zur Bundeswehr, wie das Amen zum Gebet: sie sind fester Bestandteil einer jeden Armee, die Soldaten braucht, die nicht denken können. Man findet sie in jeder Kompanie — einen oder mehrere. Ihre Methoden sind so verschieden wie ihre Motive. Es gibt den Karrierehengst, der beim

Chef Eindruck schinden will, und jenen primitiven Typ, der sich an seiner Macht aufteilt. Es gibt Offiziere und Unteroffiziere, die wie besessen sind von jenem Leitbild des Soldaten, der „hart wie Kruppstahl“ sein soll, und ihre Untergebenen deswegen schinden. Und jene, die sich an irgendeinem Punkt ihrer Laufbahn ihre Karriere versaut oder zumindest verlangsamt haben, und ihre Wut jetzt an den Soldaten auslassen.

Ihre Methoden sind verschieden, je nach dem Intelligenzquotienten. Je dümmer, so primitiver. Und Gelegenheiten, einem Soldaten zu zeigen, wer (wie) man ist, gibt es genug.

Zwei Beispiele:

1. Während der Grundausbildung. Zehn Minuten vor der Befehlsausgabe war Anzugkontrolle. Wir standen vor dem Kompanieblock und wurden gemustert wie Schlachtvieh. Ein Unteroffizier prüfte die Rasuren.

„Sie haben sich heute morgen nicht rasiert“, sagte er zu meinem Nebenmann, einem Stubenkameraden, von dem ich wußte, daß er sich rasiert hatte.

„Doch, Herr Unteroffizier, ich habe mich rasiert.“

„Reden Sie nicht — Sie haben Ihr ganzes Gesicht voll Stoppeln!“

„Ich habe mich rasiert, Herr Unteroffizier.“

„Wollen Sie mich belügen?“

„Nein, Herr Unteroffizier!“

Der Uffz kramte ein Notizbuch aus der Tasche — in der Grundausbildung kann ein einmaliges Auffallen genügen, um einem Soldaten wegen „mangelnder Dienstauffassung“ oder „schlechter Leistungen“ den Wochenendurlaub zu streichen. Und mein Nebenmann war verheiratet.

Der Uffz kramte also das Notizbuch hervor und hielt es meinem Nachbarn unter die Nase. „Haben Sie sich heute morgen rasiert oder nicht?“

„Nein, Herr Unteroffizier!“

„Na also,“ der Uffz steckte das Notizbuch wieder ein. „Ich sage Ihnen doch: mich kann man nicht belügen.“ Und er ging grinsend weiter.

2. In der Kampfkompanie, drei Wochen nach der Übung in der Senne.

Ich hatte GvD, und die wichtigste Aufgabe des „Gefreiten vom Dienst“ ist es, nachts den Schlaf des „Unteroffiziers vom Dienst“ zu bewachen. Es war aber noch heller Tag, und da paßte ich auf, daß das Telefon nicht desertierte. Und damit es nicht so langweilig wurde, las ich dabei den „Spiegel“.

Das sah ein „Stabsunteroffizier“, der „Löwe“, der uns in der Senne in der Sonne braten ließ. Er kam aufs UvD-Zimmer gestürzt und brüllte mich an, ich solle nicht faul herumsitzen; die Bude sei saudreckig, und das sollte ich gefälligst abstellen.

Ich fegte die Hütte aus, putzte Staub und räumte auf, klemmte mich wieder hinter den „Spiegel“. Kaum saß ich, war der Stufz wieder da, spielte Theater.

Ich wischte den Fußboden, bohnerte ihn ein, bohnerte ihn blank, räumte noch einmal auf, widmete mich dann wieder dem „Spiegel“. Und wieder erschien der Stufz, holte Luft — doch da klingelte das Telefon, und ich wurde zum Spieß befohlen. Schade, daß der „Löwe“ so enttäuscht wurde — es sah aus, als hätte er das Spielchen gern noch eine Weile fortgesetzt.

Dr. Jürgen Redhardt

Die Doppelrolle der NPD

Zur Funktion der NPD im westdeutschen Parteienkartell

Seit einigen Jahren kann der westdeutsche Staat wieder mit einer Nazi-Partei aufwarten. Ihr abgekürzter Name ist zwar um zwei Buchstaben ärmer als der der NSDAP; sie agitiert anders, und sie versucht sogar, sich hier und da von ihrer braunen Vorgängerin zu distanzieren. Aber schon rein äußerlich verrät sie allzu eindringlich, daß sie doch deren direkter Abkömmling ist, obwohl sie — zumindest vorläufig — nur andeutungsweise die schrille, hochtönende Ideologie vom deutschen Wesen als dem Sinnbild des Erhabenen und Heroischen wiederholt und nur verhalten vom „deutschen Volkstum“ zu sprechen wagt. Auch der SA-Stiefel fehlt, und noch ist kaum etwas vom Wiederaufleben nazistischer Hordenromantik und Biermystik zu verspüren. Trotzdem haben das westliche und östliche Ausland längst erkannt, daß sich kein geringfügiger Prozeß anbahnt als die Gefährdung des Weltfriedens durch eine neue Variante der alten faschistischen Pest. Das Ausland hat sogar genauer erkannt und registriert, als es selbst politisch weitsichtigen und unkorrumpierbaren demokratischen Kreisen in der Bundesrepublik festzustellen möglich war, wie hier die ideologischen Grundlagen und politischen Zielvorstellungen eindeutig faschistischer Provenienz wieder zum Zuge zu kommen drohen.

Die NPD machte sich nicht von ungefähr erstmals gegen Ende des Wirtschaftswunders in der politischen Arena Westdeutschlands bemerkbar. Mit dem Abflauen der Hochkonjunktur gewannen zugleich nationalistische Parolen an Boden. Denn es gehört zum deutschen Schicksal, daß Unzufriedenheit und gerechter Zorn über verfahrenere gesellschaftliche Situationen sich nicht gegen die Verantwortlichen im eigenen Lande richten, sondern immer Wasser auf die chauvinistischen Mühlen eines exzessiven Nationalismus zu bringen vermögen. So auch jetzt: Mit „Sühnedeutschen“ und „Nationalmasochisten“ wollte man aufräumen; die Gewerkschaften wurden rüde attackiert, und obwohl von den grundsätzlichen Zielen des DGB-Grundsatzprogrammes aus dem Jahre 1950 so gut wie nichts verwirklicht wurde, bezeichneten die reaktionären Ideologen der neuen Nazi-Partei die Bundesrepublik schlankweg als „Gewerkschaftsstaat.“ Derartige Unterstellungen und Redeweisen sind aus der Sozialstruktur faschistischer Bewegungen verständlich, für deren Entwicklung in Deutschland allerdings typische historische und soziologische Gegebenheiten kennzeichnend und erschwerend hinzuzurechnen sind.

Die NPD zehrt von einem offiziell sanktionierten Fluidum, das sie selbst nicht hervorgebracht hat, obwohl es ihr natürlich sehr gelegen kam. Sie besitzt deshalb auch tendenziell den Charakter einer Sammelpartei, die primär die schichtenspezifische Anfälligkeit

Werner Sabiers

Gewerkschaft und Neonazis

Die CSU bot der NPD die Koalition an

Der 6. Ordentliche Bundeskongreß des DGB vom Mai 1966 hat die Unvereinbarkeit der Mitgliedschaft in der NPD und einer dem DGB angehörenden Gewerkschaft beschlossen. Die NPD reagierte heftig und bezeichnete den Beschluß der Gewerkschaften als unverständlich, sie, die NPD lasse sich nicht in die antigewerkschaftliche Ecke drängen. Das war auch gar nicht nötig, denn in dieser Ecke hat sich die NPD von Anfang an befunden. Beispielsweise heißt es im „Manifest der NPD“ zur Frage der Gewerkschaften:

„Gewerkschaften und Unternehmerverbände sind als Sozialpartner dazu da, für den notwendigen Interessenausgleich und für den Arbeitsfrieden zu sorgen. Hierin liegen ihre Aufgaben...“

Was ist hierzu zu sagen?

Für den notwendigen Interessenausgleich sorgen die Gewerkschaften zeit ihres Bestehens. Ein Tarifvertrag ist Ausdruck eines vorübergehend zustandekommenen Interessenausgleichs. Die Qualität des Tarifvertrages aber ist entscheidend davon abhängig, ob die Gewerkschaften in der Lage sind, ihre Forderungen notfalls mit dem Mittel des Streiks durchzusetzen.

Nach dem Manifest der NPD haben die Gewerkschaften für den Arbeitsfrieden zu sorgen. Ein Streik jedoch schließt den Arbeitsfrieden für eine gewisse Zeit aus. Sollten die Gewerkschaften ihre Aufgaben, wie sie die NPD im Manifest fordert, wahrnehmen, müssen sie entweder von sich aus auf das Recht des Streiks verzichten oder aber vom Staat dazu gezwungen werden.

Sie würden damit entweder völlig abhängig vom „guten Willen des Arbeitgebers“ oder aber zu einem staatlichen Aufsichtsorgan, das nach vom Staat gesetzten Maximen den „Interessenausgleich“ vorzunehmen hätte. Mit einer Gewerkschaft hat solch eine Organisation nichts mehr gemein, sie wäre dem Wesen nach eine „Deutsche Arbeitsfront“ nach nationalsozialistischem Vorbild.

In den „Anmerkungen zum Manifest und zu den Grundsätzen der NPD“ wird zwar das Streikrecht von der NPD anerkannt, im folgenden Satz folgt aber sofort die Einschränkung:

„Durch gesetzliche Maßnahmen müssen Regierung und Parlament die Möglichkeit erhalten... aus lebenswichtigen Gründen das Recht auf Streik... zeitbegrenzt auszusetzen.“

Was unter „lebenswichtigen Gründen“ zu verstehen ist, wird von der NPD nicht gesagt, vielmehr wird durch diese Formulierung dem Staat ein Freibrief ausgestellt, jeden Streik zu verbieten.

Noch deutlicher wird die NPD in ihrem „Politischen Lexikon“. Hierin findet sich die Feststellung, daß Organisationen, in denen Arbeitnehmer und Arbeitgeber zwangsvereinigt sind (wie etwa die DAF während der Nazizeit), einen Fortschritt in der Geschichte

Tilman Lang / Ingo Politycki

Was können wir tun?

Einheitsfront aller Demokraten

Auch wenn die Parteien der großen Koalition behaupten, daß 90 % der Wähler demokratische Parteien wählen, kann das nicht darüber hinwegtäuschen, daß gerade jetzt der Trend zum Rechtsradikalismus immer stärker wird. Ungehindert kann die neonazistische NPD ihre Versammlungen und Kundgebungen abhalten, während zur gleichen Zeit versucht wird, auf administrativem Wege fortschrittliche Organisationen abzuwürgen. So geschah es, als sich in Frankfurt spontan die verschiedensten demokratischen Kräfte zusammenfanden und die Antifaschistische Aktion bildeten, um zu zeigen, daß es Menschen gibt, die sich nicht jede Provokation der Neonazis gefallen lassen, die gerade in Frankfurt eine Kundgebung mit ihrem Führer Adolf von Thadden veranstalteten. Der Oberbürgermeister Brundert stellte der NPD den Zoogesellschaftssaal zur Verfügung, verbot aber eine Gegenkundgebung der Antifaschistischen Aktion, bzw. verwies sie nach altgewohnter Manier auf einen abgelegenen Platz. Teil seiner Begründung: Es könnte zu Zwischenfällen kommen. Auf die Idee, das Übel an der Wurzel zu packen, d. h. den Provokateur eventueller Zwischenfälle, die NPD, aus Frankfurt zu werfen, kam er nicht. Das Kurhaus in Baden-Baden, sonst beliebter Tagungsort der Neonazis, wurde nicht an Studenten vermietet, die sich dort versammeln wollten. Statt dessen tanzte dort wieder einmal der Polizeiknüppel.

Die NPD ist also in unserem Staat salonfähig geworden, für Franz Josef Strauß sogar koalitionsfähig. Welche Interessen stehen hinter ihr? Ist sie wirklich eine Partei alter, unverbesserlicher Nationalsozialisten (76 % ihrer Bundesfunktionäre waren Mitglieder der NSDAP), ein Häufchen versponnener Nationalsozialisten, das von zwei Weltkriegen immer noch nicht genug hat, eine Partei des „kleinen Mannes“, die sich ganz zufällig zusammengefunden hat? Lassen wir sie doch selbst zu Wort kommen: „Die NPD hält eine kapitalstarke Großindustrie in unserer Volkswirtschaft für unerlässlich. Die NPD wird daher alle Bestrebungen unterstützen, die auf einen Zusammenschluß der exportintensiven Unternehmen gleicher Erzeugung gerichtet sind.“

Mit anderen Worten: Die NPD unterstützt das Großkapital und will versuchen, neue Monopole zu schaffen. Der bundesdeutsche Multimillionär Oetker wußte nur zu gut, warum er sich vor den Landtagswahlen mit Spitzenfunktionären der NPD an einen Tisch setzte.

Die Unternehmer sparen dafür nicht mit ihrem Lob. Offen begrüßt wurde das Aufkommen eines neuen „Nationalismus“ vom Organ der Bundesvereinigung deutscher Arbeitgeberverbände. Zur Unternehmerfreundlichkeit der NPD gesellt sich natürlich die Arbeiterfeindlichkeit. Die NPD ist gegen die Mitbestimmung der Arbeiter, fordert eine

kürbiskern

Herbert Asmodi: Sermon

Werner Bräunig, Bernd Jentzsch, Yaak Karsunke,

Márton Kalász: in memoriam Johannes Bobrowski

Charles Senger: Brief an LBJ

Philipp Wiebe: Ein verwirrender Fall

Renate v. Gizycki: Gedichte

Peter Hacks: Der Schuhu u. d. fliegende Prinzessin

Melchior Schedler: Dämmerung nach vorwärts

Helmut Pieper: Zehn Gedichte

Christine Steiger: Herr Bruno H. Momm

G. H. Goeman: Animalische Aspekte

Georg Lukács: Der Oktober 1917 und die Literatur

E. Högemann-Ledwohn: Fragen an Georg Lukács

Gerd Oesterwind, Rudolf Schultz, Hans Ohly:

Zum Dialog Christ — Marxist

Martin Walser: Vietnam-Rede

Sand, Theodorakis, Seyppel: Griechenland

Götz Eggers: Ist das StGB verfassungswidrig?

Protokoll: Gespräche mit Christmann

P. Schneider: Individuelle Sachlichkeit

In allen Buchhandlungen und beim Verlag
kürbiskern 8 München 22, Maximilianstraße 10

1/68

Doppelrolle der NPD

FORTSETZUNG VON SEITE 33

keit des kleinen Mittelstandes für die nationalistische Phraseologie auszunutzen versteht. Aber sogar ein Teil der Arbeiterschaft, der es unter den gegebenen Umständen schier unmöglich gemacht wird, ihre eigene gesellschaftliche Situation real einzuschätzen, artikuliert ihr Unbehagen über sinkende Löhne und zunehmenden Sozialabbau in den Reihen der neuen Nazi-Partei. Jede pauschale Disqualifizierung der NPD-Wähler und des unteren NPD-Funktionärkorps als verstockte Nazis, unbelehrbare Nationalisten und friedensfeindliche Militaristen verbietet sich deshalb von selbst. Das gilt um so mehr, wenn man bedenkt, daß die Nazis größeren Formats und viele Führungskräfte aus Industrie und Wirtschaft längst ihren Platz in der CDU gefunden haben. Sie teilen dabei durchweg die Ansicht, daß die Massen dank Springer-Presse oder ähnlich gearteter Meinungsmanipulierung schon hinreichend sowieso entpolitisiert sind, so daß der offen auftretende, martialisch sich gebärdende Faschismus überflüssig ist, weil dessen repressive Funktion von der Notstandsgesetzgebung ersetzt werden kann.

Als zwei Momente, die die heimliche Votion der CDU/CSU für das Aufkommen der NPD begründen, lassen sich frei präparieren: Die NPD lenkt ab vom eigenen faschistoiden Trend, dem die Unionsparteien zu erliegen drohen; und sie dient als willkommenes Druckmittel gegenüber der potentiellen Wählerschaft und den ausländischen Verbündeten. Außerdem darf nicht übersehen werden, daß beide Parteien — im Gegensatz zur SPD, aber mit Einschränkung auch zur FDP — das Wesen einer Demokratie nicht vom Intellekt und von der Aufklärung her begreifen wollen und daß beide in ihrer Propaganda mit ihrem Pseudo-Apell an den gesunden Menschenverstand auf traditionelle Verhaltensmuster spekulieren, für die konfessionell und landschaftlich gebundene Wähler besonders anfällig sind. Beide versuchen mit primitiven denkerischen Strickmustern die politische und soziale Wirklichkeit darzulegen und scheuen in ihrer Öffentlichkeitsarbeit die Analyse anstehender Problematik und die offene Konfrontation mit den aktuellen Fakten. Beide haben damit das Erbe der nationalsozialistischen Verdummungsanstrengungen in politisch übernommen. Hier wie dort regiert das Pathos der totalen Phrase, treten Wahlredner in Aktion, die mit Wort- und Satzkombinationen operieren, die im Augenblick der Formulierung eine Gefühlsassoziation zwischen Redner und Zuhörer erzeugen, in Wirklichkeit aber keinen logischen Zusammenhang haben.

Andererseits: Gerade diese Gleichartigkeit erzeugt Rivalitäten. Die CDU/CSU erlebt die NPD immer wieder als lästige Konkurrenz, weil diese das gleiche Wählerreservoir zu erreichen versucht. Sie muß befürchten, das Opfer ihrer eigenen, mehr oder minder bewußt betriebenen Entpolitisierung der Massen zu werden. Die NPD kann für sich von

Gewerkschaft und Neonazis

FORTSETZUNG VON SEITE 33

darstellen, daß diejenigen aber, die sich zu freien Gewerkschaften bekennen, „das Rad der Geschichte gewaltsam zurückdrehen“ wollen.

Die schriftlichen Erzeugnisse der NPD beweisen ganz klar, daß die NPD absolut anti-gewerkschaftlich eingestellt ist. Ihre gegen-teilige Selbstdarstellung kann nur im Rahmen der sozialen Demagogie des Rechtsradikalismus gesehen werden. Den Rechtsradikalen ist bewußt, daß die Gewerkschaften eine der stärksten Säulen der Demokratie darstellen, einer Staatsordnung, die den Faschisten zutiefst verhaßt ist. Um die Demokratie beseitigen zu können, müssen die Rechtsradikalen naturgemäß den stärksten Stützen dieser Staatsordnung, beispielsweise den Gewerkschaften Macht und Einfluß entziehen.

Deshalb übernehmen Sie daher Teil-Forderungen der Arbeiterbewegung in ihr Programm, um Unruhe und Verwirrung in die Arbeiterschaft zu tragen und selbst Unterstützung bei Teilen der Arbeiterschaft zu finden.

Mit diesem Rezept der sozialen Demagogie haben die Nationalsozialisten Erfolg gehabt, mit den gleichen Methoden arbeiten ihre Nachfolger in der Bundesrepublik.

Inwieweit die NPD ebenfalls Erfolg haben wird, läßt sich noch nicht genau absehen. Sicher scheint aber zu sein, daß durch die mangelnde politische Bildung und die Staatsverdrossenheit bei einem Teil der Bevölkerung, der Zug nach rechts einsetzen würde, sobald deren wirtschaftliche und soziale Sicherheit einer harten Belastungsprobe ausgesetzt werden sollte.

Das zu verhindern, ist in erster Linie die Aufgabe aller demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik.

vornherein den Vorteil verbuchen, daß sie bisher nirgends volle politische-administrative Verantwortung wahrzunehmen braucht, daß sie deshalb folgenlos als Sprachrohr für die um sich greifende latente Unzufriedenheit fungieren kann und mit der dümmsten Agitation aufwarten darf. Und die Konzerne, die den Staat für ihre Profitinteressen benötigen, könnten eines Tages die NPD bevorzugen, wenn man sie als den besseren Partner zum Aufbau eines staatsmonopolistischen Herrschaftssystems einschätzen sollte. Wenn der NPD bisher nicht noch entscheidendere Einbrüche in die Front der traditionell nach rechts schießenden Wählerschaft gelungen sind, dann ist es hauptsächlich dem Umstand zuzuschreiben, daß der Durchschnittsbürger in Analogie zur wirtschaftlichen Machtkonzentration von vornherein die größere Partei für die leistungsfähigere hält und daß er dazu neigt, das Risiko eines politischen Engagements durch den Anschluß an eine zahlenmäßig starke

Was können wir tun?

FORTSETZUNG VON SEITE 33

„Überwindung des Klassenkampfes“ und eine „Leistungsgemeinschaft aller Schaffenden“, eine Neuauflage von Hitlers „Volksgemeinschaft“. Die Tarifautonomie hat „ihre Grenze“, und der Streik „darf nicht zu politischen Zwecken mißbraucht werden.“

Diese Arbeiterfeindlichkeit der NPD sollte unser Hauptpunkt im Kampf gegen die Neonazis sein. Wir müssen jeden Arbeiter, jeden Angestellten davon überzeugen, daß er gegen sich selbst wählt, wenn er der NPD seine Stimme gibt. Wir müssen ihm klar machen, daß er nur die Großkapitalisten, die Zechenbarone, die Mörder von gestern und die „Ostlandreiter“ von morgen unterstützt, wenn er die NPD wählt. Zu diesem Zweck müssen wir uns zusammenschließen, alle demokratischen Kräfte müssen eine Front bilden im Kampf gegen die NPD und den Neonazismus. In vielen Städten, wie z. B. München und Frankfurt ist dies schon geschehen. In Frankfurt wurde die Antifaschistische Aktion gebildet, der die verschiedensten Organisationen angehören, Vertreter der Studentenverbände, der Verfolgtenorganisationen, der Arbeiterjugend und der Gewerkschaft. Keiner soll ausgeschlossen werden, der sich bereit erklärt, am Kampf gegen den wiederauferstehenden Faschismus, gleich welcher Art, mitzuwirken. Es werden Seminare geplant, die sich mit dem Wesen des Faschismus und seine Bekämpfung befassen sollen, Kundgebungen und Demonstrationen sollen stattfinden. Vor allen Dingen soll versucht werden, eine Bagatellisierung der Gefahr, die von rechts droht, zu verhindern.

Tilman Lang, club egalité, Frankfurt
Ingo Politycki, SJD — Die Falken, Frankfurt

Partei zu vermindern. Aber er ist meistens gesellschaftlich und ökonomisch nicht versiert genug, um den Anachronismus zu erfassen, daß da eine Partei mit einem Tugendkatalog aus dem 18. Jahrhundert auf Bauernfang ausgeht und allen Ernstes für die Wiederherstellung vor- und frühkapitalistischer Produktions- und Distributionsformen wirbt.

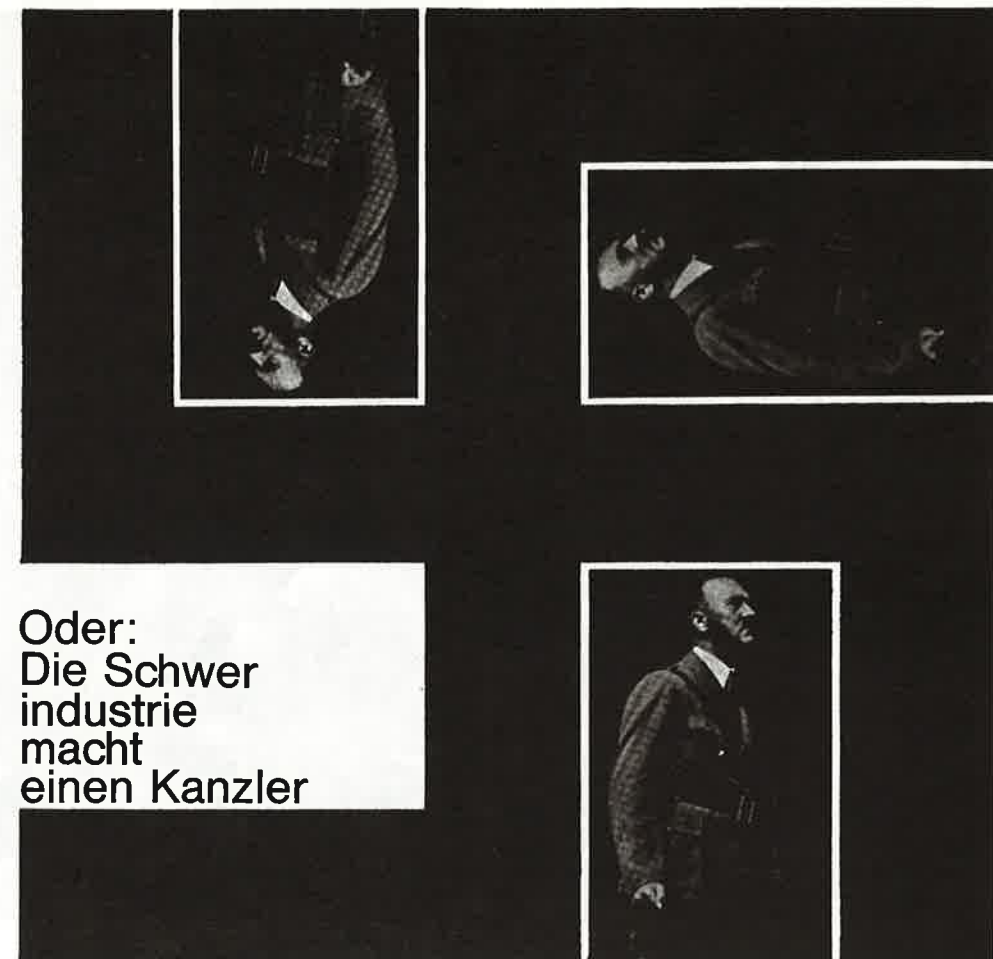
Der weitere Verlauf der innenpolitischen Entwicklung ist nicht ohne weiteres voraussehbar. Aber die Rolle einer unbedeutenden Splitterpartei wird die NPD jedenfalls nicht mehr übernehmen brauchen. Die CDU/CSU wird ihre Haltung zur NPD stärker profilieren müssen. Ob sie freilich erkennt, daß sie eine schwere Verantwortung auf sich lädt, wenn sie sich nicht resolut vom Neonazismus in ihren eigenen Reihen ebenso distanziert wie von dem in der neuen faschistischen Partei, muß bezweifelt werden. Die Zeichen stehen auf Sturm.

Aktuelle Geschichte:
30. Januar 1933

Der aufhalt same Aufstieg des Adolf H.

von
Karl Hubert Reichel

In den Mittagsstunden des 30. Januar 1933 beruft Reichspräsident Hindenburg, gedrängt von den namhaftesten Führern der Schwerindustrie, Hitler zum Reichskanzler. Mit den Stationen des aufhaltsamen Aufstiegs des Faschismus in Deutschland beschäftigt sich der folgende Beitrag. Er ist ein Vorabdruck aus dem Buch „Wie macht man Kriege“ von Karl Hubert Reichel, das demnächst im Weltkreisverlag erscheint.



Oder:
Die Schwerindustrie macht einen Kanzler

Hinter verschlossenen Türen tagt am 29. Mai 1922 der Nationale Club in der Sonnenstr. 6 in Berlin NW 7. Der Club ist ein Treffpunkt Berliner Industrieller; zu seinen Mitgliedern zählen etliche Mitglieder des ehemaligen Preußischen Herrenhauses. An diesem Abend spricht ein gewisser Adolf Hitler vor Clubmitgliedern und Gästen, zu denen Dr. Fritz Detert, Privatsekretär eines der reichsten und mächtigsten Metallindustriellen der damaligen Zeit, gehört.

Der Mann ist brauchbar, berichtet Dr. Detert seinem Chef Ernst von Borsig, Vorsitzender der Deutschen Arbeitgeberverbände und des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller. Als Hitler kurz darauf erneut vor dem Nationalen Club spricht, ist Borsig selbst unter den Zuhörern. Er beauftragte seinen Privatsekretär, sich ohne Mittelspersonen mit Hitler in Verbindung zu setzen.

Im Restaurant „Rheingold“ an der Potsdamer Straße treffen sich Detert und Hitler. Borsig möchte, daß Hitler seine vorwiegend in Süddeutschland arbeitende Bewegung auch auf das „rote Berlin“ ausdehnt. Kurze Zeit später schickt er den Tegeler Betriebsdirektor der Borsigwerke, Direktor Dr. Litz, nach München. Dieser übergibt die erste ansehnliche Spende namhafter Metallindustrieller an die Hitler-Partei.

Zur vorentscheidenden Begegnung Hitlers mit der deutschen Industrie kommt es fünf Jahre später. In der Villa des Verlegers Bruckmann in München, Karolinenplatz 5, macht ihn die Hausherrin mit hohem Besuch aus Mülheim an der Ruhr bekannt. Der Gesprächspartner ist kein geringerer als der vollbärtige

Geheimrat Emil Kirdorf, der Gründer des Deutschen Kohlensyndikats und Generaldirektor der Gelsenkirchener Bergwerke AG.

Kirdorf und der „Kohlenpfennig“

Schon im Kaiserreich zählte Kirdorf zu den Schlüsselfiguren der deutschen Schwerindustrie. Im Salon der Frau Bruckmann findet Hitler an diesem 4. Juli 1927 einen aufgeschlossenen Zuhörer, auf den der Marxismustöter und Gewerkschaftsfeind aus Braunau am Inn einen nachhaltigen Eindruck macht, Kirdorf, der Verwalter des sogenannten Ruhrschates, (ein Fond des „Vereins für die bergbaulichen Interessen“, eine Art Kriegskasse der Bergbau-Industriellen), läßt im Vorstand dieses Vereins einen Beschluß fassen, der einen warmen Regen für die Kassen der NSDAP zur Folge hat. Jeder Unternehmer, der dem Syndikat angehört, zahlt pro gefördert Tonne Kohle „Kohlenpfennige“ à Konto Hitlerpartei. Allein im Jahr 1929 ergibt das den stattlichen Betrag von 6 150 000 Reichsmark.

Fritz Thyssen, der Besitzer des größten westdeutschen Hüttenkonzerns, hat Hitler schon 1923 eine Starthilfe in Höhe von hunderttausend Goldmark zukommen lassen.

Ein Ereignis im fernen Amerika beschleunigt die Orientierung der Schwerindustrie auf die Nazi-Partei. Am 24. Oktober 1929 hat die Wallstreet ihren schwarzen Freitag, den großen Börsenkrach. Er hat auch auf Deutschland katastrophale Auswirkungen. Für die Industriellen ist die Weltwirtschaftskrise — wie



Große Koalition Schwerindustrie — Faschismus:
Hitler und Großbankier Hjalmar Schacht

Hitler am Ziel: Auf Drängen der Industrie
beruft Hindenburg ihn zum Kanzler



6 Braune Siegesparade im Lustgarten

Der aufhaltsame Aufstieg des Adolf H.

jede Krise — das Signal für den offensiven Abbau der sozialen und demokratischen Rechte der Arbeiterschaft.

Unternehmer fordern Notverordnungen

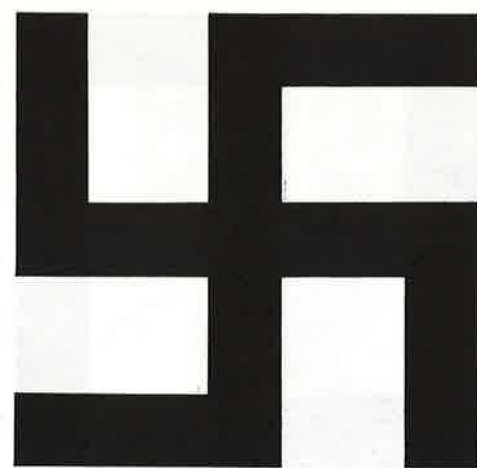
Demonstrativ fordert der Reichsverband der deutschen Industrie im Dezember 1929 von der Regierung die „Freimachung“ der Wirtschaft von „politischen Einflüssen, die von außen her in den Wirtschaftsprozess hineingetragen werden.“¹⁾

Die Unternehmer scheuen nicht vor der Forderung nach Entmachtung des Parlaments zurück, um freie Hand für die soziale Demontage zu bekommen. Erläutert ein Sprecher der Industrie: „Ist das Parlament seiner Aufgabe nicht gewachsen, dann wird gar nichts anderes übrig bleiben als wieder einmal ... sich auf das Gebiet der Verordnungen zu begeben ...“.

Und: „Man muß versuchen, durch Verordnungen den Zustand zu schaffen, den die fehlende Gesetzgebung uns nicht schaffen kann ... Um diesen Weg zu gehen, braucht man allerdings in erster Linie Zivilcourage, eine Eigenschaft, die bei uns leider nicht wild wächst, und in zweiter Linie bedarf es des Mutes zu vorübergehender Unpopularität.“²⁾ In dem Zentrumsminister Brünning finden die Industriellen einen Kanzler mit dem Mut „zur vorübergehenden Unpopularität.“ Er regiert, gestützt auf die Notverordnungen des Reichspräsidenten Hindenburg.

Von den außenpolitischen Zielen ist in der erwähnten Denkschrift des Reichsverbandes der deutschen Industrie nur am Rande die Rede.

Deutlicher wird IG-Farben-Chef Carl Duisberg, der Vorsitzende des Verbandes. Er fordert 1931 die „wirtschaftliche Erschließung des südosteuropäischen Raumes“ und die Schaffung einer Super-EWG, eines „geschlossenen Wirtschaftsblocks von Bordeaux bis Sofia.“³⁾ Brünning versucht, die Wünsche der Großindustriellen zu erfüllen. Mit einem „Stabilisierungsprogramm“ auf Kosten der Arbeitenden versucht er Ruhe im Innern zu schaffen, mit einer deutsch-österreichischen Zollunion will er das Tor zum Balkan aufstoßen. Letzteres scheitert am Widerstand Frankreichs. Und an Ruhe im Innern ist nicht zu denken. Das Millionenheer der Arbeitslosen fordert Arbeit. Vier Millionen Jungwähler suchen ein Exi-



stenzminimum und eine **gesicherte Zukunft**. In den Betrieben spitzen sich die Auseinandersetzungen zwischen Arbeitern und Unternehmern zu.

In der Außenpolitik legt es Brüning darauf an, die letzten Fesseln für die Rüstung abzustreifen. Kurz vor seinem Abgang behauptet er, „hundert Meter vor dem Ziele“ zu sein. In der ihm eigenen verlausulierten Art erläutert Brüning, mit welcher Taktik er dieses Ziel erreichen will, nämlich unter dem Deckmantel des „Strebens nach Abrüstung und Sicherheit.“ Brüning vor dem Auswärtigen Ausschuss des Reichstages: „Man kann den deutschen Standpunkt auf der Abrüstungskonferenz auf eine einfache Formel zurückführen. Wenn wir nicht sowohl zeitlich wie sachlich die Abrüstung der anderen (Hervorh. v. Verf.) in den Vordergrund schieben würden, dann würden wir de facto zu einem gleichen Maß der Rüstungen und damit zu unserer Sicherheit gar nicht kommen können, auch wenn wir theoretisch die Gleichberechtigung schon erreicht hätten.“⁴⁾ Aber noch hat er sein Ziel nicht erreicht.

Hitler im Industrieclub

Dafür ist ein anderer seinem Ziel, der Macht, nähergekommen: Hitler. Der Schützenhilfe der Reichswehr ist er sicher, nachdem Reichswehrminister Groener nach der ersten Begegnung mit dem Nazi-Hauptling erklärt, er habe „den besten Eindruck“ von Hitlers „Persönlichkeit (bescheiden, entschlossen, revolutionäre Ideen auszumärzen)“ und er sei entschlossen, alle Bestrebungen Hitlers, sich ins politische Leben einzugliedern, zu unterstützen.“⁵⁾

Die eigentliche Entscheidung fällt im „Park“-Hotel in Düsseldorf. Hier tagt der Industrieclub. Ein Augenzeuge berichtet: „Der Saal war überfüllt. In den Stuhlreihen gedrängt die Elite der westdeutschen Wirtschaft. Bekannte und unbekannte Gesichter. Der Führer, begrüßt, spricht von einer wenig erhöhten vorspringenden Ballustrade, die Hände leicht gestützt auf das gußeiserne Geländer vor ihm.“⁶⁾

Die versammelte Prominenz der Schwerindustrie interessiert weniger, wie Hitler spricht, sondern was er sagt. Hitler vor den Industriellen: „Es ist ein Widersinn, wirtschaftlich das Leben auf dem Ge-

danken der Leistung des Persönlichkeitswertes, damit praktisch auf die Autorität der Persönlichkeit aufzubauen, politisch aber diese Autorität der Persönlichkeit zu leugnen und das Gesetz der größeren Zahl, die Demokratie an dessen Stelle zu schieben ... Wir haben den unerbittlichen Entschluß gefaßt, den Marxismus bis zur letzten Wurzel in Deutschland auszurotten ... Unsere Situation in der Welt ergibt sich in ihrer für uns so verhängnisvollen Auswirkung nur aus der eigenen Unterbewertung der deutschen Kraft. Erst wenn wir diese verhängnisvolle Einschätzung wieder abgeändert haben, kann Deutschland die vollen Möglichkeiten wahrnehmen, die — weitschauend in die Zukunft — das deutsche Leben wieder auf eine natürliche und tragfähige Basis stellen: entweder neuen Lebensraum mit Ausbau eines großen Binnenmarktes oder Schutz der deutschen Wirtschaft nach außen unter Einsatz der zusammengeballten deutschen Kraft.“⁷⁾

Hitlers späterer Reichspressechef Otto Dietrich: „Als Adolf Hitler endete, hatte er eine Schlacht gewonnen.“⁸⁾ Vor versammelter Mannschaft legt Fritz Thyssen „öffentlich das befreiende, aber für Brüning vernichtende Bekenntnis ab, daß nur die nationalsozialistische Bewegung und der Geist ihres Führers Deutschlands Schicksal wenden könne.“⁹⁾

Thyssen in seinem Buch „I Paid Hitler“: „... ich brachte tatsächlich die Verbindung zwischen Hitler und der Gesamtheit der rheinisch-westfälischen Industriellen zustande. Es ist allgemein bekannt, daß Adolf Hitler am 27. Januar 1932 — fast ein Jahr, bevor er die Macht ergriff — eine Rede vor dem Düsseldorfer Industrieclub hielt, die ungefähr zweieinhalb Stunden dauerte. Die Rede machte einen tiefen Eindruck auf die versammelten Industriellen und hatte zur Folge, daß eine Anzahl großer Beiträge aus den Mitteln der Schwerindustrie der nationalsozialistischen Parteikasse zufließ.“¹⁰⁾

Diese „großen Beiträge“ gestatteten der Hitlerpartei, den aufwendigsten Wahlkampf zu führen, den Deutschland bis dahin erlebt hat; für Hitler wird eine Maschine der Deutschen Lufthansa gechartert, mit deren Hilfe er in sieben Tagen 21 Versammlungen absolviert. Mit ungezügelter nationaler und sozialer Demagogie tritt die NSDAP auf. Sie geht aus den Juli-Wahlen des Jahres 1932 als stärkste Partei hervor; Göring wird Reichspräsident.

Ich machte Hitler

Doch mit dem „Spaziergang zur Macht“ wird es nichts. Von der Gesamtstimmzahl hat Hitler 37 Prozent erreicht; die Mehrheit der Deutschen hat sich gegen ihn entschieden. Am 2. August zieht Hitler am Tegernsee vor seinen Gauleitern Bilanz. Dann eilt er nach Berlin, wo er mit General von Schleicher konferiert, der inzwischen Reichswehrminister geworden ist. Es wird November — Hitler ist immer noch nicht Kanzler. Und im November kommt die Reichstagswahl, bei der die Nazi-partei zwei Millionen Stimmen verliert. Die beiden Arbeiterparteien zusammen sind offenbar stärker als die faschi-

Der aufhaltsame Aufstieg des Adolf H.

stische Bewegung. Das zeigt ein Blick auf den Ergebnisspiegel der Reichstagswahlen:

	SPD	KPD	SPD/KPD	NSDAP
14. 9. 1930	8,572	4,950	13,162	6,401
31. 7. 1932	7,951	5,278	13,329	13,733
6. 11. 1932	7,231	5,971	13,202	11,705

(in Millionen).

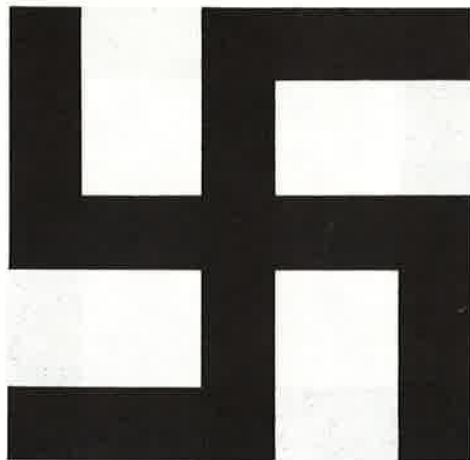
In dieser Situation kann das Zusammengehen der Sozialdemokraten und Kommunisten Hitler den Weg zur Macht verlegen. Das scheitert am Antikommunismus der SPD-Führer, die sich in der Hoffnung wiegen, die traditionellen bürgerlichen Parteien zur Abwehr des Faschismus gewinnen zu können.

Hindenburg unter Druck

Während darüber noch palavert wird, macht die Großindustrie Nägel mit Köpfen. Im November 1932 trifft im Büro des Reichspräsidenten ein Brief ein. „Mit größter Ehrerbietung“ fordert die Creme der deutschen Schwerindustrie von Hindenburg den Kanzlerposten für Hitler.

In diesem entscheidenden Brief heißt es u. a.: „Ew. Exzellenz, Hochzuverehrender Herr Reichspräsident, Der Ausgang der Reichstagswahl vom 6. November d. J. hat gezeigt, daß das derzeitige Kabinett, dessen aufrechten Willen niemand im deutschen Volke bezweifelt, für den von ihm eingeschlagenen Weg keine ausreichende Stütze im deutschen Volke gefunden hat, daß aber das von Euer Exzellenz gezeigte Ziel eine volle Mehrheit im deutschen Volke besitzt, wenn man — wie es geschehen muß — von der staatsverneinenden kommunistischen Partei absieht. Gegen das bisherige parlamentarische Partei-regime sind nicht nur die Deutschnationale Volkspartei und die ihr nahestehenden kleineren Gruppen, sondern auch die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei grundsätzlich eingestellt...“

Dann werden Absender deutlicher: „Wir erkennen in der nationalen Bewegung, die durch unser Volk geht, den verheißungsvollen Beginn einer Zeit, die durch Überwindung des Klassegegensatzes die unerläßliche Grundlage für einen Wiederaufstieg der deutschen Wirtschaft erst schafft. Wir wissen, daß dieser Aufstieg noch viele Opfer erfordert. Wir glauben, daß diese Opfer nur dann willig gebracht werden können, wenn die größte Gruppe dieser nationalen Bewegung führend an der Regierung beteiligt wird...“



Das „Wir-wollen-Hitler-Schreiben“ schließt mit den Worten: „Die Übertragung der verantwortlichen Leitung eines mit den besten sachlichen und persönlichen Kräften ausgestatteten Präsidialkabinetts an den Führer der größten nationalen Gruppe wird die Schlacken und Fehler, die jeder Massenbewegung notgedrungen anhaften, ausmerzen und Millionen Menschen, die heute abseits stehen, zu beherrschender Kraft mitreißen...“¹¹⁾ In einem Kölner Bank-Safe des Bankhauses Stein findet eine amerikanische Spezialeinheit im Mai 1945 dieses Dokument. Das ist der Beweis, daß die deutsche Schwerindustrie die Nazibewegung nicht nur finanziell unterstützt, sondern durch direkte Intervention bei Hindenburg an die Macht gehievt hat.

In einem Kölner Bank-Safe

Zwar mühen sich einige Historiker nach 1945 um den Nachweis, ein solcher Brief sei nie abgeschickt worden. Doch geht aus den inzwischen aufgefundenen Dokumenten im Deutschen Zentralarchiv Potsdam hervor, daß dieses Schreiben im Büro des Reichspräsidenten eingetroffen ist.

Einer der eifrigsten Manager bei der Kanzler-Mache ist der Großbankier Hjalmar Schacht: „Ich habe die feste Überzeugung, daß sich bei gemeinsamer Arbeit eine völlige Übereinstimmung zwischen den Grundanschauungen des Nationalsozialismus und der Möglichkeit privater Wirtschaft erzielen läßt.“¹²⁾ Schacht in einem Durchhalte-Brief an Hitler, datiert vom 12. 11. 1932: „Es unterliegt für mich keinem Zweifel, daß die Entwicklung der Dinge nur das eine Ende haben kann und das ist Ihre Kanzlerschaft.“

Am 4. Januar unterbricht Hitler seine Wahlreise nach Detmold in Bonn. „Dort steht Schreck mit des Führers Wagen am Bahnhof, um uns im ersten Morgengrauen nach Godesberg zu fahren. Kurze Frühstückspause. Ein geschlossener Wagen fährt vor. Der Führer steigt ein. Fährt ab. Das Ziel dieser Fahrt ist uns nicht bekannt.“¹³⁾

Hitlers geheimnisvoller Abstecher führt nach Köln. Am Stadtwaldgürtel 35—37 liegt die Villa des Barons von Schröder. Im Herrenzimmer des Barons trifft Hitler mit Herrn von Papen zusammen, der bis zum 3. Dezember als Reichskanzler das „Kabinett der Barone“ angeführt hatte.

„Interessant für die Unterredung“, die trotz strenger Geheimhaltungsmaßregeln im James-Bond-Stil am folgenden Tag Schlagzeilen macht, „ist die Person des Kölner Mittelsmannes, des Baron Schröder. Schröder ist der Exponent der Kölner Hochfinanz. Er ist Leiter des Kölner Bankhauses J. H. Stein und mit den anderen Bankhäusern aufs engste verbunden. Er ist Mitglied des Aufsichtsrates bei der Aktiengesellschaft Charlottenhütte, die zum Flick-Konzern gehört. Von dort reichen seine Verbindungen zum Stahlverein und zu Thyssen.“

Die im Verborgenen blühen...

Er hat also eine starke Stellung in der rheinisch-westfälischen Industrie. Seine politischen Beziehungen reichen noch weiter. So ist er zum Beispiel der Vertrauensmann für Schacht innerhalb der westlichen Industrie, er ist ferner befreundet mit dem Kölner Oberbürgermeister Adenauer...

Curt von Schröder ist also der Typ jener Wirtschafts- und Finanzleute, die im Verborgenen blühen, aber sehr weitreichenden Einfluß besitzen.“¹⁴⁾

Im Herrenzimmer des Baron von Schröder einigen sich Hitler und von Papen über die weitere Marschroute und über die Zusammensetzung der Regierung.

Über die Beweggründe der von ihm repräsentierten Schwerindustrie macht von Schröder im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß eine interessante Aussage: „Die allgemeinen Bestrebungen der Männer der Wirtschaft gingen dahin, einen starken Führer in Deutschland an die Macht kommen zu sehen, der eine Regierung bilden würde, die lange Zeit an der Macht bleiben würde. Als die NSDAP am 6. November 1932 ihren ersten Rückschlag erlitt und somit ihren Höhepunkt überschritten hatte, wurde eine Unterstützung durch die deutsche Wirtschaft besonders dringend. Ein gemeinsames Interesse der Wirtschaft bestand in der Angst vor dem Bolschewismus und der Hoffnung, daß die Nationalsozialisten einmal an der Macht, eine beständige politische und wirtschaftliche Grundlage in Deutschland herstellen würden.“¹⁵⁾

Die Monopole haben sich für den Faschismus entschieden. Am 30. Januar 1933, 12.00 Uhr mittags, beruft Hindenburg Hitler zum Kanzler.

1. Veröffentlichungen des Reichsverbandes der deutschen Industrie, 1929, Heft 49, S. 8
2. Ebenda, 1930, Nr. 50, S. 38
3. Carl Duisberg, Abhandlungen, Vorträge und Reden aus den Jahren 1922—1933, Berlin 1933, S. 132 f.
4. Brüning am 24. Mai 1932, s. FAZ vom 23. November 1965
5. Thilo Vogelsang, Neue Dokumente zur Geschichte der Reichswehr, 1930—1933, in: Vierteljahreshfte f. Zeitgeschichte, 1954, II
6. Otto Dietrich, Mit Hitler an die Macht
7. Adolf Hitler, Vortrag vor westdeutschen Wirtschaftlern im Industrie-Klub zu Düsseldorf am 27. Januar 1932, München o. J., S. 10, 28, 31
8. Otto Dietrich, Mit Hitler an die Macht
9. Ebenda
10. Fritz Thyssen, I Paid Hitler
11. Nürnberger Dokumente, Bd. XXXIII, Dok. 3901—PS, S. 531
12. Faksimile in: So macht man Kanzler, Berlin 1962, S. 75
13. Otto Dietrich, Mit Hitler an die Macht
14. Tägliche Rundschau, 6. 1. 1933
15. Nürnberger Dokumente, Dok.-Nr. NI-7990

We like Beech-Nut,

denn Beech-Nut ist ganz große Klasse. Schmeckt genauso wie in U.S.A. Kein Wunder - er wird nach Original-U.S.A.-Rezept hergestellt.

BEECH-NUT PEPPERMINT CHEWING GUM

BEECH-NUT KAUGUMMI

Beech-Nut, ein Mordskaugummi in U.S.A.-Qualität



Lieder der Sowjet union

Sowjetischer Armeechor in Paris
(Leitung: Boris Alexandrow):
Vol. 1, LDX-S 4260, 30 cm, DM 18,—
Vol. 2, LDX-S 4274, 30 cm, DM 18,—
Vol. 3, LDX-S 4290, 30 cm, DM 18,—

Chöre der sowjetischen Flotte
(Leitung: Bogolepow):
LDX-S 4231, 30 cm, DM 18,—

EP 3.055, 17 cm, DM 8,—

Chöre der Wolga:
LD-S 4.164, 25 cm, DM 15,—

Lieder und Tänze aus Armenien:
LD-S 4.195, 25 cm, DM 15,—

Lieder aus dem sowjetischen
Orient:
LD-S 4.224, 25 cm, DM 15,—

Lieder und Tänze der Ukraine:
LD-S 4.225, 25 cm, DM 15,—

Kinderlieder aus der Sowjetunion:
LDY 4.100, 17 cm, DM 8,—

Und: Folklore aus allen Ländern
der Erde.

Bestellungen



Amerikani sche Folksongs

Judy Collins (mit Jim McGuinn)
LDX-S 4.324, 30 cm, DM 18,—

Peggy Seeger: Felsen von Ken-
tucky
LDY 4.154, 17 cm, DM 8,—

WESTERN STORY — Frontier
Ballads by Pete Seeger
FWX-M 55.003, 30 cm, DM 18,—

FOLKSONG SELECTION — Tradi-
tional and Western, Rhythm and
Blues
(Pete Seeger, Cisco Houston,
Leadbelly, Big Bill Broonzy,
Champion Jack Dupree u. a. m.)
FWX-SP 1.601, 30 cm, DM 18,—

Pete Seeger in Paris
FWX-S 50.102, 30 cm, DM 18,—

Amerikanische Folklore mit Pete
Seeger, Cisco Houston, Sonny
Terry, City Ramblers u. a. m.
K 54, 30 cm, DM 18,—

Paul Robeson
LDX-S 4.338, 30 cm, DM 18,—

American Favorite Ballads
Vol. 1:
FWX-M 52.320, 30 cm, DM 18,—
Vol. 2:
FWX-M 52.321, 30 cm, DM 18,—
Vol. 3:
FWX-M 52.322, 30 cm, DM 18,—
Vol. 4:
FWX-M 52.323, 30 cm, DM 18,—

HOOTENANNY
FWY-M 50.103, 30 cm, DM 18,—

Weltkreis verlags- GmbH.

Schallplatten vertrieb



Revolutions lieder

Russische Revolutionslieder
LDX-S, 4.272, 30 cm, DM 18,—

Patriotische Lieder der Sowjet-
union (1941—45)
LDY 4.099, 17 cm, DM 8,—

Lieder des spanischen Bürger-
krieges
LDX-S, 4.279, 30 cm, DM 18,—

Kubanische Revolutionslieder
LDX-S 4.288, 30 cm, DM 18,—

Mexikanische Revolutionslieder
LDX-S 4.309, 30 cm, DM 18,—

Lieder der FNL Südvietnam
LDX-S 4.316, 30 cm, DM 18,—

Deutsche revolutionäre Lieder
LDY 4.096, 17 cm, DM 8,—

Russische Revolutionslieder
(1905)
LDY 4.097, 17 cm, DM 8,—

Russische Revolutionslieder
(1917)
LDY 4.098 m, 17 cm, DM 8,—

**6000
Frankfurt/
Main
Robert-
Mayer-Str. 50**